



AIB

Antiimperialistisches Informationsbulletin

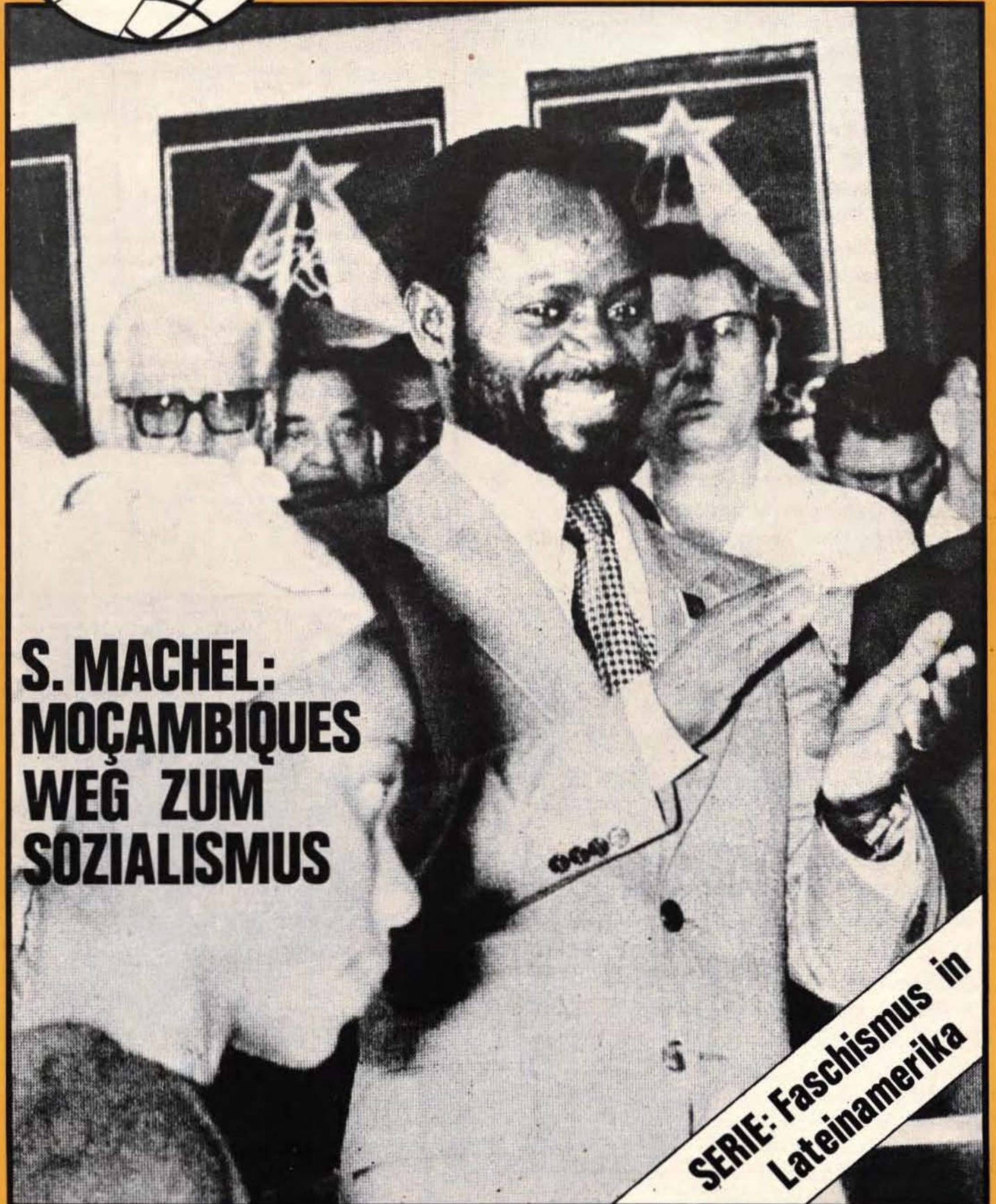
2V 20899 E

1,50 DM

April

Nr. 4 / 1977

8. Jahrgang



**S. MACHEL:
MOÇAMBIQUES
WEG ZUM
SOZIALISMUS**

**SERIE: Faschismus in
Lateinamerika**

Inhalt

AIB-Aktuell

Moçambique schreibt Geschichte S. 3

Moçambique

Steffen Lehndorff

Revolutionäre Zeichen für ganz Afrika S. 4 – 6

Samora Machel

Bericht an den 3. Kongreß der FRELIMO S. 7 – 12

Lateinamerika

Faschismus und Widerstand (2. Teil) S. 13 – 32

Wilhelm Breuer

Säulen des Pinochet-Regimes S. 13 – 17

Rainer Falk/Anni Friese/Hans Mayer

Das brasilianische Wirtschaftsmodell S. 18 – 23

Julia Juruna

"Demokratische" Fassade
der Geisel-Diktatur S. 24 – 27

Ivan Ljubetic

Die "Verschwundenen" Chiles S. 27 – 30

Memorandum des Weltfriedensrates

Gegen Folter, Mord und Unterdrückung S. 30 – 31

Politische Gefangene Uruguays:

Jaime Pérez, Liber Seregni S. 32

Südafrika

Interview mit Tebello Motapanyane

Der Widerstand braucht
neue Kampfformen S. 33 – 36

Puerto Rico

J. Rodriguez

Motive des US-Annexionskurses (2. Teil) S. 36 – 38

US-Imperialismus

Sudiman Satiadjaja

Die neue US-Politik in Südostasien S. 39 – 42

Pazifik-Doktrin S. 39

SEATO S. 40

Jose Ramos-Horta

Ost-Timor: das Vietnam Indonesiens S. 41

ASEAN-Pakt S. 42

Kurzinformation

Vietnam, Westsahara, Namibia S. 43

IMPRESSUM:

Antiimperialistisches Informationsbulletin
Erscheint in der Weltkreis-Verlags GmbH
4600 Dortmund

Herausgeber: Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg,
Wolfgang Gehrcke, Bernd Hartmann, Georg Kwiatowski,
Herbert Lederer, Steffen Lehndorff, Rolf R. Priemer,
Barbara Schilling, Gabriele Sprigath, Kurt Steinhäus,
Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Redaktionskollektiv: Gabriele Bröner,
Wolfram Bröner (presserechtlich verantwortlich),
Rainer Falk, Paul Maaskola, Jürgen Ostrowsky,
Wolfgang Ritter.

Anschrift der Redaktion: 3550 Marburg/L.,
Liebigstr. 46, Tel. 06421/24672.

Postscheckkonto 312093-607 PschA Frankfurt/M.,
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
4600 Dortmund, Brüderweg 16.

Erscheinungsweise: monatlich

Bezugsbedingungen: Jahresabonnement 15,- DM;
Einzelheft 1,50 DM zuzüglich Porto; bei Abnahme
von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung
von 2 Belegexemplaren gestattet.

Druck: W. J. Becker, Marburg

Neben Herausgebern und Mitgliedern des Redaktions-
kollektivs arbeiteten mit:

W. Becker, H. Billstein, B. Brinkmann, G. Bröker,
D. Fendt, H. Finkenbrink, M. Hellmann, A. Hermanns,
H. Mayer, H. Merkelbach, M. Preuß, G. Ritter

Redaktionsschluß dieser Nummer: 13. März 1977

Anzeigen und Beilagen:

- Anzeige von "konkret"
- Anzeige der "roten blätter"
- Kartenbeilage des ASK zu den
Verschwundenen in Chile



AIB

Antiimperialistisches Informationsbulletin

**SONDER-
DRUCK**
Nr. 1/1977
1,50 DM



Befreiung im
Süden Afrikas

Umfang: 32 Seiten; Preis: 1,50 DM zuzüglich Porto
Bestellungen an:
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1

AIB-Aktuell: Moçambique schreibt Geschichte

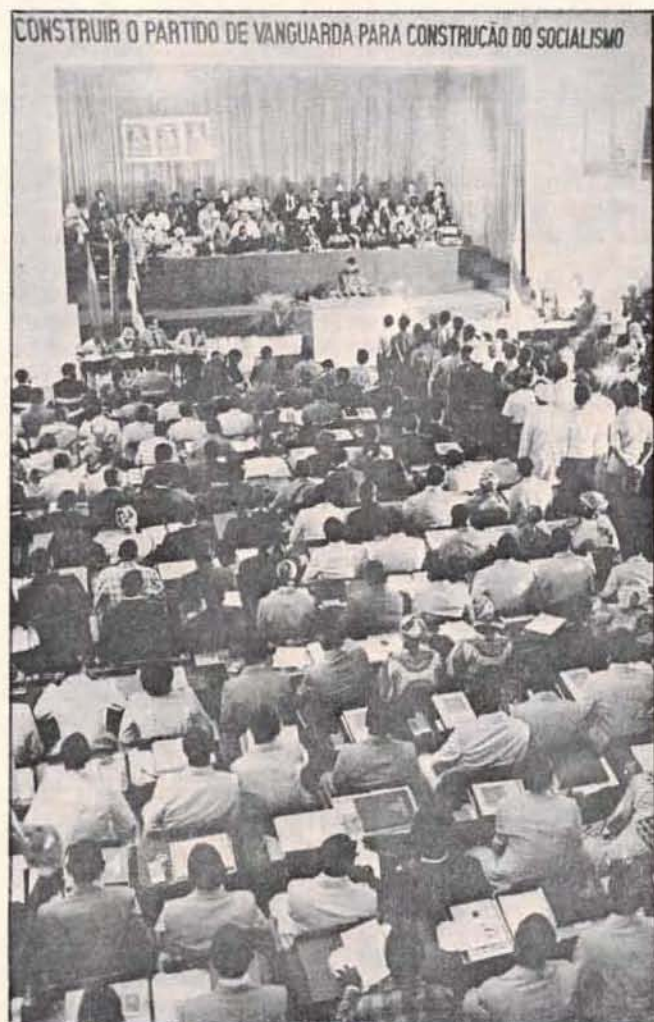
Gut eineinhalb Jahre nach der Proklamation der Volksrepublik Moçambique traten vom 3. bis 7. Februar 1977 in der Hauptstadt des Landes 330 Delegierte aus allen zehn Provinzen zum **3. Kongreß der Befreiungsfront von Moçambique (FRELIMO)** zusammen.

Als eines der letzten vom Kolonialismus befreiten Völker gehen die 9 Mio Moçambiquaner – so der Entscheid von Maputo – daran, in Moçambique eine Volksdemokratie zu errichten, die Grundlage für den Aufbau des Sozialismus in diesem Land sein soll. Die FRELIMO setzt damit sowohl was die Fortgeschrittenheit ihrer gesellschaftspolitischen Programmatik betrifft als auch als verlässliches revolutionäres Hinterland für die Befreiungsbewegungen des südlichen Afrika neue Zeichen.

Als im Jahre **1962** in der Hauptstadt Tansanias, Dar-es-Salaam, die Befreiungsfront FRELIMO aus dem Zusammenschluß dreier antikolonialistischer Organisationen gebildet wurde, begründete ihr **1. Kongreß** die Notwendigkeit der völligen Zerschlagung der portugiesischen Kolonialherrschaft und beschloß die **Aufnahme des bewaffneten Kampfes** – was nach eingehender politischer Vorarbeit im Jahre **1964** geschah.

Auf dem **2. Kongreß** der FRELIMO, der **1968** bereits in der befreiten Provinz Niassa stattfand, stand der Aufbau und die soziale **Organisierung der befreiten Gebiete** im Mittelpunkt. Der 2. Kongreß fiel jedoch auch in eine Periode (1967–1969) innerer Auseinandersetzungen, die von tribalistisch-bürgerlichen Führungskräften um den damaligen Vizepräsidenten Simango ausgelöst wurde. In diese Zeit fiel auch der Mord an **Eduardo Mondlane**, dem ersten Präsidenten der FRELIMO, im Februar 1969.

1970 wählte das Zentralkomitee der FRELIMO den Oberbefehlshaber der Volksstreitkräfte (FPLM), Samora Machel,



Liebe AIB-Leserinnen und Leser!

Einige von Ihnen werden das Studentenmagazin „rote blätter“ kennen. Jetzt berichtet Steffen Lehndorff im AIB und den „roten blättern“ gleichzeitig über seine Moçambique-Reise.

Die „roten blätter“ informieren über neue und internationale Entwicklungen in Politik, Kultur und Gesellschaft, liefern Analysen und Berichte über die internationalen antiimperialistischen Bewegungen.

Natürlich informieren die „roten blätter“ ausführlich über die neueste Entwicklung der Studentenbewegung.

Die „roten blätter“ erscheinen monatlich.

Das Einzel Exemplar kostet 1,50 DM. Das Abonnement ist günstiger: Es kostet nur 14,80 DM einschließlich sämtlicher Portokosten. Ein Abonnement können Sie bestellen beim:

Studentenmagazin „rote blätter“
Weltkreis-Verlags-GmbH

Postfach 789
4600 Dortmund

Außerdem würden wir uns freuen, wenn Sie uns einmal Ihre Meinung zu unserer Zeitschrift schreiben würden. Wir sind auf die kritische und lebhaftige Unterstützung unserer Leser angewiesen.

(Franz Hutzfeld)
verantwortlicher Redakteur

zum neuen Präsidenten und den Sekretär für Außenbeziehungen, Marcelino dos Santos, zum Vizepräsidenten. Mit dieser Behauptung des linken Flügels ging auch eine über das Ziel der antikolonial-antiimperialistischen Befreiung hinausweisende Vorformulierung sozialrevolutionärer Umwälzungen einher.

Mit welcher Konsequenz sie die FRELIMO in der Übergangsphase nach dem Sturz des Faschismus in Portugal im April 1974 in die Praxis umsetzte und in welcher Weise die programmatische Orientierung der FRELIMO nun konkretisiert wurde, veranschaulicht der auf dem 3. Kongreß von Samora Machel vorgetragene Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees, dessen zweites Kapitel wir nachfolgend dokumentieren.

Der „Kongreß des Sieges“ vom Februar d. J. fällt jedoch noch weitere, wichtige Beschlüsse. Die Delegierten beschloßen, die **FRELIMO** von einer Bewegung in **eine marxistisch-leninistische Partei umzuwandeln**, die Staat und Gesellschaft Moçambiques mit Blick auf den Aufbau des Sozialismus anführen soll. Neben der **Neuwahl Samora Machels** zum Präsidenten verabschiedete der Kongreß mit dem **neuen Statut und Programm** bedeutende Dokumente.

Steffen Lehndorff, Vorsitzender des Marxistischen Studentebundes Spartakus und Mitherausgeber des AIB, der als geladener Gast am 3. Kongreß teilnahm, schildert seine Eindrücke aus Maputo und faßt die wichtigsten Ergebnisse des Kongresses zusammen.

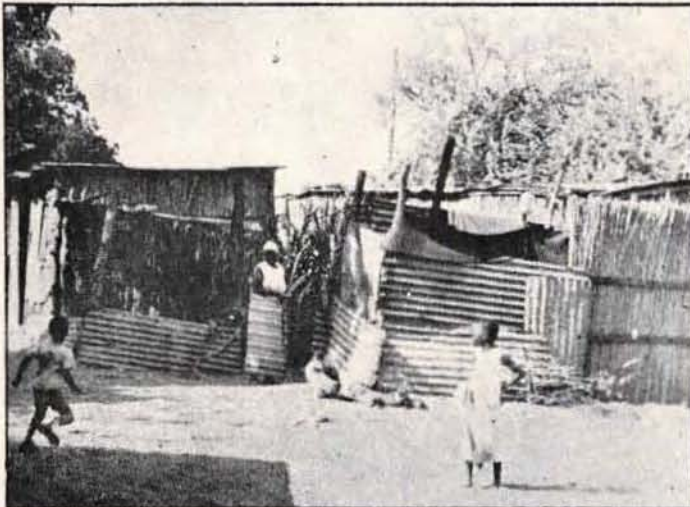
Steffen Lehndorff

Revolutionäre Zeichen für ganz Afrika

Im Hotel Polana in Maputo, der Hauptstadt Moçambiques pflegte vor der Unabhängigkeit Moçambiques die Haute Volée der Republik Südafrika ihren Winterurlaub zu verbringen. Jetzt, Anfang Februar 1977, wohnen hier die ausländischen Gäste des FRELIMO-Parteitags. Vor den Eingängen stehen Posten der moçambiquanischen Volksbefreiungsarmee. Revolutionäre Wachsamkeit; von der südafrikanischen Grenze bis hierher sind es keine 80 km. Über der Einfahrt ein Spruchband: „Hoch die Ideen von Marx, Engels und Lenin, den Begründern des Marxismus-Leninismus!“

Kolonialerbe konkret: Elendsring von Maputo

So manchem Europäer mutet das Spruchband etwas deplaziert an, vor allem wegen des wirklichen Lebens in diesem Land, das hinter dem Villenviertel, rings um die elegante und helle Hauptstadt herum, beginnt: Da leben Hunderttausende von Menschen – Arbeiter, Halbproletarier, Arbeitslose – in Slums zusammengepfercht, in einem Dickicht und Labyrinth armseliger Wellblech- und Schilfhütten, mit winzigen Mais-



Randgürtel . . .

feldern auf jedem freien Fleckchen Erde, die viele der Einwohner vor dem Verhungern bewahren. Wir haben gesehen, wie in einigen, besonders ungünstig gelegenen „Vorstädten“ nach starken Regenfällen die Hütten knietief unter Wasser standen.

Zehntausend dieser Menschen sind mittlerweile in Stadtwohnungen umgezogen. Früher wohnten fast nur Portugiesen in der Stadt. Doch die große Mehrzahl von ihnen hat das Land nach der Unabhängigkeit verlassen, aus tiefer Abneigung gegen schwarze Mehrheits Herrschaft und soziale Revolution heraus. Jetzt verteilt der Staat die leerstehenden Wohnungen, kinderreiche Familien werden bevorzugt, die Mieten sind extrem niedrig. Viele Wohnungen und Villen stehen dennoch leer. Denn nicht wenige Menschen, vor allem die Arbeitslosen, würden verhungern, wenn sie in eine Stadtwohnung umzögen. Auf dem Balkon kann man keinen Mais an-

bauen und keine Ziege halten.

Das Erbe des Kolonialismus konkret, wie auch Samora Machel in seinem Bericht an den 3. Parteitag der FRELIMO zu schildern mußte (siehe Wortlaut in diesem Heft).

Tiefe Veränderungen seit 1975

Die tiefgreifenden Veränderungen, die im ersten Jahr der Unabhängigkeit der Volksrepublik Moçambique einsetzten, werden in dem vom Parteitag verabschiedeten **Programm der FRELIMO** so verallgemeinert: „Während des ersten Jahres unserer Unabhängigkeit wurde der Prozeß der Schaffung der Grundlagen für den Aufbau des volksdemokratischen Staates eingeleitet.

Die Arbeiterklasse, die führende Klasse unserer Gesellschaft, und ihr grundlegender Verbündeter, die Bauernschaft, die beide in einem unzerstörbaren Bündnis unter der Führung der FRELIMO vereint sind, stellen heute die **politische Basis der volksdemokratischen Macht** dar.

Während dieser Periode wurden zugleich die Grundlagen des Staatseigentums und des kooperativen Privateigentums gelegt, die die **ökonomische Basis** der neuen Macht sind.“

Die großen Veränderungen seit der Unabhängigkeitserklärung vom 25. Juni 1975 sind Zeugnisse der Kühnheit der FRELIMO. Aber nicht der Kühnheit allein. Die FRELIMO verbindet Kühnheit mit tiefgründiger Wissenschaftlichkeit. Schon Ende der 60er Jahre mußte sie in den damals von ihr befreiten Gebieten die Grundsatzentscheidung über die künftige Gesellschaftsordnung ihres Landes fassen. Denn starke Kräfte im Rahmen der nationalen Befreiungsbewegung wollten die politische Macht übernehmen, ohne die kolonialistischen oder feudalen Strukturen anzutasten.

Dies zwang den linken Flügel der FRELIMO frühzeitig, den „Kampf gegen die neuen Ausbeuter in den Reihen der FRELIMO“ aufzunehmen. Nach und nach wurden die rechten Kräfte aus der FRELIMO ausgeschlossen und – verbunden mit heftigen Auseinandersetzungen – bis auf den heutigen



. . . und Zentrum von Maputo

Tag desorganisiert. Ideologische Orientierung in diesem Kampf konnte nur von einer Seite geboten werden: von der geistigen Weltmacht Marxismus, von den sozialistischen Ländern. Schritt für Schritt arbeitete sich die FRELIMO zu der Position vor, die sie nun zur Grundlage ihres **Parteistatus** gemacht hat: „Die FRELIMO läßt sich durch eine Synthese der Erfahrungen des revolutionären Kampfes des moçambiquanischen Volkes mit den allgemeingültigen Prinzipien des Marxismus-Leninismus leiten.“



Marxismus-Losung vor dem Hotel Polana

Die großen Ziele des nationalrevolutionären Befreiungskampfes, der nationaldemokratischen Revolution sind erreicht. Dadurch sind, wie das Parteiprogramm feststellt, alle inneren und äußeren Bedingungen geschaffen, „um zur nächsten Etappe der moçambiquanischen Revolution überzugehen – der **Etappe der Volksdemokratischen Revolution**.“

Die wichtigste innere Voraussetzung ist, daß „die Arbeiterklasse und die Bauern die politische Macht in ihren Händen halten“. Die entscheidende äußere Voraussetzung ist „der Fortschritt der sozialistischen Länder und ihre konsequente Friedenspolitik“, die den Imperialismus „an allen Fronten zum Rückzug zwingen, wenngleich er noch über starke Kräfte verfügt. . . . Überall in der Welt verändert sich das Kräfteverhältnis zugunsten der Kräfte des Fortschritts, des Friedens und der Demokratie.“ So heißt es im Programm.

Die volksdemokratische Revolution ist angesichts der **Unterentwicklung** und des Elends, die der Kolonialismus hinterlassen hat, eine notwendigerweise lange historische Etappe, in der die Grundlagen des Sozialismus geschaffen werden. Durch tiefgreifende personelle, ideologische und strukturelle Maßnahmen muß – wie das Programm definiert – „die Zerstörung des kolonialen Staatsapparats und die Schaffung einer neuen Art von Staatsapparat“ herbeigeführt werden: Der „revolutionären, demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern.“

Oberstes Machtorgan wird die **Volksversammlung**: „Zum

ersten Mal in der Geschichte unseres Landes werden demokratische Wahlen zu den Organen der Staatsmacht stattfinden“ – erklärte Samora Machel. Eine neue, **revolutionäre Gerichtsbarkeit** wird aufgebaut, eine **Volksmiliz** wird geschaffen.

In der Volksdemokratie werden die kollektive Arbeit auf dem Land, die Genossenschaften und die staatlichen Plantagen als Basis der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung ausgebaut. „Dynamisierender Faktor“ der Wirtschaft wird ein starker, bestimmender staatlicher Sektor der Industrie mit dem Kern einer staatlichen Schwerindustrie sowie der staatlichen Erschließung der Bodenschätze (u. a. Uran, Kohle, Bauxit, Asbest). Zugleich wird eine sozial-, gesundheits- und bildungspolitische Umwälzung eingeleitet, die allen Moçambiquanern ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht.

Die neue Vorkämpferpartei

Die in der Volksdemokratie entstehende Zuspitzung des inneren und äußeren Klassenkampfes verlangt von den Arbeitern und Bauern, „sich eine Vorkämpferpartei zu organisieren, die von der wissenschaftlichen Ideologie des Proletariats geleitet wird, durch den Marxismus-Leninismus. Diese neue Vorkämpferpartei ist die FRELIMO.“

Mit der Gründung der marxistisch-leninistischen Partei, die nach den Grundsätzen des demokratischen Zentralismus aufgebaut ist, ist jetzt die entscheidende politische Voraussetzung für den Sieg der zweiten Etappe der moçambiquanischen Revolution geschaffen worden.

Entscheidend dafür ist nicht zuletzt die **Klassenzusammensetzung der Partei**. Die soziale Zusammensetzung der Delegierten war wie folgt: 40 % Arbeiter, 36 % Bauern, Kooperativbauern und Landarbeiter, 14 % Vertreter der Befreiungsarmee, 10 % Vertreter des Staatsapparats und der revolutionären Intelligenz. Auch spiegelte sich das Wachstum der FRELIMO in den letzten neun Jahren wider. Über 15 % der Delegierten hatten bereits am 2. Kongreß der FRELIMO teilgenommen, der 1968 in den befreiten Gebieten stattfand. 55 % der Delegierten sind erst nach dem 2. Kongreß der FRELIMO beigetreten. Zugleich wurde die unbedingte Ge-



Ständige Politische Kommission der FRELIMO

schlossenheit und die Treue zur Führung deutlich, nicht zuletzt durch die einstimmige Wahl aller leitenden Organe der Partei (67-köpfiges ZK, 10-köpfige Ständige Politische Kommission, 5-köpfiges Sekretariat des ZK).

Der demokratische Zentralismus der Partei wurde auch in der Vorbereitung des Konresses durch eine öffentliche Diskussion der Thesen des Zentralkomitees auf tausenden Versammlungen unterstrichen. Weiterhin ist es in der Vorbereitung des Parteitags entsprechend der Orientierung des ZK gelungen, das weitere Absinken der Produktion zu stoppen und die Sabotage durch erhöhte Wachsamkeit einzudämmen. Schließlich wurden 77 Mio Escudos, umgerechnet ca. 1,3 Mio DM gespendet.

Die Partei wird fast übermenschliche Energie benötigen, um das Land aus der sehr schlechten wirtschaftlichen Lage herauszuführen. Bis 1980 soll das Produktionsniveau von 1973 wieder erreicht, in einigen Bereichen übertroffen sein. Die wirtschaftlichen Probleme, vor allem die Ausbildung von Fachkräften, kann die Volksrepublik Moçambique allein aus eigener Kraft nicht lösen. Sie ist auf internationale Zusammenarbeit und Hilfe angewiesen.

Hinterland zur Befreiung des südlichen Afrika

Dieses Erfordernis wird von der Außenpolitik der VR Moçambique berücksichtigt, ohne daß ihre revolutionäre Prinzipientreue dadurch beeinträchtigt würde. Der **proletarische Internationalismus** ist als Lebensprinzip der Partei im Statut verankert. Für den Staat ergeben sich daraus als Grundlinien der Außenpolitik: „Die Einheit der afrikanischen Völker und Staaten, das natürliche Bündnis mit den sozialistischen Ländern, die solidarische Hilfe für den Kampf der Völker um ihre Befreiung, den Kampf gegen Kolonialismus, Neokolonialismus und Imperialismus, den Kampf für den Frieden, für die allgemeine und umfassende Abrüstung“, so Samora Machel. Außenminister Joaquim Chissano konkretisierte diese Grundgedanken, indem er die besondere Verpflichtung Moçambiques als Hinterland der Befreiungsbewegung von Südafrika, Zimbabwe und Namibia betonte und hervorhob, daß „die Unabhängigkeit aller Länder ein Beitrag zur Ausdehnung der Entspannung auf die ganze Welt“ ist.

Dem Wesen dieser gegen den Imperialismus gerichtete Politik der Nichtpaktgebundenheit entsprechen die Forderungen nach einer Weltabrüstungskonferenz und nach einer atomwaffenfreien Zone im Indischen Ozean.“

Die FRELIMO strebt – wie S. Machel betonte – nach gleichberechtigten wirtschaftlichen Beziehungen zu allen Ländern, die ihre politische Unabhängigkeit respektieren. Dies setzt aber einen harten Kampf z. B. gegenüber der Regierung eines Landes wie der Bundesrepublik voraus, das vor der Unabhängigkeit 12 % Anteil am Außenhandels Moçambiques hatte und auch heute noch dort über starke wirtschaftliche Positionen und Interessen verfügt.

So vertrat der Botschafter der BRD in Moçambique, Weindel, in einem Gespräch mit uns den demagogischen Standpunkt, daß die angeblichen Diskriminierungen der BRD in der moçambiquanischen Presse aufhören müßten, damit sich die wirtschaftlichen Beziehungen besser entwickeln könnten. Auch die Tatsache, daß die Rolle der BRD in Afrika insbesondere durch die engen Beziehungen zu Südafrika belastet ist, wollte er nicht zur Kenntnis nehmen; er bemühte sich stattdessen um die Verharmlosung dieser Zusammenarbeit.

Die Herrschenden unseres Landes spekulieren darauf, daß die FRELIMO politische Zugeständnisse machen wird, um wirtschaftliche Hilfe zu erhalten. Doch die FRELIMO wird sich nicht erpressen lassen, und wir müssen ihr zur Seite stehen.

Die FRELIMO weiß sehr gut, daß die sozialistischen Länder ihre „natürlichen“ Verbündeten sind. Die sozialistischen Länder sind nach den Worten des Außenministers, Joaquim Chissano, „eine Zone der Humanität und der Freiheit“. Sie „stellen die befreite Zone unseres Planeten dar, das große strategische Hinterland unseres Kampfes“, sagt das Programm dazu.

Ein Hinterland, das für den Sieg im Wirtschaftsaufbau ebenso unersetzlich sein wird, wie es im militärischen Kampf unersetzlich gewesen ist.



Unabhängigkeitsdemonstration 1975: * Vereinigung von Bauern und Arbeitern zur Volksmacht (Poder Popular) *



Samora Machel

Bericht an den 3. Kongreß der FRELIMO

Als unser Land seine Unabhängigkeit erklärte, fand unser Volk einen **kolonial-faschistischen Staatsapparat** vor, der Ausdruck der Ausbeuterdiktatur der ausländischen Bourgeoisie über die werktätigen Klassen war.

Das koloniale Wirtschaftserbe

Auf ökonomischem Gebiet begann unser Land in einer katastrophalen Situation, die es der kolonialen Ausplünderung und den Schwankungen des Kapitalismus verdankte. Diese Situation verschärfte sich noch durch die Unterwerfung des portugiesischen Kolonialismus unter das imperialistische und rassistische System.

Die **Landwirtschaft** wurde von großen internationalen Monopolen und den „colonos“ (portugiesische Siedler, d. Red.) kontrolliert. Der größte Teil der landwirtschaftlichen Produktion ging nach Portugal oder in die Städte, in denen die colonos wohnten. Der Bauer war auf die Subsistenzwirtschaft (Selbstversorgungswirtschaft, d. Red.) angewiesen.

Die **Industrie** war nahezu auf die Fertigstellung importierter Produkte für den Konsum der Bourgeoisie ausgerichtet. Die wenigen Grundstoffindustrien dienten im wesentlichen den Interessen der Kolonialbourgeoisie und des Imperialismus. Dies gilt für die Zementindustrie, die für die Bauwirtschaft geschaffen worden war, die aber ihrerseits nur den Bedürfnissen der Kolonialbourgeoisie entsprach oder für imperialistische Projekte wie Cabora Bassa gedacht war.

Der **Außenhandel** war ebenso Ausdruck der Kolonialherrschaft über unser Land. Unsere wichtigsten Produkte gingen zu extrem niedrig festgesetzten Preisen auf bestimmte ausländische Märkte. Insbesondere die uns von der Kolonialmetropole auferlegten Handelsbeziehungen führten zum systematischen Raubbau an unseren Rohstoffen. Während unser Land gezwungen war, Portugal zu Niedrigpreisen Rohstoffe zu liefern, mußte es gleichzeitig Fertigprodukte zu Höchstpreisen importieren. Diese Ausplünderung war das wesentliche Mittel der kolonial-faschistischen Regierung zum Ausgleich ihrer Handelsbilanz.

Den **Binnenhandel** beherrschten die großen Gesellschaften und die colonos, die möglichst schnell hohe Gewinne machen wollten. Der Aufkauf der Produkte lag zum größten Teil in der Hand der „cantinas“. Sie waren über das ganze Land verstreut, kauften den Bauern direkt ihre Produkte ab und sicherten den Transport in die Städte im Verbund mit einem ausgeweiteten System von Zwischenhändlern. Alle profitierten von den erbärmlich niedrigen Preisen, die dem Bauern für seine Produkte gezahlt wurden und von den Wucherpreisen, die der Bauer für Fertigprodukte zahlen mußte. Dies war das einzige Binnenhandelssystem, das der Kolonialis-



Wiedergewählter FRELIMO-Präsident S. Machel

mus in unserem Land entwickelt hatte, und es brach mit dem Weggang der colonos, die die meisten cantinas kontrolliert hatten, zusammen. Das erklärt zum Teil unsere gegenwärtigen Schwierigkeiten im Binnenhandel.

Die „zivilisatorische Aktion“ Portugals

Während der Herrschaft des Kolonialfaschismus wurden viele moçambiquanische Werktätige gezwungen, in Nachbarländer auszuwandern. Dieser **Auswandererstrom** ging in die Bergwerke, Fabriken und Pflanzungen Südafrikas, in die Pflanzungen und Bergwerke Rhodesiens, auf die Teeplantagen Malawis. Vor Beginn des nationalen Befreiungskampfes floß der Strom der Auswanderer auch in die Kupferminen des damaligen Nordrhodesien und die Sisalplantagen des damaligen Tanganjika. So befanden sich Hunderttausende von Moçambiquanern außerhalb des Landes, als dieses unabhängig wurde. Das Land selbst verfügte nicht über die entsprechende Wirtschaftsstruktur, um ihnen Arbeit und die Wiedereingliederung in die Gesellschaft zu sichern.

Das **Transport- und Nachrichtenwesen** war an den Interessen der rassistischen Regimes und den Bedürfnissen des Kolonialkrieges orientiert und verschärfte nur die Außenabhängigkeit unseres Landes. Zur Finanzierung des Kolonialkrieges und Stärkung der Bindungen an die internationalen Wirt-

schaftsinteressen schuf der Kolonialismus Voraussetzungen für eine verstärkte imperialistische und rassistische Herrschaft in unserem Land und der sich daraus ergebenden wachsenden Abhängigkeit Moçambiques.

Infolge des großen strukturellen Ungleichgewichts im Land zog es die Landbevölkerung in die beiden einzigen Wirtschaftszentren, in die Hauptstadt und das Gebiet um die Stadt Beira. So bildete sich zwangsläufig eine parasitäre Bevölkerungsgruppe heraus, die immer mehr an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurde und dem Verbrechen zuneigte. Es entstand eine riesige Reservearmee von Arbeitslosen und Unterbeschäftigten, die das Großkapital benutzte, um das Lohnniveau möglichst niedrig und die Rate der Ausbeutung möglichst hoch zu halten.

In sozialer Hinsicht äußerte sich die viel gepriesene „zivilisatorische Aktion“ des Kolonialismus in einer Analphabetenrate von über 90 %, in Obskurantismus (Verdummung, d. Red.), Unwissenheit und Aberglauben, in der Förderung von Prostitution und Drogenkonsum, von Kriminalität und Banditentum. Man zwang unser Volk, unter Bedingungen zu leben, die nicht mehr als menschlich bezeichnet werden können. Die medizinisch-hygienische Versorgung blieb praktisch auf die Kolonialbourgeoisie beschränkt.

Nach dem Scheitern der **Operation „Gordischer Knoten“** (militärische Offensive der Kolonialmacht im Jahre 1969, d. Red.) mußte der Kapitalismus, der sich bereits in der Krise befand, immer mehr um seine Zukunft in Moçambique bangen.

Die großen imperialistischen Investitionen blieben aus. Die Kolonialbourgeoisie zog verstärkt Devisen ab und setzte einen Prozeß der wirtschaftlichen Sabotage in Gang. In dieser Zeit begann auch die Abwanderung der colonos, die in der Folgezeit immer stärker wurde. Nach den offiziellen Kolonialstatistiken wanderten 1971 über 6 000 colonos ab, 1972 über 12 500; 1973 verließen mehr als 22 000 Moçambique.

Nach dem Zusammenbruch des faschistischen Regimes in Portugal versuchte der Kapitalismus angesichts des stürmischen Vormarsches des moçambiquanischen Volkes in seiner Verzweiflung mit allen Mitteln, die Kolonialmacht in unserem Land aufrechtzuerhalten oder doch zumindest eine **neokoloniale Lösung** durchzusetzen.

Die Verschärfung des Klassenkampfes

Unter der sogenannten **Übergangsregierung** versuchte sich die kapitalistische Reaktion in immer neuen Manövern. Sie förderte die Anarchie in den Betrieben, Streiks, wahllose Säuberungen, Lohnforderungen. Sie veranlaßte demagogische Lohnerhöhungen, die in keinem Verhältnis zur Produktion der Betriebe standen. Diese Manöver sollten die werktätigen Massen verwirren, sie von der Hauptforderung, der Unabhängigkeit, ablenken, die gesamte Wirtschaft desorganisieren und lahmlegen. Es ging darum, die durch den Kapitalismus entstandene Krise zu verschärfen und chaotische Zustände herbeizuführen, um die Machtübernahme durch das Volk zu verhindern oder zu sabotieren.

Zusammen mit der Wirtschaftssabotage bewirkten diese Aktionen ein deutliches Absinken der Produktion in allen Bereichen der Wirtschaft. Und so sind die Wurzeln von Disziplinlosigkeit, Liberalismus und Korruption, die die werktätigen Klassen desorganisierten und zum Absinken von Produktion und Produktivität führten, in der Strategie des Kapitalismus während der Phase des Zusammenbruchs der Kolonialherrschaft zu suchen.

Der Kampf des moçambiquanischen Volkes an allen Fronten erreichte jedoch, daß die kolonial-kapitalistische Reaktion ihr unmittelbares Ziel nicht verwirklichen konnte, nämlich die Machtübernahme durch die FRELIMO zu verhindern.

Während der Übergangsphase war der Kapitalismus erneut gezwungen, seine Strategie zu überdenken und neue Pläne zu schmieden. Er heizte die Panik an und förderte das Abwandern von kleinen und mittleren Unternehmern, Technikern und anderen qualifizierten Werktätigen. Die **Großkapitalisten**, die diese Manöver planten und lenkten, hofften immer noch, ihre Interessen bewahren zu können. Sie betrieben eine Politik der angeblichen Mäßigung und des vermeintlichen Realismus unter Berufung auf technologische und administrative Mängel, die sie selbst herbeigeführt hatten. Um ihre Interessen in den Betrieben und im Staatsapparat zu verteidigen, benützten sie die **einheimische Bourgeoisie**, die in den letzten Jahren des Kolonialismus überstürzt geschaffen worden war. Diebstahl und Zerstörung nahmen überhand. Vieh, Traktoren, Maschinen, Lastkraftwagen verschwanden über die Grenze oder wurden in unseren Häfen mit dem Einverständnis reaktionärer und korrupter Beamter verladen. Als das Plündern dank der zunehmenden Wachsamkeit des Staates und der werktätigen Massen nicht mehr möglich war, ging der Klassenfeind zur Zerstörung über. Man schlachtete Tausende Stück Vieh ab und ließ sie verwesen. Lebenswichtige Konsumgüter wurden gehortet, verschwanden vom Markt, um später zu Wucherpreisen wieder verkauft zu werden. Der ohnehin unzureichende Einzelhandel wurde systematisch sabotiert.

Dynamisierungsgruppen gegen die Sabotagestrategie

Entsprechend der Losung, die FRELIMO im ganzen Land aufzubauen, bildeten wir zwischenzeitlich die Dynamisierungsgruppen. Sie wurden unsere entscheidende Waffe im Kampf gegen alle Formen der Wirtschaftssabotage und gegen alle Versuche, die Werktätigen zu verwirren, zu spalten, zu korrumpieren oder umzustimmen. In der Übergangsphase stoppten die Dynamisierungsgruppen die kapitalistischen Manöver und trieben die Reaktion in die Defensive. In Hunderten von verlassenen Betrieben wurde die Produktion aufrecht erhalten. Sie organisierten die Kontrolle der Werktätigen, schärfen ihre Bewußtsein bezüglich des Wesens, der Ziele und der Methoden des Feindes. Von den Dynamisierungsgruppen organisiert übernahmen die Massen bewußt die Initiative im Klassenkampf, isolierten den Klassenfeind, machten ihm wesentlich seine Absichten zunichte und zwangen ihn, seine arrogante Haltung aufzugeben.

Nach der **Verkündung der Unabhängigkeit** und den ersten Verstaatlichungen nahmen die Sabotageversuche zu, der Imperialismus, die Kolonialbourgeoisie und die einheimische Reaktion gingen an die Umsetzung ihrer Pläne, um die Stabilität der neuen Staatsmacht zu gefährden. Die Subversion gegen unsere Republik wurde organisiert. Vom Ausland her wurden Radiosendungen nach Moçambique ausgestrahlt und konterrevolutionäre Flugblätter eingeschleust. Drogen, Pornographie und subversive und obskurantistische religiöse Propaganda wurden verbreitet. Gerüchte und Provokationen nahmen zu, um die Abwanderung von Spezialisten zu beschleunigen. In Pressekampagnen fielen sie systematisch über die revolutionären Errungenschaften des Volkes her, um die Volksmacht zu verleumdern und zu diskreditieren. Sie schleusten Agenten, Waffen und Sprengstoff ein und führten kriminelle und terroristische Aktionen durch. Das illegale rassistische Regime Rhodesiens mußte erneut als äußere Operationsbasis für Angriffe auf unser Land und Massaker an unserem Volk dienen.

Die reaktionäre Provokation vom Dezember 1975 in der Hauptstadt, die der Imperialismus und die Kolonialbourgeoisie anzettelten, scheiterte gänzlich dank des schnellen und zuverlässigen Einsatzes der FPLM (Volksbefreiungskräfte von Moçambique), die durch das Volk, das in den Dynamisierungsgruppen organisiert war, unterstützt wurden.

Insbesondere diese erneute Niederlage veranlaßte die Kolonialbourgeoisie, panikartig das Land zu verlassen, nachdem sie vollständig isoliert und entlarvt und in ihrer Unorganisiertheit unfähig war, die von der FRELIMO geführten, stürmisch vordringenden werktätigen Massen aufzuhalten. Im Januar 1976 wurden an einem einzigen Tag in der Hauptstadt 20 Betriebe aufgegeben.

Durch die Einsetzung von Verwaltungskommissionen und besonders durch die Tätigkeit der Dynamisierungsgruppen konnte die überwältigende Mehrheit dieser Betriebe weiter produzieren, so daß ein Anstieg der Arbeitslosenzahl und die Lahmlegung großer Teile der Wirtschaft, wie sie der Feind geplant hatte, verhindert werden konnte.

Vom 11. bis 27. Februar 1976 trat zum ersten Mal in der Hauptstadt unseres Landes das Zentralkomitee (ZK) der FRELIMO zusammen. Die 8. Tagung des ZK fand in einer Phase des verschärften Klassenkampfes statt und in direkter Folge der Festigung der Macht des Bündnisses von Arbeitern und Bauern und der revolutionären Maßnahmen, die ihr Staat unter der Führung der FRELIMO getroffen hatte.

Der starke Rückgang von Produktion und Produktivität, die Aufgabe der Betriebe, die vielfältigen Formen der Wirtschaftssabotage, die Aggressionsakte des Imperialismus durch seinen rassistischen Vortrupp unter Führung des Verbrechers Ian Smith und seine einheimischen Agenten, all das erforderte Maßnahmen, die der verschärften Situation des Klassenkampfes gerecht wurden.

Klägliches Scheitern der Kolonialbourgeoisie

Das ZK analysierte die Entwicklung des Befreiungskampfes zwischen der 5. und der 8. Tagung, die gegenwärtige Phase des Klassenkampfes in Moçambique und den Prozeß der Errichtung des volksdemokratischen Staates. Das ZK stellte fest, daß die Reaktion mit den verschiedensten Methoden vorgeht, aber daß ihre Ziele dieselben bleiben: die Wirtschaft zu desorganisieren und lahmzulegen, die vom Kolonialkapitalismus geschaffene Krise zu verschärfen, die Volksmassen zu spalten und Unzufriedenheit zu wecken, um die Volksmacht zu stürzen. Das ZK stellte weiter fest, daß die Klassenschlacht hauptsächlich im Bereich der Wirtschaft geschlagen wird und gab die Losung aus: „Allgemeine politische und organisatorische Offensive an der Produktionsfront!“ Das ZK betonte die Notwendigkeit, die Strukturen des kolonialistischen Staates zu beseitigen und einen **Staatsapparat neuen Typs aufzubauen**, der in seiner Zusammensetzung, seinem Aufbau und seinen Methoden die Macht des Bündnisses der Arbeiter und Bauern widerspiegelt. Auf seiner 8. Tagung berief das ZK den III. Kongreß der FRELIMO ein, um die Strategie und Taktik zu erarbeiten, die der gegenwärtigen Phase des Klassenkampfes und der Errichtung der Volksdemokratie entsprechen.

Die Gründung der Volksrepublik Moçambique, der Charakter unserer Verfassung, **die ersten Verstaatlichungen** am 24. Juli 1975 und die Verstaatlichung aller Miets- und Geschäftshäuser am 3. Februar 1976 waren ein entscheidender Schlag gegen die kapitalistischen Strukturen in unserem Land.

Die **Beseitigung des Privateigentums an Grund und Boden** bedeutete einen ersten grundlegenden Schritt zur Veränderung der Produktionsverhältnisse in unserem Land und einen entscheidenden Schlag sowohl gegen das feudale als auch gegen das kapitalistische Ausbeutungssystem, da den Ausbeutern die Hauptquelle des materiellen Reichtums entzogen wurde. Die Möglichkeit der Spekulation mit Bauland wurde beseitigt, und die Grundlagen für die Entwicklung staatlicher Betriebe, landwirtschaftlicher Genossenschaften und Gemeinschaftsdörfer wurden geschaffen. Dies stellt den **Beginn der Vergesellschaftung der Landwirtschaft** dar.

Mit der Rückgewinnung des Landes erkämpfte sich unser



Massenmobilisierung der Dynamisierungsgruppen, mit Portraits von S. Machel und E. Mondlane

Volk das entscheidende Produktionsmittel zur Entwicklung der Wirtschaft und der Befriedigung der wesentlichen Bedürfnisse, zum Kampf gegen Hunger, fehlende Kleidung, Elend und Krankheit, zum Aufbau einer unabhängigen und blühenden Wirtschaft des Volkes, die frei von Ausbeutung ist.

Die korrekte Linie der Mobilisierung für die kollektive Arbeit, die Genossenschaften und die Gemeinschaftsdörfer gewannen die breiten Volksmassen. In allen Provinzen richtete das Volk „machambas colectivas“ (gemeinschaftliche Felder, d. Red.) ein, die Bauern schufen Genossenschaften und Gemeinschaftsdörfer. Diese eindeutige Unterstützung der Vergesellschaftung der landwirtschaftlichen Gebiete durch die Bauern zeigt sich bereits, ehe der Staat die grundlegenden Normen für die Genossenschaften und Gemeinschaftsdörfer entwickelt hatte. Die staatlichen Stellen waren noch ungenügend organisiert, um alle von unseren Bauern produzierten Überschüsse lagern, transportieren und absetzen zu können. Deshalb ging ein Teil der Produktion verloren. Die moçambiquanischen Bauern gaben aber deshalb nicht auf. Mit verstärkten Anstrengungen gehen sie jetzt an die Aufgaben der neuen Ernte.

Die **Schaffung von staatlichen Landwirtschaftsbetrieben**, die bereits 60 000 ha kultiviertes Land umfassen, ermöglicht den Kampf um die Vergesellschaftung der Landwirtschaft in einem neuen und größeren Maßstab. Die brüderliche Unterstützung von Spezialisten aus den sozialistischen Ländern ist ein bedeutender Beitrag zum Fortschritt in unserer Landwirtschaft.

Unsere revolutionären Errungenschaften

Die **Verstaatlichung der Krankenhäuser und Privatkliniken** und das **Verbot der ärztlichen Privatpraxen** beendeten die schändliche Ausbeutung der Leiden und der Krankheiten unseres Volkes und schufen die Bedingungen zur Errichtung eines Volksgesundheitsdienstes.

Durch diese Errungenschaften im Bereich des Gesundheitswesens entstand eine **neue Front im Klassenkampf**. Das Gesundheitswesen in den Dienst der Massen zu stellen, hieß einerseits, die Massen für den Kampf um das Gesundheitswesen zu organisieren und andererseits, die bescheidenen Mittel, Einrichtungen und Fachkräfte, über die das Land in diesem Bereich verfügte, optimal zu nutzen. Vor der Verstaatlichung standen die Fachkräfte und die medizinischen Einrichtungen fast ausschließlich der Kolonialbourgeoisie zur Verfügung und waren auf die wichtigsten Städte konzentriert. Die Landbevölkerung und die Bewohner der Vorstädte, die werktätigen Massen, verfügten praktisch über keine

medizinische Versorgung. Die Verstaatlichungen führten zur Befreiung der medizinischen Fachkräfte und ermöglichten ihren Einsatz entsprechend den Bedürfnissen des Landes. Sie schafften die Voraussetzungen dafür, daß die am meisten benachteiligten Schichten in den Genuß der medizinischen Versorgung gelangen. Große Kampagnen der Mobilisierung und Organisierung der Massen zur Durchsetzung von Maßnahmen im Bereich der Hygiene und Krankheitsvorbeugung wurden durchgeführt. Millionen von Menschen nehmen aktiv an diesen Kampagnen teil, die die medizinische Versorgung der Massen grundlegend verändern werden.

Die Verstaatlichung des Gesundheitswesens rief die aktive Opposition der Reaktion auf den Plan. Ausländische und einige moçambiquanische Ärzte, Krankenpfleger und sonstige Angehörige des medizinischen Personals verließen unser Land, weil das Leiden der Menschen keine Goldgrube mehr darstellte, und weil sie hofften, durch ihre Abreise eine chaotische Lage herbeiführen zu können, wodurch unser Volk zur Rücknahme seiner Errungenschaften gezwungen worden wäre. Die Tätigkeit reaktionär geprägter Elemente, die an ihren Arbeitsplätzen verblieben, trug ebenfalls zur Krise in der Gesundheitsversorgung bei. Die rückständigen Strukturen und eine bürokratische und konservative Mentalität verschärften die großen Mängel im Gesundheitswesen und erschwerten die Umsetzung unserer Gesundheitspolitik.

Die korrekte Linie der FRELIMO führte zur Mobilisierung des größten Teils der im Gesundheitswesen tätigen Moçambiquaner. Sie nahmen große Opfer auf sich und arbeiteten unermüdlich bis an den Rand der Erschöpfung. Durch ihren Einsatz konnte mit wenigen Personen die gewaltig angewachsene Zahl der Menschen versorgt werden, die sich täglich an unsere medizinischen Einrichtungen wenden. Das Anwachsen der Zahl der Patienten erklärt sich aus dem Vertrauen, das die Volksmassen in die Verstaatlichung setzen. Der Einsatz der im Gesundheitswesen Tätigen hat die reaktionäre Offensive gestoppt und unseren Prinzipien im Gesundheitswesen zum Sieg verholfen.

Das korrekte Vorgehen der FRELIMO und unseres Staates, die patriotische und revolutionäre Entschlossenheit der Ärzte, des Pflege- und anderen Personals, die brüderliche Unterstützung der afrikanischen und sozialistischen Länder ermöglichten es, die schweren Mängel zu beseitigen und die Sabotage auszuschalten. Dies zeigt sich deutlich in den Provinzen, wo es Gesundheitseinrichtungen nur in einigen Städten gab. Wir haben mit Erfolg die Ausbildung einer großen Zahl von Pflegekräften begonnen und dabei schon die ersten sichtbaren Erfolge erzielt.

Die **Verstaatlichung der Schulen und die Abschaffung der Privatlehrer** haben eines der mächtigen Werkzeuge beseitigt, mit deren Hilfe der Kolonialismus unser Volk beherrschte, entfremdete und es seiner Persönlichkeit beraubte. So konnten wir mit dem Aufbau eines einheitlichen Erziehungswesens im Dienste der Massen und der Schaffung des Neuen Menschen beginnen.

Die Verstaatlichungen im Bereich des Erziehungswesens legten die Grundlagen für eine **echte Demokratisierung des Bildungswesens**. In der kurzen Zeit hat sich die Zahl der Schüler verdreifacht. Hunderttausende von Kindern aus den am meisten benachteiligten Schichten gehen in die Schule. Zehntausende von Erwachsenen lernen lesen und schreiben. Wir beseitigen mit Erfolg Obskurantismus und Aberglauben in Methoden und Inhalt der Bildung. Wir bekämpfen die elitären Methoden und Inhalte der bürgerlichen Erziehung.

Wir bemühen uns, wissenschaftliches Studium und gesellschaftliche Praxis der Produktion miteinander zu verbinden, dem Studium der Wissenschaft und der Herausbildung der analytischen Fähigkeiten der Schüler eine materialistische und dialektische Grundlage zu geben. Wir richten das Bildungswesen an den Interessen des Landes und der werktätigen Massen aus und beginnen in großem Maßstab mit

der Ausbildung von Lehrern.

In diesem Kampf machten wir Front gegen zahllose Manöver, die von Verleumdungskampagnen gegen unser Bildungswesen bis zum Abwandern von Lehrern reichten. Es gab Lehrer, die die Schüler einfach im Stich ließen. Andere verfälschten den Inhalt der Lehrpläne oder weigerten sich, sie anzuwenden und förderten Liberalismus, Disziplinlosigkeit und sexuelle Promiskuität unter den Schülern.

Beseitigung der Boden- und Wohnungspekulation

In der kolonialkapitalistischen Zeit waren die Städte ausschließlich für die Kolonialbourgeoisie bestimmt. Unser Volk, das die Städte baute, die Gebäude errichtete, war gezwungen, unter unmenschlichen Bedingungen am Rande der Städte zu leben. Der städtische Grund und Boden befand sich in der Hand der Bourgeoisie, die als einzige in den Genuß von Baukrediten kam, um Miets- und Geschäftshäuser zu Spekulationszwecken zu errichten.

Die **Verstaatlichung der Miets- und Geschäftshäuser** beseitigte die kapitalistische Ausbeutung in diesem Bereich, gab die Städte in die Hand des Volkes, das sie erbaut hatte und beseitigte den für die Kolonialstädte charakteristischen Rassismus. Sie schuf die Voraussetzungen zur Durchsetzung des Rechts auf Wohnung und zur Organisierung des kollektiven Lebens in den Städten durch die **Schaffung von Gemeinschaftswohnvierteln**.

Die Verstaatlichung der Beerdigungsinstitute schaffte das Geschäft mit dem Tod und die Diskriminierung der Toten ab, eine der unwürdigsten Erscheinungen im Kapitalismus.

Die Wiedergewinnung von Grund und Boden durch das Volk, die das Bauland und die verstaatlichten Miet- und Geschäftshäuser umfaßt, ist zusammen mit der **staatlichen Kontrolle des Kreditwesens und der Baubetriebe** von außerordentlicher Bedeutung für das Leben unseres Volkes. Die Verstaatlichung der Miets- und Geschäftshäuser ermöglichte, daß allein in Maputo 10 000 Familien in menschenwürdige Wohnungen einziehen konnten zu Mieten, die nach dem Einkommen und der Zahl der Familienmitglieder berechnet werden.

Die Wiedergewinnung des Baulandes und die staatliche Kontrolle des Kreditwesens und der Bauunternehmen ermöglichen ein planmäßiges Volksbauwesen und eine Wohnungspolitik im Dienste der Massen.

Die Abschaffung der privaten Rechtsanwälte machte Schluß mit dem kapitalistischen Geschäft mit der Justiz und ist eine Voraussetzung für die Schaffung einer Volksjustiz im ganzen Land.



Die **Arbeiterklasse Moçambiques** nimmt ihre historische Verantwortung in der Schlacht um die Reorganisation und den Neubeginn der Produktion wahr und entspricht damit der Losung „Allgemeine politische und organisatorische Offensive an der Produktionsfront!“ Die Fabriken haben besonders unter der Wirtschaftssabotage gelitten. Maschinen wurden gestohlen oder zerstört oder standen still wegen fehlender Ersatzteile, industrielle Ausrüstungen wurden nicht erneuert, Mittel für Sozialfonds und Anlagen verschwanden, die Bücher waren nicht mehr aufzufinden, die ausländischen Fachkräfte verließen das Land. Noch immer hat die demobilisierende und desorganisierende Tätigkeit der Betriebsleitungen vor ihrem Rückzug, haben Sabotage, Disziplinosigkeit, Versuche der Spaltung und Korrumpierung der Arbeiterklasse von Seiten getarnter Agenten der Reaktion in den Betrieben ihre Nachwirkungen. In den Betrieben blieben die autoritären Beziehungen am Arbeitsplatz bestehen und verhinderten die schöpferische Initiative der werktätigen Massen. Allein die Erneuerung der Verwaltungskommissionen konnte dieses Problem nicht lösen. Deutlich wurde die Notwendigkeit, die Beziehungen am Arbeitsplatz zu verändern, die radikale Umwälzung der Produktionsverhältnisse zu beschleunigen.

Nach der 8. Tagung des Zentralkomitees begann die Arbeiterklasse unter Führung der FRELIMO eine mächtige Offensive mit dem Ziel, die Produktion und die Produktivität zu steigern. Die Arbeiterklasse erhöhte ihre Disziplin, entwickelte und verbesserte die kollektive Arbeitsweise, widmete sich intensiver dem politischen Studium und erreichte so bedeutende Siege.

Die **Produktionsräte**, die wir in zahlreichen Betrieben einrichteten, entwickelten entscheidende Voraussetzungen, um in den nächsten drei Jahren die bisherigen Produktionsziffern zu erreichen und zu übertreffen. Die Schaffung der Produktionsräte wird zusammen mit tiefgreifenden, in einem Betriebsgesetz zu fixierenden Strukturveränderungen zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse führen und zur Durchsetzung der führenden Rolle der Arbeiterklasse beitragen.

Wir beglückwünschen die Arbeiterklasse, die den Produktionsabfall von 1974 und 1975 aufgehoben und einen Prozeß des Aufschwungs eingeleitet hat.

Mit der Phase der Volksdemokratie beginnen wir eine lange geschichtliche Etappe. Viele tiefgreifende Veränderungen in unserer Gesellschaft gilt es durchzusetzen, viele Aufgaben müssen noch erfüllt werden, und ein harter und langer Kampf steht uns bevor, bis wir das Ziel des Sozialismus erreicht haben.

Gegen die Befriedigung der Interessen der breiten werktätigen



Massen wehren sich der Imperialismus und seine Verbündeten in unserem Land, die einheimischen Reaktionäre und die Überreste der Kolonialbourgeoisie. Der Sieg über die Reaktion und den Imperialismus ist die Voraussetzung zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaft. Die Massen müssen sich daher organisieren und den einheimischen Ausbeutern ihren Willen aufzwingen, um das Land und die Revolution gegen die imperialistischen Angriffe zu verteidigen.

Die Volksdemokratie ist die historische Phase, in der die werktätigen Massen unter Führung der Arbeiterklasse ihre Macht stärken, die Diktatur des Proletariats errichten und **die Macht der Mehrheit in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens durchsetzen.**

In dieser Phase vertiefen und erweitern wir die revolutionären Errungenschaften und errichten ein mächtiges System zur Verteidigung unseres Vaterlandes und der Revolution, das sich auf das organisierte Volk als Hauptkraft stützt. Beim Kampf um den Aufbau der neuen Gesellschaft muß das Volk fest und geschlossen in allen Bereichen des politischen, ideologischen, ökonomischen und kulturellen Kampfes voranschreiten. In der gegenwärtigen historischen Phase festigen wir unsere ideologische und klassenmäßige Einheit und stellen unsere nationale Einheit auf eine höhere Ebene.

Um die **Grundlagen für den Sozialismus** zu schaffen, müssen wir die **Produktionsverhältnisse in unserem Land radikal verändern und unsere Wirtschaft entwickeln.**

Die Aufgaben der volksdemokratischen Revolution

Die Volksdemokratie ist die Phase, in der wir die Produktionsmittel vergesellschaften und die beiden grundlegenden Formen sozialistischen Eigentums, das staatliche und das genossenschaftliche Eigentum schaffen. Es ist die Phase, in der wir unsere Wirtschaft entwickeln und qualitativ verändern und die materiellen Grundlagen für die sozialistische Gesellschaft legen.

Mit der **Landwirtschaft als Basis, der Industrie als dynamischem und der Schwerindustrie als entscheidendem Faktor** werden wir dem Elend und der Abhängigkeit ein Ende setzen und eine fortgeschrittene Wirtschaft im Dienste des Volkes aufbauen.

In der Phase der Volksdemokratie werden wir die Überreste der Feudalgesellschaft und des Kolonialkapitalismus, die sich noch in der Mentalität und im Verhalten bewahrt haben, beseitigen. Wir setzen den Kampf fort gegen die Unterdrückung und Ausbeutung der Frau und der Jugend und gegen die dekadenten Werte der Bourgeoisie. Wir setzen den während des revolutionären Befreiungskampfes begonnenen Kampf um die Schaffung des Neuen Menschen, der für immer von Unwissenheit, Obskurantismus, Aberglauben und Vorurteilen frei und seiner Pflicht zu Solidarität und Zusammenarbeit bewußt ist, auf neuer Stufe fort.

Durch die wissenschaftliche und soziale Entwicklung schaffen wir die materiellen Voraussetzungen dafür, daß die Arbeit Recht und Pflicht aller Bürger wird und daß das Prinzip „jeder nach seinen Fähigkeiten, jeder nach seinen Leistungen“ Anwendung findet.

In dieser Phase verstärkt **die Arbeiter- und Bauernmacht** ihre Verwurzelung in der Gesellschaft. Im Prozeß der Zuspitzung des Klassenkampfes festigt die Arbeiterschaft ständig ihre Klassenbewußtsein. In den Betrieben wird diese Klasse im Rahmen der Partei einen hohen Grad der Organisation und Kollektivität der Arbeit erreichen. Im Kampf um die gesellschaftliche Kontrolle der Produktion erfährt die Arbeiterklasse den antagonistischen Widerspruch, der sie in Gegensatz zum Privateigentum an den Produktionsmitteln stellt. Sie erfüllt so schrittweise die Voraussetzungen, die sie zur führenden Kraft des Prozesses der Befreiung der Gesell-

schaft von allen Formen der Ausbeutung machen. So wird die Arbeiterklasse entsprechend der langen Kampftradition des moçambiquanischen Volkes zur führenden Kraft beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft.

Die Bauernschaft – Hauptkraft der Revolution

Die Bauernschaft ist der wichtigste Bündnispartner der Arbeiterklasse und umfaßt die Mehrheit der Bevölkerung unseres Landes. Sie wurde vom Kolonialsystem brutal ausgebeutet und spielte eine entscheidende Rolle im bewaffneten Befreiungskampf. Die Mehrheit der Kämpfer, Kader und Mitglieder der FRELIMO ist bäuerlicher Herkunft. **Die Bauern trugen die Hauptlast des revolutionären Volkskrieges**, sie waren die Opfer der Angriffe, Bombenüberfälle, Verbrechen und Massaker der Kolonialtruppen. Die organisierten Bauern sicherten die Produktion von Nahrungsmitteln für die Kämpfer und den Transport des Kriegsmaterials und sorgten für die innere Sicherheit der befreiten Gebiete. Unter der revolutionären Führung der FRELIMO stürzten die Bauern die Feudalklasse und die neuen Ausbeuter in den befreiten Gebieten. Ihr Bündnis mit der Arbeiterklasse wurde im nationalen Befreiungskampf geschmiedet und beruht auf dem gemeinsamen Interesse von Arbeitern und Bauern an der Beseitigung jeglicher Art von Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Heute geht die Bauernschaft, die Hauptkraft der Revolution, mit Begeisterung an die Aufgaben der **Errichtung von Gemeinschaftsdörfern**. Das große und spontane Echo von Seiten der breiten Masse der Bauern auf die Losung vom Aufbau der Gemeinschaftsdörfer hin zeugt von ihrem ständigen revolutionären Elan, von ihrem Willen, zu kollektiven und technisch fortgeschrittenen Organisationsformen der Produktion zu gelangen. Trotz der Mängel im Staatsapparat und dessen Unfähigkeit, rechtzeitig und in richtiger Weise auf die stürmische Entwicklung für die Gemeinschaftsdörfer einzugehen, trotz bürokratischer Fehler, haben die Bauernmassen nicht nachgelassen, und mit ihrer schöpferischen Initiative und durch harte Arbeit festigten sie die Gemeinschaftsdörfer und machten sie zu einer Errungenschaft unserer Revolution, die das künftige Aussehen unserer Landwirtschaft bestimmen wird.

In den landwirtschaftlichen Gebieten gibt es außerdem eine sich zunehmend entwickelnde und organisierende Kraft, die **Arbeiter der großen – vor allem der staatlichen – Landwirtschaftsbetriebe**. Diese Landarbeiter haben große Aufgaben bei der gesellschaftlichen Entwicklung und der Hebung des Bewußtseins der gesamten Bauernschaft zu erfüllen.

Alle diese Menschen vertrauen auf die FRELIMO und erkennen mehr und mehr in den Gemeinschaftsdörfern, den Staatsbetrieben, der kollektiven Produktion und der Vergesellschaftung der Landwirtschaft den Weg zur Befreiung von Ausbeutung, Elend, Hunger, Nacktheit und Krankheit.

Breite soziale Basis der Revolution

Die übrigen Werktätigen, **Angestellte, Beamte und revolutionäre Intellektuelle** gehören ebenfalls zur sozialen Basis der Revolution. Im Kolonialkapitalismus ließ die Bourgeoisie nichts unversucht, um sie dazu zu bringen, Werte der Bourgeoisie anzunehmen und ihren Interessen zu dienen. Aber im Prinzip haben diese Menschen, die ausschließlich von ihrer eigenen Arbeit leben, volles Interesse am Aufbau einer gerechten, von kapitalistischer Ausbeutung freien Gesellschaft. Ihre aktive Teilnahme am revolutionären Prozeß erfordert einen inneren Kampf, damit sie in Mentalität und Verhalten die Laster und Fehler der Bourgeoisie ablegen.

Die **Kleinbauern und Handwerker** sind Gesellschaftsschichten, die das Proletariat zunehmend für den Aufbau der neuen Gesellschaft gewinnt. Durch die berufliche Tätigkeit spielen sie eine wichtige gesellschaftliche Rolle bei der Produktion von Gütern, im Dienstleistungsbereich und im Handel. Der nationale Wiederaufbau braucht ihre aktive Unterstützung. Zudem entspricht der Verlauf des revolutionären Prozesses ihren Interessen und befreit sie von der ständigen Bedrohung und Unterdrückung durch das Großkapital. Daher muß die Partei sich ständig um sie bemühen und sie dazu ermuntern, ihre Produktion zu rationalisieren, d. h. vor allem sich freiwillig an Genossenschaften zu beteiligen, um ihre Produktionskapazität zu erweitern.

Wir gehen entschlossen den Weg zum Sozialismus, indem wir ständig die Fehler der Vergangenheit bekämpfen. Der Krieg hat uns gelehrt, den Wert des menschlichen Lebens zu schätzen. Der Krieg hat uns gelehrt, menschlich zu sein, den Menschen zu lieben. Während des Krieges führten wir einen harten Kampf gegen falsche Auffassungen, und wir scheuten nicht die offene Auseinandersetzung in unseren Reihen, um die gerechte Politik der Gnade durchzusetzen. Wir haben gegen den portugiesischen Kolonialismus gekämpft und nicht gegen die Portugiesen. Ein gefangener feindlicher, von der verbrecherischen Kriegsmaschine, der er ursprünglich angehörte, isolierter Soldat, hörte für uns auf, ein Feind zu sein. Er war ein Mensch, der, einmal vom System befreit, seine Menschlichkeit wiedergewann.

Ein entschlossener Weg zum Sozialismus

Während des Krieges haben wir nie gezögert, gegen Verbrechen, Banditentum, Ungerechtigkeit, Korruption und Mißachtung der Menschenwürde zu kämpfen. Wir setzen diesen Kampf heute in unserem ganzen Land fort, um eine Gesellschaft zu schaffen, die nur zum Wohle des Menschen erbaut und organisiert wird. **Der Unterdrücker, der Gewalttätige, der Ausbeuter ist unser Feind, auch wenn er aus unseren eigenen Reihen kommt.** Letztlich war es immer das Ziel unseres Kampfes, dem Menschen einen neuen Wert und eine neue Würde zu geben. Dieser Weg hat uns selbstverständlich zum Sozialismus geführt.

Der Krieg hat uns erzogen und uns zu dem gemacht, was wir sind. Unsere Erfahrung hat uns auch gezeigt, daß der Erfolg des menschlichen Strebens nach sozialer Gerechtigkeit, Gleichheit und Frieden nicht nur eine Frage des guten Willens ist. Gestern richtete der Kolonialismus seine Kanonen gegen unsere legitimen Bestrebungen nach Freiheit und Unabhängigkeit. Heute ist diese Bedrohung nicht verschwunden. Jene, die uns immer ausgebeutet haben, finden sich nicht ab mit dem Ende der Ausbeutung. Der parasitäre Kapitalist nimmt nicht frohen Herzens das Ende seiner Privilegien hin. Unser Kampf muß organisiert werden, so wie sich im bewaffneten nationalen Befreiungskampf die Unterdrückten organisieren müssen.

Der **wissenschaftliche Sozialismus** ist die **Richtschnur der werktätigen Klassen** bei der Erstürmung der Bastionen des unmenschlichen und ausbeuterischen Kapitalismus und Imperialismus.

Bei der Verteidigung dieser Prinzipien sind wir in der Tat unnachgiebig. Auf diesen Kampf zu verzichten, zuzulassen, daß aus den Opfern unseres Volkes eine neue Klasse entsteht, die es erneut unterdrückt und demütigt, die das menschliche Leben mißachtet und das Land neuen Herren übergibt, das wäre der schändlichste Verrat.

Unsere eigene Erfahrung hat uns gezeigt, daß alle, die ehrlich Gerechtigkeit wollen, für den Sozialismus sind. (...)

(Quelle: Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der FRELIMO an den III. Kongreß, in: noticias, Maputo, 3. 2. 1977)

LATEINAMERIKA: FASCHISMUS UND WIDERSTAND (2.TEIL)



US-Jagdbomber AT 37 für Chiles Faschisten; westliches Finanzzentrum Chase-Manhattan Bank; US-Manager N. Tschischow, der die Rückeroberung des chilenischen Kupfers durch den Kennecott-Konzern leitete

Wilhelm Breuer Säulen des Pinochet-Regimes

Die internationalen ökonomischen Hilfsmaßnahmen für die Pinochet-Junta, ihre inneren Auswirkungen und Konsequenzen für den sozialen Charakter des chilenischen Herrschaftssystems hat der Beitrag von Dr. Wilhelm Breuer zum Gegenstand. Der Verfasser ist Mitglied des Präsidiums des Weltfriedensrates, Vorsitzender der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba und Mitherausgeber des AIB.

Zu den hervorstechenden Charakteristika der faschistischen Diktatur in Chile zählt zweifelsohne ihre massive Unterstützung durch ausländische Konzerne und internationale Finanzinstitutionen. Diese „Hilfe“ zielt darauf, dem Terrorregime Stabilität zu verleihen und zugleich das Land noch fester in den eigenen Griff zu nehmen. Als Kehrseite dieser anhaltenden Auslandshilfe stehen Chiles wachsende Verschuldung (1976 rund 5 Mrd Dollar) und Abhängigkeit. Seit ihrem Machtantritt hat die Junta dem Auslandskapital alle Türen geöffnet, die chilenischen Ressourcen verschleudert und den Ausverkauf nationaler Interessen zur Maxime ihrer Wirtschaftspolitik erhoben.

Auslandshilfe unter Federführung der USA

Ein Blick auf die Zusammensetzung dieser Auslandshilfe für die Junta offenbart, daß das Gros aller Finanzmittel aus den USA und von internationalen Finanzorganen stammt, in denen Washington die herausragende Rolle spielt:

1974 hatten – Studien internationaler Organe zufolge – 72,7 % der finanziellen Unterstützung, die die Junta erhielt, nordamerikanischen Ursprung, 1975 stieg der US-Anteil auf 86,2 %.

FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG – SCHÄTZUNG

	1974/75	1975/76
Insgesamt	782,5	1 341,2
USA und internationale Finanzorgane	569,1	1 158,2

(Berechnet aufgrund von Unterlagen internationaler Organisationen in Mio Dollar)

Diese Finanzierungsquelle kommt nicht von ungefähr. Die Regierung und die multinationalen Konzerne mit Sitz in den USA haben direkt und aktiv an der Planung und Verwirklichung des faschistischen Putsches vom 11. September 1973 mitgewirkt. Nachdem dieser durchgeführt war, bemühten sie sich, diese Regierung zu „stabilisieren“ ebenso wie sie alles darangesetzt hatten, in den vorangegangenen Monaten die Regierung unter Salvador Allende zu „destabilisieren“. Jetzt gaben sie bereitwillig die ökonomischen Mittel heraus, die sie vorher im Zusammenhang mit ihrer Absicht der finanziellen Blockade Chiles verweigert hatten.

Generalstabsgemäße Stabilisierung

Der Begriff „Stabilisierung“ steht seit langem im Handbuch des US-amerikanischen Generalstabes. In einem davon steht er mit dem Symbol FM 31-16, der wie folgt definiert wird: „Stabilisierungskampagne. Der Begriff wird im allgemeinen Sinn verwendet. Er kann definiert werden als die Erreichung der vollständigen inneren Verteidigung und Operation zur Entwicklung und Unterstützung . . . Die Fähigkeit des Landes den inneren Frieden herzustellen wird unterstützt von den USA und anderen Verbündeten . . . um die Regierung unter militärischen Gesichtspunkten zu stärken . . . Ökonomische Aktion, die den geplanten Einsatz von Maßnahmen einschließt, die darauf abzielen, ökonomische Stabilität in dem Land herzubringen“¹.

Wie der nordamerikanische demokratische Abgeordnete Michael Harrington unter Auswertung von Statistiken der Kongreßbibliothek, die offiziellen Charakter haben, bekanntgab, haben die USA z. B. im Jahr 1975 der faschistischen Junta ökonomische und militärische Hilfe im Wert von 276 Mio Dollar zuteil werden lassen. Diese Summe ist weit höher als jene, die der Gesamtheit der lateinamerikanischen Staaten gewährt wurde. Diese „Hilfe“ wurde nach Angaben Harringtons zum großen Teil in Verkehrung der Beschlüsse des nordamerikanischen Kongresses ausgegeben.

„Man muß zu dem Schluß kommen“, führt Harrington in seiner Anklage aus, „daß die augenblickliche politische Kampagne der USA gegenüber Chile genauso kalkuliert und betrügerisch ist wie es die Politik der Entstabilisierung (gegen die Regierung Allende, d. Verf.) in jüngster Vergangenheit war“².

Diese breite Unterstützung durch die Regierung der USA hat zu einer starken Verurteilung dieses Landes in der öffentlichen Meinung geführt. Diese Tatsache war ständiger Gegenstand der entsprechenden Diskussionen im US-Kongreß und während der jüngsten Wahlkampagne zu den Präsidentschaftswahlen. Im gegenwärtigen Haushalt der USA nahm man zwei Posten von je 27,5 Mio Dollar zugunsten der Junta auf, wovon die erste Summe bereits übergeben wurde. Der Antrag der Regierung Ford war auf die Gewährung eines ökonomischen Hilfsprogramms für die faschistische Junta in Höhe von 100 Mio Dollar hinausgelaufen. Diese Summe wurde auf die bereits angeführten 55 Mio Dollar reduziert.

Demonstration der „Unabhängigkeit“?

Der Kongreß wies auch jegliches Zugeständnis in Hinblick auf militärische Hilfe an die faschistische Regierung zurück. Dieser Haltung spottete US-Präsident Ford, indem er vor Ratifizierung des entsprechenden Gesetzes drei Verträge mit Chile unterschrieb, durch welche die Marine, das Heer und die Luftwaffe mit genügend Reserve für die nächsten zwei Jahre ausgestattet wurden.

Die zweite Überweisung dürfte entsprechend dem laufenden Haushalt nur erfolgen, wenn der Präsident dem Kongreß versichern würde, daß die Junta nicht weiterhin die Menschenrechte verletzt³.

Die fortgesetzten Verletzungen der humanen Grundprinzipien führten dazu, daß die Forderung verstärkt wurde, diese Gelder nicht zu übergeben. Aufgrund dessen sah sich die Junta im Oktober 1976 gezwungen, auf diese Mittel zu verzichten, da – laut einem Schreiben, das ihr Botschafter in den USA übergab – die gewährte Summe „nicht die politische Ausnutzung rechtfertige, die damit intendiert sei . . .“⁴. Groteskerweise wurde diese Tat, die ein Licht auf das wachsende Ausmaß der internationalen Zurückweisung der Junta wirft, von den Sprechern der Junta als Demonstration der „Unabhängigkeit“ ausgegeben. Diese Unabhängigkeit sei möglich geworden durch eine relative „Besserung“ der Situation im

Bereich der Außenwirtschaft.

Pinochet tat diesen Schritt in der Absicht, die Verurteilung seiner Regierung zu verringern, während der Wahlkampf in den USA sich seinem Höhepunkt näherte, zumal er einschätzte, daß der Erhalt der Gelder mehr als zweifelhaft war.

Es ist von großer Bedeutung, daß die weltweite Verurteilung des faschistischen Regimes auch wachsende Formen im Innern der USA annimmt, sind doch vor allem dort jene Kräfte beheimatet, die sie am Leben erhalten. Des weiteren hat die finanzielle Bindung der Junta an die nordamerikanischen Monopole zur Übernahme einer Anzahl von ausgesprochen antinationalen Verpflichtungen geführt.

Raubbau der Bodenschätze

Es ist kein Zufall, daß der Finanzminister und oberste Minister für Wirtschaftsfragen der Junta, Jorge Cauas, seit seiner Amtsübernahme regelmäßige Reisen in die USA unternommen hat. Die Besuche hatten außer dem Ersuchen nach Krediten zum Inhalt, daß er direkte Rechenschaft vor Vertretern der US-Regierung und der internationalen Kreditinstitute über seine Tätigkeit ablegen mußte. Ein Telegramm der internationalen Nachrichtenagentur Nordamerikas UPI ist in dieser Hinsicht besonders aufschlußreich:

Die Nachricht beginnt damit, daß eine Mission der Junta, angeführt von Jorge Cauas, den Internationalen Währungsfonds (IWF) und das zuständige Ministerium in Washington, vertreten durch den stellvertretenden Sekretär für interamerikanische Fragen, William Rogers, über die augenblickliche ökonomische Situation in Chile unterrichtete. Später wird wörtlich hinzugefügt: „In beiden Gesprächen wurde Punkt für Punkt das Programm der ökonomischen Wiedergesundung, das die chilenische Regierung entwickelt hat, analysiert“⁵. Die Formen, die die Unterwerfung angenommen hat, sind so weitgehend, daß die Junta-Presse die Dreistigkeit besaß, dieses Schreiben breit zu veröffentlichen. Es liegt auf der Hand, daß alle derartigen Verhaltensweisen neue Zugeständnisse an die US-Monopole bedeuten. Diese orientieren sich im Mo-



ment hauptsächlich darauf, sich direkt des Kupfers zu bemächtigen, das Uran unter Kontrolle zu nehmen und sich die Beherrschung der neuen Erdöl- und Gasvorkommen, die vor der Erschließung stehen, zu sichern. Das Lithium ist bereits in die Hände der nordamerikanischen Firma Foot übergegangen, und zwar über die sogenannte Chilenische Lithiumgesellschaft, die von der Junta geschaffen wurde.

Wieder erstarkt sind die transnationalen Unternehmen, deren Aktivitäten von der Volksregierung eingeschränkt worden waren – die Junta zahlte ihnen „Entschädigungen“; die an der Verschwörung beteiligten Kupferunternehmen Cerro Corporation, Anaconda und Kennecott sowie die ITT erhielten nach offiziellen Angaben 524,5 Mio Dollar.

Außer der Regierung und den Monopolen der USA waren internationale Institutionen wie der Internationale Währungsfonds (IWF), die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) und die Weltbank die Hauptfinanziers der Junta. Dafür gab die Präsenz der USA in allen diesen Organen den Ausschlag, aber konkretisieren konnte sich jeweils nur, was das Wohlgefallen und die Unterstützung der übrigen Mitgliedsländer fand. Diese Institutionen haben in hohem Maße ihre „Flexibilität“ bewiesen. Von der absoluten Verweigerung jeglichen Kredits, wie dies die IDB und die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung/Weltbank (IBRD) während der Regierung Allende praktizierten, gingen sie über zu einer entschiedenen Unterstützung der Junta.

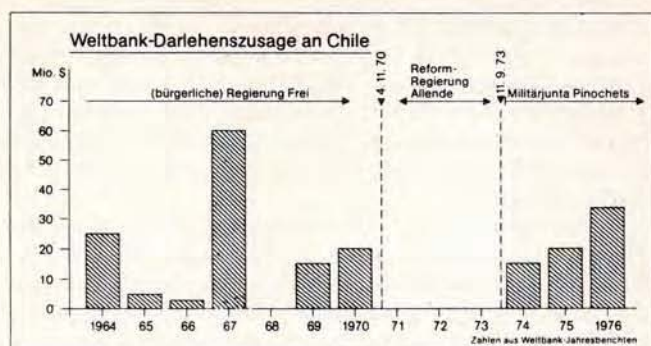
„Beistands“-kredite – ein politisches Werkzeug

Das Erteilen von Krediten wurde als weiteres politisches Werkzeug benutzt, um den Zielen des großen internationalen Kapitals Vorteile zu verschaffen. Der Internationale Währungsfonds vereinbarte mit der Junta in den Jahren 1974 und 1975 „Beistands“-Kredite mit Sonderziehungsrechten.

Der erste wurde wenige Monate nach dem Putsch gewährt mit dem ausdrücklichen Ziel – wie in den entsprechenden Dokumenten zu lesen war – „das ökonomische und Finanzprogramm der Regierung zu unterstützen, dessen Inhalt es ist, den Grundstein zu legen für die Zurückeroberung der Produktion, für den Stop der Inflation und die Verbesserung der Zahlungsbilanz“. Keines dieser Ziele wurde erreicht, was aber für den IWF kein Hinderungsgrund war, der Pinochet-Junta im folgenden Jahr einen ähnlichen Kredit zu übergeben. 1976 begann das faschistische Regime Versuche in der gleichen Richtung zu unternehmen. Man verzichtete schließlich darauf, weil der Importrückgang das Zahlungsbilanzdefizit verminderte aber auch weil unübersehbar war, daß die Stimmen derer ständig zunahmen, die ihr Votum gegen einen solchen Kredit für eine Regierung abgaben, die ständig die Menschenrechte verletzt, die das Lebensniveau des Volkes senkt und gegebene Versprechen nicht einhält. Der IWF beteiligte sich 1974 und 1975 auch sofort an derartiger Hilfe für die Junta, mit der ihr Kredite zu Lasten von „Erleichterungen im Erdölsektor“ gewährt wurden. Chile war der dritte Empfänger von Hilfe dieser Art und erhielt eine der höchsten Summen.

Besonders hoch waren die Kredite von der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB). Das kann nicht verwundern, bedenkt man, daß in dieser Institution bis zur kürzlichen Aufnahme neuer Mitglieder Mitte 1976 die USA 40 % der Stimmen besaßen. Dieser Prozentsatz wurde zwar jetzt auf 34 % gesenkt, ist aber noch immer entscheidend.

Antonio Ortiz Mena, der Präsident der IDB, gab bei seinem Besuch in Santiago zu Anfang 1976 bekannt, daß die Junta 1976 Kredite in der Höhe von 150 Mio Dollar erhalten würde. Diese Summe ist – wie selbst Ortiz Mena unterstrich – außergewöhnlich hoch, bedenkt man, daß die IDB seit ihrer Gründung 1961 bis zum 31. Dezember 1975 eine Gesamtsumme an Krediten von 475 Mio Dollar in Chile gewährt hatte.



Diese Politik der uneingeschränkten Unterstützung des faschistischen Regimes stieß hingegen zunächst auf Gegenwehr in der Weltbank. Dies wurde besonders deutlich, als sich Anfang 1976 trotz der aktiven Mobilisierung zugunsten der Initiative der US-Regierung ein großer Widerstand gegen die Gewährung eines Kredits von 33 Mio Dollar regte. Bei der ersten Gelegenheit zu der die Anleihe dem Aufsichtsrat der Bank zur Genehmigung vorgelegt wurde, erhoben sich viele kritische Stimmen. Aus diesem Grund war Weltbank-Präsident, Robert McNamara gezwungen, eine Entscheidung zurückzustellen in Erwartung eines günstigeren Moments und zur Nutzung der Zeit, um Ränke zu schmieden, die dennoch eine Zustimmung ermöglichen sollten.

Diese Situation beleuchtet die Stärke der registrierten Opposition, erinnerte doch die New York Times am Tag nach der Sitzung daran, daß dieser Aufsichtsrat „sehr selten seine Zustimmung verweigerte, wenn ein vorgeschlagenes Darlehen in seiner Verhandlung so weit gediehen war“⁶. Eine zweite Sitzung wurde notwendig, in der die Resolution gegen die Stimmen der skandinavischen Länder angenommen wurde, während sich zahlreiche europäische Länder wie Großbritannien, Italien, Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland, Belgien und Holland zusammen mit einigen Vertretern der „Dritten Welt“ der Stimme enthielten. Wenn diese Länder gegen das Abkommen gestimmt hätten, wäre es abgelehnt worden.

Ein solches Verhalten wäre das konsequenteste gegenüber einer Regierung, die – wie die bereits zitierte Publikation der New York Times analysiert – aus „Mord und Folter ihre Politik macht“. Man würde auch nur dann den theoretischen Ansprüchen gerecht, die immer wieder von hochgestellten Persönlichkeiten der Weltbank proklamiert werden und demzufolge die Kredite zu einer möglichst gerechten Einkommensverteilung in den Ländern beitragen sollen, denen sie gewährt werden.

Die Weltbank im Zwielficht

Bekanntlich geschieht in Chile das genaue Gegenteil. Eine gewaltige Konzentration der Einkommen hat – nach Recherchen des chilenischen Wirtschaftsexperten und Ministers der Regierung Allende, Pedro Felipe Ramirez – dazu geführt, daß 1974 der Anteil der werktätigen Massen am Gesamteinkommen um die Hälfte sank (s.w.u.).

Im Dezember 1976 hat die Weltbank der Pinochet-Junta einen neuerlichen Kredit, diesmal in Höhe von 60 Mio Dollar, gewährt. Lediglich eine Gruppe skandinavischer Länder und einige US-Kongreßabgeordnete sprachen sich gegen diesen Beschluß der Weltbank aus.

In den Jahren 1974 und 1975 bestand eine weitere Maßnahme der Junta zur Abdeckung ihrer Bedürfnisse an ausländischer Finanzierung in dem Bemühen, neue Verhandlungen über ihre Auslandsschulden zu erreichen. Dafür wurden Verhandlungen im sogenannten Klub von Paris angesetzt, an

denen 14 Gläubigerländer teilnahmen. 1974 wurde – abgesehen von der Zurückweisung durch Italien, das nicht an den Verhandlungen teilnahm – das Ziel erreicht, wenn auch während der Sitzungen mehrere Regierungen die Verletzung der Menschenrechte durch die Diktatur verurteilten. Aber bereits im Jahr 1975 scheiterten die Absichten einer gemeinsamen Verhandlung.

Sieben Länder, nämlich Großbritannien, Italien, Schweden, Holland, Dänemark, Belgien und Norwegen, weigerten sich zu verhandeln und schufen damit eine nie dagewesene Lage. Der Klub von Paris nahm Abstand von einem multilateralen Abkommen mit der Junta trotz der mühevollen Anstrengungen, die die Vertreter der US-Regierung und des IWF entfalteten. Die übrigen sieben Regierungen nahmen bilaterale Verhandlungen auf, die miteinander verbunden wurden durch einen gemeinsam bestimmten Repräsentanten. Diese Regierungen sind die der USA, Spaniens, Kanadas, Japans, der BRD, der Schweiz und Frankreichs.

Im Jahr 1976 hat die Junta einen ähnlichen Versuch unterlassen.

Die eigentlichen Gründe dieser Entscheidung, die die Junta als Zeichen der Besserung ihrer auswärtigen Finanzsituation darzustellen versucht, liegen tatsächlich in dem gewaltigen Ausmaß, das ihre internationale Isolierung erreicht hat. Sie liegen auch in der Tatsache begründet, daß sie sich in der Situation der Zahlungseinstellung bzw. vor der vollständigen Aufkündigung mit einigen Ländern befindet, denen gegenüber sie ihre Verpflichtungen nicht erfüllt hat. Da es bereits 1975 unmöglich war, eine multilaterale Vereinbarung zu treffen, wurde es 1976 erst recht unmöglich, vor allem weil in diesen Ländern, denen gegenüber die Junta im Verzug ist, die Forderungen verschiedenster Kreise wachsen, die Regierungsvertreter sollten neue Maßnahmen ergreifen, um die faschistische Regierung zu zwingen, ihre Verpflichtungen zu erfüllen.

Vertiefte Import-Abhängigkeit von den USA

Die große Abhängigkeit der Junta von der Regierung und den Monopolen der USA zeigt sich auch in der Handelsabhängigkeit.

Die geographische Zusammensetzung der chilenischen Importe hat sich im Laufe dieser drei Jahre dahingehend verändert, daß der Anteil nordamerikanischen Ursprungs ständig wuchs. Somit entstand ein für Chile außergewöhnlich defizitärer Handelsaustausch. Dieses Importwachstum ergab sich sofort nach dem vollzogenen Putsch. 1974 erreichte es 415,694 Mio Dollar, während es 1971 und 1972 jeweils bei 160 bzw. 170 Mio Dollar lag. Die für die USA günstige Handelsbilanz erreichte 1974 129,637 Mio Dollar und die Importe aus diesem Land lagen bei 21,7 % der Gesamtmenge. 1975 stieg der Anteil von Importen aus den USA – nach den dazu veröffentlichten Registern der Zentralbank – auf 29,15 %.

Diese Fakten geben trotz ihrer Wichtigkeit noch nicht die ganze Abhängigkeit wieder, die aus dieser Situation erwächst. Der Einfluß der US-Monopole hängt nicht nur von der Handelsmenge ab, sondern steht in direktem Verhältnis zur besonderen Wichtigkeit vieler Importgüter.

Ein großer Teil der Technologie und daraus folgend der Ersatzteile und Ausstattungen kommt beispielsweise aus den USA. Generell kontrollieren die US-Monopole den Hauptteil der Ausrüstungen, der Reserven und der Energieversorgung in den Schlüsselbetrieben, wie zum Beispiel bei den Chemieprodukten. Hinzugefügt werden muß, daß ein bedeutender Prozentsatz des Handels, der als Handel mit anderen Ländern geführt wird, in Wirklichkeit abgeschlossen wurde mit multinationalen Konzernen nordamerikanischer Herkunft. Das ist der Fall beim Treibstoff und bei einem wichtigen Teil des wachsenden Handels mit Brasilien und Argentinien.

Die BRD als Hauptkäufer chilenischer Produkte

Die deformierte Außenhandelsstruktur Chiles führt dazu, daß der Großteil der Einkommen durch Export abhängig ist von einigen Rohstoffprodukten, vor allem von Kupfer. Der Export dieses Minerals macht 60–70 % des Gesamtexports des Landes aus. Aus diesem Grund sind sein Preisniveau und seine Handelsbedingungen entscheidend für den Fortgang der chilenischen Wirtschaft. Die Hauptkäufer von Kupfer sind laut einer Statistik der Zentralbank für das erste Halbjahr 1976 in der Schwerindustrie (in dieser Reihenfolge): die BRD, Japan, Brasilien, die USA und Großbritannien. In der Leichtindustrie: Brasilien, die USA, Argentinien, Spanien und die BRD.

Der zweite Exportartikel von Wichtigkeit für Chile ist das Eisen, das 1975 zu 85 % nach Japan und zu 10 % nach den USA verkauft wurde.

Die wichtigsten Käufer chilenischer Produkte sind die BRD, Japan und Argentinien, die jeweils 14,3 %, 11,3 % bzw. 10 % des Gesamtvolumens kauften. Der Handel zwischen der BRD und der Junta wächst. Im Jahr 1976 hatte sich nach Aussagen der BRD-Botschaft in Chile bereits in den ersten acht Monaten das von Chile exportierte Volumen dem des gesamten Jahres 1975 angeglichen.

Die Sprecher der Junta hoben hervor, daß dieses Land der Hauptkäufer chilenischer Produkte sei.

EXPORT CHILES – WICHTIGSTE LÄNDER

Land	1974	1975*
1. BRD	336 688	239 151
2. Japan	407 049	186 637
3. Argentinien	169 255	166 417
4. USA	286 057	146 471
5. Großbritannien	217 225	137 178
6. Brasilien	144 046	97 999
7. Holland	94 022	90 741
8. Italien	161 261	80 147
9. Frankreich	86 536	70 311
10. Spanien	33 678	67 739
11. Benelux	33 219	56 146
12. Schweden	52 194	34 316

*1975 sanken die Exporte um 23,7 % entsprechend der tatsächlichen Auslieferung.

(Quelle: Oberste Zollaufsicht. In Tausend Dollar)

Aus diesen Ländern besteht die Basis des Außenhandels der faschistischen Junta. Sie kaufen die Grundstoffe und Rohzeugnisse genauso wie Lebensmittel und gebräuchliche Konsumgüter des täglichen Bedarfs, die dem internen Markt entzogen wurden.

Der Mehrheit der Bevölkerung wurden drastisch die Konsummöglichkeiten beschnitten, um die Güter ins Ausland zu schicken.

Das deutlichste Beispiel dieser Politik, die in Chile und unter allen demokratischen und humanistischen Menschen der Welt nur Abscheu hervorrufen kann, gibt der Export von Lebensmitteln bei gleichzeitiger Senkung des Preisniveaus der Bevölkerung. Derartige Taten zählen zu den Komponenten einer Politik, die große Teile der Bevölkerung in Hunger und Elend führt.

Die Katastrophe in der Landwirtschaft, die in Chile unter dem Faschismus entstand, ist mehr als ausreichender Beweis dafür, daß das Wachstum des Lebensmittelexports nicht aus einem Wachstum der Produktion, sondern aus einer Beschnidung des Konsums resultiert.

Kürzlich von der Zeitschrift *Ercilla* angestellte Berechnungen

AGRAREXPORT 1970–1975

Bereiche	1970	1971	1972
Landwirtschaft	28,3	35,6	24,0
Viehzucht	9,1	5,1	1,1
Total	37,4	40,7	25,1

Bereiche	1973	1974	1975
Landwirtschaft	25,8	56,4	115,1
Viehzucht	1,5	6,6	22,4
Total	27,3	62,9	137,5

(Quelle: ODEPA, auf der Basis von Daten des Zolls. In Mio Dollar)

zeigen, daß die Agrarproduktion – in Übereinstimmung mit bis jetzt bekannten offiziellen Statistiken und in Schätzung derer, die nicht bekanntgegeben wurden – sich im Jahr 1976 um 19,8 % gegenüber 1975 verringert hat. Die Verringerung pro Kopf ist indessen wesentlich höher und erreicht 26,2 %.

Alle verfügbaren Unterlagen über den Bereich der Viehzucht weisen daraufhin, daß die Misere in diesem Bereich noch größer ist. Es gibt augenblicklich weniger Tiere als vor 40 Jahren, während sich die Bevölkerung mehr als verdoppelt hat. Die Hochschule der Agraringenieure warnte zu Beginn letzten Jahres, daß man in diesem Sektor „mit besonderer Deutlichkeit Verluste in der Produktion beobachtet“⁷.

Die Statistiken weisen zudem aus, daß der Verbrauch pro Einwohner im Jahr 1975/76 um ca. 25 % gesunken ist, verglichen mit 1971 und 1972. Trotz dieses katastrophalen Zustands und eben weil eine Politik des Massenhungers verfolgt wird, haben die Lebensmittelexporte rasend schnell zugenommen. 1975 wuchsen sie um mehr als das fünffache im Vergleich zu 1973.

Geschäftemacherei mit dem Hunger

Am Hunger des Volkes profitiert die Finanzoligarchie. Sie hat mehr als 400 Unternehmen als Privateigentum zurückgehalten; mehr als je zuvor ist heute das Finanzsystem und die Produktionsmittel und Produktionsinstrumente in der Hand einer verschwindenden Minderheit konzentriert. Ein einziges Beispiel möge den Umfang dieses Konzentrationsprozesses verdeutlichen: Die Nacional Financiera, ein Unternehmen der unter dem eindrucksvollen Namen Piranas (Piranha) bekannten Gruppe, kontrolliert heute 41,27 % des gesamten Aktivvermögens des Kapitalmarktes.

Auch die Großgrundbesitzer-Oligarchie hat ihren Teil abgekomen: Der schon in den 60er Jahren unter der christdemokratischen Regierung Frei eingeleitete Prozeß der Agrarreform wurde rückgängig gemacht und verfälscht. Im Oktober 1976 waren schon fast 2 Mio ha (das sind 19,5 % der gesamten enteigneten Fläche) wieder an die früheren Eigentümer zurückgegeben worden. Das erfolgte in einem zweideutigen Prozeß der „Überprüfung“ der Gründe für die Enteignung. Weitere 6,6 % der Gesamtfläche waren den Oligarchen in Form von „Reserven“ übergeben worden (natürlich handelte es sich hierbei um das beste Land). Somit wurde der Prozeß der Überwindung der vorkapitalistischen Formen in der Landwirtschaft und Viehzucht hinsichtlich der Perspektive gemeinschaftlicher Arbeit unterbrochen. Stattdessen trieb die Junta sogenannte Maßnahmen zur „Entwicklung des Kapitalismus“ in der Landwirtschaft voran, indem sie den Kauf und Verkauf der Grundstücke liberalisierte. Dies verursachte innerhalb kurzer Zeit einen Prozeß der Konzentration des Eigentums und – als Folge dessen – der Verarmung der Kleinbauern.

Wir erleben hier das Gegenstück zur Verelendung der Arbeiter

und Angestellten, die sich widerspiegelt in einer Arbeitslosenquote von über 20 % (gegenüber 3,1 % im Jahre 1973), einer durchschnittlichen Inflationsrate von 200 % und einer Kürzung der staatlichen Sozialausgaben um nahezu 50 %. Von daher nimmt es nicht Wunder, daß die Löhne und Gehälter auf den fünften Teil der realen Kaufkraft des Jahres 1973 gesunken sind.

In der bereits erwähnten Studie von Pedro Felipe Ramirez wird der Gesamtumfang des an den chilenischen Massen begangenen Raubes errechnet und festgestellt, daß die „Lohnempfänger, die kleinen Unternehmer und die auf eigene Rechnung arbeitenden Werktätigen“ im Verhältnis zu ihrer Beteiligung am Nationaleinkommen im Zeitraum von 1971–1973 „durch die Übereignung an andere Kreise“ den ungeheuren Betrag von 7,148 Mrd Dollar (zum Wert von 1974) im Zeitraum von 1974–1976 verloren haben. Von dieser Summe kommen 6,983 Mrd direkt den „Latifundisten; nationalen Monopolen und dem Auslandskapital“ zu Nutzen. Zu diesem Betrag muß noch die Summe von 404 Mio Dollar (zum Wert von 1974) hinzugerechnet werden, der sich aus den den Lohnempfängern auferlegten Steuerlasten ergibt. Insgesamt hat eine Reduzierung des Anteils der Arbeiter und Angestellten am chilenischen Nationaleinkommen von 59,5 % im Jahre 1973 auf nur mehr 30 % stattgefunden.

Allein die Nennung dieser Zahlen – die natürlich unvollständig sind – für ein Land, dessen Einkommen 1975 bei nur 8,212 Mrd Dollar (nach dem Wert von 1974) lag, kann eine Vorstellung von der wirklichen Ausplünderung der Wirtschaft vermitteln, die durch die Politik der Militärjunta gefördert wird.

Zu einem Zeitpunkt, da sich der größte Teil der Entwicklungsländer darum bemüht, gemeinsame Maßnahmen zu erreichen, die auf die Gestaltung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung abzielen sowie Anregungen zum Schutz und zur Verteidigung ihrer produktiven Ressourcen annehmen, erfüllt das faschistische Pinochet-Regime somit die traurige Rolle eines Verteidigers von Interessen, die seiner Nation fremd sind, und unterstützt verhaßte Privilegien. Chile ist heute ein der Neokolonisation geöffnetes Gebiet.

Soziale Hauptstützen des Faschismus

Die angeführten Tatsachen machen deutlich, daß die Hauptnutznießer der von der Pinochet-Junta eingeleiteten Politik die ausländischen Monopole und die einheimische Oligarchie, voran die US-Konzerne und die chilenische Großbourgeoisie sind. Sie verkörpern auch die sozialen Hauptstützen des faschistischen Herrschaftssystems in Chile. Die angeführten Tatsachen erlauben es hervorzuheben, daß die Junta, um ihren Bestand zu erhalten, mit einer starken Unterstützung durch die Regierung und Monopole der USA wie anderer westlicher Hauptmächte rechnen kann, mit der Finanzierung durch internationale Kreditinstitutionen, vor allem durch den IWF, die BID und die Weltbank und ebenfalls mit der Unterstützung durch ökonomische Interessengruppen anderer Länder. Die vom Auslandskapital wie den westlichen Regierungen verfochtene „Stabilisierung“ der faschistischen Diktatur in Chile geschieht um der eigenen profitorientierten Vorteile willen.

Der weltweite Kampf zum Boykott der Junta aber rührt an die Fundamente des 1973 errichteten Faschismus.

Anmerkungen:

- 1) El Dia, Mexiko, 31. 1. 1976
- 2) United Press International (UPI), New York, 23. 1. 1976
- 3) Latin, Buenos Aires, 1. 7. 1976
- 4) Ercilla, Santiago, 27. 10. 1976
- 5) UPI, 28. 10. 1975
- 6) UPI, 23. 1. 1976
- 7) El Mercurio, Santiago, 23. 1. 1976

Das brasilianische Wirtschaftsmodell



Lange Zeit galt Brasilien geradezu als Paradebeispiel für die Propagierung einer beschleunigten Entwicklung der Dritten Welt auf kapitalistischem Wege, was zugleich den Blick ablenken sollte von den typischen Charakterzügen und sozialen Folgen, die die Wirtschaftspolitik des militärfaschistischen Regimes auszeichnen. Denn: Als historisch erstes Beispiel in der Strategie der USA, sich Statthalter in der ‚Dritten Welt‘ zu schaffen, sollte Brasilien eine führende Rolle bei der Sicherung der imperialistischen Herrschaft über den lateinamerikanischen Kontinent spielen.

In der Tat hat das brasilianische Wirtschaftsmodell lange Zeit hindurch Wachstumsraten hervorgebracht, die dazu führten, vom „brasilianischen Wunder“ zu reden. Mit einem jährlichen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts zwischen 9 und 11 % in den Jahren 1968 bis 1974 lag es an der Spitze der Entwicklungsländer überhaupt. Doch verschärfte Krisenerscheinungen in den letzten Jahren – ein drastisch rückläufiges Wirtschaftswachstum, eine Inflationsrate von nahezu 50 % im Jahre 1976 und ein ständig anwachsendes Handels- und Zahlungsbilanzdefizit – haben dazu beigetragen, daß die Euphorie über das brasilianische Entwicklungsmodell zusehends abklingt.

Ursachen des Putsches

Der Putsch vom 1. April 1964 beendete nicht nur den Zyklus bürgerlich-demokratischer Regierungen (Vargas 1951–1954, Kubitschek 1955–1960, Quadros 1961, Goulart 1961–1964), sondern wurde zu dem Zweck organisiert, optimale politische Voraussetzungen für eine rigorose Durchsetzung großbourgeoiser Wirtschaftsinteressen auch gegen den Widerstand breiter Teile der Volksmassen herzustellen. Dem diente die schrittweise vollzogene Ablösung der traditionellen bürgerlich-demokratischen Staatsinstitutionen in einen militärfaschistischen Machtapparat unter Führung der Armeespitze. Damit schuf man den idealen politischen Rahmen, um den sich seit Ende der 50er Jahre abzeichnenden kapitalistischen Akkumulationsprozeß auch mit gewaltsamen Mitteln zu beschleunigen.

Auf der Grundlage und im Gefolge der seit den 30er Jahren betriebenen importsubstituierenden Industrialisierung (Ersetzung von Importgütern durch inländische Produktion) hatte

sich der Prozeß der Kapitalkonzentration gerade Anfang der 60er Jahre erheblich beschleunigt. Die Zahl der privaten Milliardenärgruppen versechsfachte sich von 1960 bis 1964 nahezu. Damit verbunden war ein seit den 50er Jahren verstärkt einsetzender Prozeß des Zuflusses von ausländischem Kapital. Zugleich setzte ein Prozeß der Verflechtung des einheimischen Großkapitals mit dem Auslandskapital ein, der 1964 bereits nahezu 50 % der einheimischen Milliardenärgruppen erfaßt hatte¹.

Unter den Bedingungen der in zunehmendem Maße durch das internationale Monopolkapital bestimmten Konzentrationsprozesse in der Wirtschaft hielt die Regierung Goulart am gesellschaftspolitischen Konzept des Populismus fest, an einem Weg der eigenständigen kapitalistischen Entwicklung unter Hegemonie der nationalen Bourgeoisie. So setzte sie sich insbesondere seit 1962 offen in Gegensatz zum Auslandskapital, als sie den Profittransfer ins Ausland gesetzlich begrenzte. Bedingt durch die Schwäche des nationalen Kapitals stützte sie sich bei dem von ihr verfochtenen national eigenständigen Entwicklungsweg zusehends auf die erstarkende Arbeiter- und Bauernbewegung, die sie mit sozialpolitischen Zugeständnissen in ein gesamt nationales Bündnis zu integrieren suchte. Doch unter den Bedingungen der sich ständig verschärfenden gesellschaftlichen Polarisierung erwies sich das Konzept der Versöhnung der Klassenkräfte unter der Losung der „nationalen Entwicklung“ als illusionär. Als Goulart die Nationalisierung der letzten fünf privaten Ölraffinerien, die Enteignung aller Ländereien entlang der Bundesstraßen, der Eisenbahnlinien und der Staubecken im Umkreis von 10 km verfügte, drängten das Auslandskapital, die ihm angegliederte brasilianische Großbourgeoisie und die Landoligarchie das Militär zur offenen Intervention und zur Liquidierung der formalen Demokratie.

Das Militärregime fungierte somit von Anfang an als unmittelbarer Exekutor und Förderer des Auslandskapitals und der sich herausbildenden einheimischen Monopolbourgeoisie. Grundzug seiner Politik war die brutale Unterdrückung der klassenbewußten Arbeiterbewegung. Nicht nur die Kommunistische Partei Brasiliens, auch die Gewerkschaftsbewegung wurde organisatorisch zerschlagen bzw. in die Illegalität gedrängt. Ebenso wie die Bauern- und Studentenorganisationen wurden die unabhängigen Gewerkschaftsführungen aufgelöst und die Gewerkschaften nach dem Vorbild des portugiesischen Faschismus direkt dem Arbeitsministerium unterstellt. Ungezählte Arbeiterführer und Gewerkschafter, die sich nicht korrumpieren ließen, verschwanden in den Kerkern und Folterstätten des Regimes oder wurden ins Exil gezwungen. Die staatlich festgesetzten Mindestlöhne wurden mit Brachialgewalt durchgesetzt: Die Durchbrechung des von den Militärs verhängten Streikverbots in „strategischen“ Industriezweigen ist mit 4 bis 10 Jahren Freiheitsstrafe bedroht.

Diese Maßnahmen bedeuteten de facto die Außerkräftsetzung der Wertbestimmung der Arbeitskraft, wie sie unter den Bedingungen der Tarifautonomie möglich ist. Insofern wurden ideale Voraussetzungen geschaffen, um eine Phase beispiellosen Aufschwungs der kapitalistischen Entwicklung zu Lasten der Werktätigen einzuleiten.

Damit wurde die ohnehin schon außerordentliche Attrakti-

vität des Landes für die internationalen Konzerne noch beträchtlich erhöht: Brasilien ist mit 8 Mio qkm das flächengrößte Land der „Dritten Welt“, mit einer Bevölkerungszahl von 109 Mio der lateinamerikanische Staat mit dem weitaus bedeutendsten Arbeitskräftepotential, das neben Argentinien und Mexiko das ökonomisch entwickeltste und an Rohstoffvorräten reichste Land des Halbkontinents.

Das Konzept aus der Kriegshochschule

Dem Ziel einer hochgradigen Monopolexpansion diene voll und ganz die von den Militärregimes unter Castelo Branco (1964–67), Costa e Silva (1967–69), Garrastazu Medici (1969–74) und Ernesto Geisel (seit 1974) verfochtene Wirtschaftspolitik, womit von vorneherein der überhebliche Anspruch verbunden war, ein für Lateinamerika vorbildliches „Entwicklungsmodell“ zu verwirklichen. Ebenso wie die Planung des Putsches selbst war die Wirtschaftskonzeption des militärfaschistischen Regimes in der „Escola Superior de Guerra“ (Kriegshochschule) der brasilianischen Armee entwickelt worden, die nach dem Vorbild des „National War College“ (Nationale Kriegshochschule) in Washington und mit Unterstützung der USA geschaffen worden war und sozusagen als brasilianische „Bundeswehrhochschule“ die Aufgabe hatte, eine großbürgerliche Militär- und Verwaltungsintelligenz heranzubilden.

Um die sich zuspitzenden sozialen Widersprüche der brasilianischen Gesellschaft im Interesse der Monopolbourgeoisie zu regulieren, bedurfte es sowohl der offenen Repression gegen die demokratische und Volksbewegung als auch der Entwicklung eines wirtschaftspolitischen Instrumentariums des diktatorischen Eingriffs in den Wirtschaftsorganismus.



Geschäftsmetropole im Industriezentrum Sao Paolo

Um das Ziel der monopolkapitalistischen Industrialisierung in möglichst kurzer Frist zu erreichen, schlug das Militärregime einen Weg ein, der gekennzeichnet ist durch die:

- unbeschränkte Öffnung Brasiliens für das Auslandskapital;
- Finanzierung des Wirtschaftswachstums vornehmlich mittels einer umfangreichen Aufnahme von ausländischem privatem und staatlichem Leihkapital;
- staatliche Förderung der monopolistischen industriellen Expansion im Innern über immer direktere Eingriffe des Staates in den Produktions- und Reproduktionsprozeß;
- bewußte und rigorose Umverteilung der Einkommen zugunsten der monopolkapitalistischen Akkumulation;
- Förderung der Herausbildung kapitalistischer Verhältnisse in der Landwirtschaft, insbesondere im Nordosten;
- Erschließung der unentwickelten Regionen Brasiliens, insbesondere Amazoniens und des Mittelwestens.

Politik des nationalen Ausverkaufs

Die uneingeschränkte Öffnung für und die bewußte Förderung des ausländischen Kapitals wurde zum bestimmenden Grundzug der brasilianischen Wirtschaftspolitik nach 1964. Daran hat das Regime nie Zweifel aufkommen lassen. So versicherte der brasilianische Außenminister Medici im Oktober 1970 vor führenden Vertretern der Auslandskonzerne: „Das brasilianische Entwicklungsmodell schließt eine breite Beteiligung des ausländischen Kapitals ein . . . Wir wissen, daß das Auslandskapital in dem Maße nach Brasilien kommen wird, wie sich sein Glaube an die Stabilität des Regimes, an die Richtigkeit und Festigkeit seiner Steuer- und Finanzpolitik, an die Garantie eines klugen Systems des Profittransfers festigt.“² Entsprechend dieser Devise öffneten die ersten Maßnahmen des Regimes nach 1964 den ausländischen Konzernen Tür und Tor: Im August 1964 wurde der unbeschränkte Profittransfer ermöglicht. Im Dezember 1964 wurde die Beteiligung des Auslandskapitals an der Ausplünderung der brasilianischen Rohstoffe gestattet. Im Februar 1965 wurden die US-Kapitalanlagen, später sämtliche ausländischen Kapitalanlagen, durch staatliche Garantien vor Enteignung usw. geschützt.

Diese Maßnahmen haben bis heute einen ständig steigenden Zufluß von Auslandskapital bewirkt, auf dem die hohen Wachstumsraten der brasilianischen Wirtschaft zum großen Teil beruhen. Bis 1976 sind die **ausländischen Direktinvestitionen** auf 7,4 Mrd Dollar angestiegen. Allein in der ersten Hälfte der 70er Jahre haben sie sich mehr als verdoppelt. Der Löwenanteil dieser Investitionen entfällt auf die USA (mit 2,1 Mrd Dollar); aber das dahinter rangierende BRD- und japanische Kapital haben in den letzten Jahren ihren Rückstand gegenüber dem US-Kapital in beschleunigter Weise wettgemacht³. Dies geschah um den Preis einer völligen Deformation der Wirtschaftsstruktur zum einen, eines **gigantischen Kapitalentzuges** durch den ungehinderten Profittransfer der Auslandskonzerne in ihre westlichen Stammländer andererseits.

Verzahnung des Schuldenbergs

Die vorherrschende Position des Auslandskapitals in der brasilianischen Wirtschaft bemißt sich aber nicht minder in qualitativer Hinsicht. Die ausländischen Investitionen konzentrieren sich in den dynamischen und Wachstumsektoren: Die pharmazeutische Industrie wird zu 100 % vom Auslandskapital kontrolliert, die Automobilindustrie zu 93 %, die elektrotechnische und elektronische Industrie zu 77 %, die chemische Industrie zu 70 % und der Maschinenbau zu 63 %⁴. Diese Bereiche sind auch Schauplatz eines zunehmenden Konkurrenzkampfes der Konzernkapitale der einzelnen Länder um die Aufteilung des brasilianischen Marktes und

die Nutzung der profitablen Anlagesphären. So hat das westdeutsche Kapital in einigen Bereichen die Führung übernommen, z. B. VW do Brasil und Mercedes Benz do Brasil im Bereich der Automobilproduktion.

Die Außenabhängigkeit der brasilianischen Wachstumsraten ergibt sich auch aus der ständig steigenden Schuldenlast, die die Abhängigkeit des Landes gegenüber dem internationalen Finanzkapital außerordentlich erhöht haben. Im letzten Jahr wuchs die Auslandsverschuldung auf ca. 28 Mrd Dollar an. 1964, im Jahr des Putsches, hatte sie noch 2,9 Mrd Dollar betragen; vor zwei Jahren lag sie schon bei 16,7 Mrd Dollar. Dieser knappen Verzehnfachung der Auslandsschulden in den Jahren der Militärherrschaft steht ein ständig schwindendes Polster an Währungsreserven gegenüber, das zur Deckung der Schulden erforderlich ist⁵.

Ruin der kleinen und mittleren Unternehmen

Daß sich im Zuge des Wachstumsprozesses der letzten zehn Jahre die Abhängigkeit der brasilianischen Wirtschaft von den internationalen Konzernen lediglich auf höherer Stufe reproduzierte, verdeutlicht besonders die nähere Betrachtung der Form, in der sich die Kapitalakkumulation unter dem Militärregime vollzog und vorangetrieben wurde. Sie ist vor allem gekennzeichnet durch eine beschleunigte Konzentration und Zentralisation des Kapitals, verbunden insbesondere mit einem beachtlichen Erstarken des brasilianischen Finanzkapitals und einer ständig wachsenden Verflechtung des brasilianischen Großkapitals mit dem ausländischen Monopolkapital. Verbunden mit diesem Konzentrations- und Verflechtungsprozeß ist ein Prozeß des Abstiegs und der Ruinierung der kleineren und mittleren Kapitale. Beide Prozesse werden durch die staatliche Wirtschaftspolitik systematisch und bewußt gefördert und haben unmittelbar eine Stärkung der sozialen Stützen des Regimes zur Folge.

Die rigorose Öffnungspolitik gegenüber dem Auslandskapital hat nach dem Putsch vor allem die kleineren und mittleren Unternehmen getroffen. Bis 1968 wurden allein 57 einheimische Unternehmen von ausländischen Konzernen aufgekauft. Zahlreiche andere brasilianische Unternehmen unterlagen der ausländischen Konkurrenz. Besonders im Bereich der Produktion dauerhafter Konsumgüter ist der Prozeß der Entnationalisierung der einheimischen Industrie zu beobachten. In der Radio- und Fernsehproduktion ging der Anteil der brasilianischen Unternehmen von 70 % (1965) auf 20 % (1975) zurück. Allein 60 brasilianische Radio- und Fernsehproduzenten mußten in diesem Zeitraum ihren Bankrott anmelden. In der pharmazeutischen Industrie hat das Auslandskapital bis 1975 49 brasilianische Unternehmen übernommen. Von den 200 größten in Brasilien tätigen Unternehmen entfallen – gemessen am Nettobuchwert der getätigten Investitionen – nur 13 % auf das einheimische Privatkapital⁶.

Die 300 reichen Familien

Um dem einheimischen Kapital angesichts dieses rapiden Entnationalisierungsprozesses, der Ende der 60er Jahre zu wachsenden Protesten geführt hatte, eine angemessene Teilhabe an den Ergebnissen des kapitalistischen Wirtschaftswachstums zu sichern, fördert der Staat insbesondere seit dem Einsetzen des „Wirtschaftswunders“ gezielt den Konzentrationsprozeß des einheimischen Großkapitals und seine Verflechtung mit dem Auslandskapital. Ihren prägnantesten Ausdruck findet diese Politik in dem Regierungsdekret Nr. 1181 vom 16. 1. 1971, das einheimischen Unternehmen im Falle der Fusion außerordentliche Steuervorteile zugesteht.

Hinzu kommen Maßnahmen insbesondere der technologischen Modernisierung durch zahlreiche staatliche Entwicklungsbehörden und -institutionen wie der Nationalen Entwicklungsbank (BNDE) und anderer staatlicher Kredit- und Finanzierungsinstitute.

Die staatliche Konzentrationspolitik hat zur Herausbildung einer Reihe von einheimischen monopolistischen Gruppierungen geführt, vorwiegend geschlossenen Familienunternehmen, die in der Regel die traditionellen Industriezweige, die im Zuge der Importsubstitution aufgebaut worden waren, monopolistisch beherrschen, aber über Minderheitsbeteiligungen auch an dynamischen Zweigen beteiligt sind. Oft sind diese einheimischen Privatkapitale mit dem Auslandskapital verflochten. Auch dies wird staatlicherseits entschieden vorangetrieben. So gab es Fälle, in denen die Bewilligung von Krediten durch die staatlichen Entwicklungsbehörden mit der Auflage verknüpft wurden, ausländische Konzerne an den betreffenden Unternehmen zu beteiligen⁷. Die Gründung gemischter Gesellschaften aus einheimischem und ausländischem Kapital („joint ventures“) wird mit Steuervergünstigungen und Krediterleichterungen honoriert. So ist es nicht verwunderlich, wenn von den 59 brasilianischen Großunternehmen, die sich unter den 200 größten Kapitalgesellschaften des Landes befinden, 20 mit dem Auslandskapital verflochten sind. Auch das Bankkapital ist einem verstärkten und von staatlicher Seite geförderten Zentralisationsprozeß unterworfen, wobei es sich immer stärker mit dem Industriekapital verflücht. Während sich die Anzahl der Privatbanken von 1960 bis 1974 um 2/3 verringerte, ist der Anteil der fünf größten Privatbanken an den gesamten Anlagen dieses Sektors von 18,5 % im Jahre 1965 auf 30,2 % im Jahre 1972 angewachsen⁸.

Die „Entlastungsfunktion“ des Staatssektors

Auf der Grundlage dieses rapiden Konzentrationsprozesses der brasilianischen Wirtschaft hat sich eine brasilianische Finanzoligarchie herausgebildet, die aus etwa 300 der reichsten Familien besteht und auch personell enge Verflechtungen mit dem militärfaschistischen Regime aufweist. Als direkter Nutznießer der staatlichen Wirtschaftspolitik ist ihr ökonomisches Potential zwar absolut gewachsen, aber um den Preis einer verstärkten Abhängigkeit des brasilianischen Kapitalismus vom Weltkapital.

Die Rolle des brasilianischen Militärstaates geht über die steuer- und finanzpolitische Förderung des Konzentrationsprozesses weit hinaus. Der abhängige kapitalistische Akkumulationsprozeß selbst verläuft zum großen Teil unter direkter staatlicher Regie. Die fortschreitende Konzentration der Produktion in Form eines staatlichen Wirtschaftssek-



Das brasilianische *Wirtschaftswunder*

Investitionstätigkeit und Gewinne ausgewählter internationaler Konzerne in Brasilien

Januar 1965 – Juli 1975 (Mio US-Dollar)

Konzern	Insgesamt in Brasilien investiertes Kapital	Reinvestitionen	Insgesamt rücktransferierte Mittel	Erwirtschaftete Gewinne
Volkswagen	119,5	72,8	279,1	351,9
Exxon	1,8	67,7	44,5	112,2
Pirelli	28,7	37,8	64,9	102,7
Phillips	9,9	51,2	14,4	65,6
Firestone	4,1	44,5	50,2	94,7
General Electric	13,9	32,2	23,7	55,9

(Quelle: Latin America Economic Report, London, 9. 1. 1976)

tors und ein breit gefächertes finanzpolitisches Regulierungsinstrumentarium dienen dabei einem doppelten Zweck, der der spezifischen Struktur des relativ weit entwickelten abhängigen Kapitalismus in Brasilien entspricht. Einmal geht es um staatliche Hilfestellung bei der Überwindung der Unterentwicklung auf kapitalistischem Wege, um die Überwindung bestimmter vorkapitalistischer Produktionsverhältnisse, vornehmlich im landwirtschaftlichen Bereich⁹. Andererseits geht es um die Entlastung des privatkapitalistischen Akkumulationsprozesses in Bereichen, die zwar zur Reproduktion des Gesamtsystems notwendig sind, die aber ausgesprochen lange Amortisationsfristen (Zeitspanne von der Neuanlage von Kapital bis zum Abwerfen eines Gewinns über die Investitionssumme hinaus) und vorerst keine maximalen Profitraten aufweisen. Es geht also um die Herstellung von allgemeinen Produktionsvoraussetzungen für den vom Auslandskapital und dem großen einheimischen Kapital bestimmten, also hoch entwickelten Bereich der Wirtschaft. Diese Formen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Brasilien tragen den Stempel der Abhängigkeit, was sich vor allem aus der Unterordnung der staatlichen Wirtschaftspolitik unter die Verwertungsinteressen des Großkapitals sowie der unmittelbaren Durchdringung des staatlichen Wirtschaftssektors durch das ausländische Konzernkapital ergibt.

Die „Entlastungsfunktion“ des staatskapitalistischen Wirtschaftssektors gegenüber dem Privatkapital illustriert die nähere Analyse derjenigen Bereiche, die vom staatlichen Kapital bei Investitionen bevorzugt werden. Es handelt sich vorwiegend um die Erdölindustrie, die Energieerzeugung, die Petrochemie, das Nachrichtenwesen, das Transportsystem, die Förderung metallischer und nichtmetallischer Rohstoffe und die Eisenverhüttung.

Personalunion von Regierung und Konzernen

Der brasilianische Staat behält sich somit in der Hauptsache die Grundstoffindustrie und den Infrastrukturbereich vor, die hohe Investitionen erfordern und/oder erst langfristig Profite erbringen. Das Militärregime hat den Ausbau dieser Bereiche systematisch gefördert: Weit über die Hälfte aller brasilianischen Staatsunternehmen wurden nach 1964 gegründet. Dabei wurden einerseits unrentable Zweige vom brasilianischen Privatkapital übernommen, so besonders im Bereich der Eisen- und Stahlerzeugung. Andererseits ist besonders im staatlichen Wirtschaftssektor eine Tendenz zur wachsenden Kooperation und Verflechtung mit dem Auslandskapital festzustellen.

Der militärfaschistische Staat geht bei der von ihm proklamierten „joint venture“-Politik mit gutem Beispiel voran und beteiligt das Auslandskapital dort, wo er die erforder-

liche Kapitalmenge, Erfahrung und Technologie nicht selbst aufbringen und gleichzeitig hohe Profite in Aussicht stellen kann. Die Verschmelzung des Auslandskapitals mit dem brasilianischen Staatssektor wird noch dadurch gefördert, daß die ausländischen Konzerne hierbei in den gleichen Genuß von Steuervorteilen und Kreditvergünstigungen gelangen wie bei ihrem Zusammengehen mit dem brasilianischen Privatkapital. Dies wird erleichtert durch eine zusehends stärker werdende personelle Verflechtung des Staatsapparats mit direkten Repräsentanten des Konzernkapitals. So war der Planungsminister der Regierung Costa e Silva, Macedo Soares, z. B. jahrelang Präsident der brasilianischen Niederlassung von Mercedes Benz. Der neue Chefstrategie des brasilianischen Modells, Finanzminister Mario H. Simonson, ist einer der führenden brasilianischen Bankiers.

Auf dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen kommt man zu dem Schluß, daß das ausländische Kapital seine dominierende Position gegenüber dem privat- und staatskapitalistischen Bereich in den Jahren der Militärherrschaft weiter ausgebaut und gefestigt hat. Zwar hat das „nationale“ (staatliche und private) Kapital einen beachtlichen quantitativen Wachstumsprozeß durchgemacht, sich dabei aber gleichzeitig enger mit dem ausländischen Konzernkapital verwoben und vor allem im Bereich der dynamischen Zweige Positionseinbußen hingenommen. Während das Auslandskapital vor allem im Bereich der dauerhafte Konsumgüter produzierenden Industrie den Ton angibt, ist das staatliche Kapital vor allem im Bereich der Vor- und Zwischenproduktion präsent. Das einheimische Kapital wird im Verhältnis dazu immer stärker vom Auslandskapital verdrängt.

Wachstumsstrategie um jeden Preis

Das ständige Anwachsen der ausländischen Investitionen in Brasilien war verbunden mit der verstärkten Integration des Landes in die weltweite imperialistische Arbeitsteilung. Das hatte zur Folge, daß sich die Produktionsstruktur der brasilianischen Wirtschaft nach den Prioritäten der multinationalen Konzerne und nicht nach den Erfordernissen einer national-eigenständigen Volkswirtschaft bestimmte. Der Platz, der Brasilien in der imperialistischen Arbeitsteilung zukam, ergab sich daraus, daß die multinationalen Konzerne ab den 50er Jahren verstärkt dazu übergingen, stärker die Auslagerung von Zweigen der verarbeitenden Industrie in die „Dritte Welt“ vorzunehmen. Brasilien bot sich als Investitionsland sowohl wegen seines immensen Rohstoffreichtums und seines im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern relativ entwickelten Systems kapitalistischer Strukturen an als auch dadurch, daß die Wachstumsstrategie „um jeden Preis“, die von den Militärs verfochten wurde, bewußt auf

den zügellosen Ausbau jenes Bereichs setzte, der durch die Produktion dauerhafter und Luxuskonsumgüter gekennzeichnet ist. Das hatte zur Folge, daß sich ein relativ abgeschlossener Markt herausbildete, an dem nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der brasilianischen Bevölkerung teilhat. Die Produktion für diesen Markt erfordert eine hochqualifizierte Technologie, über die nur die multinationalen Konzerne verfügen bzw. die aus dem Ausland importiert werden muß. Der Expansion dieses Bereichs sind die außerordentlichen Wachstumsraten der letzten Jahre zum großen Teil geschuldet gewesen.

Parallel dazu existierte ein Bereich weiter, der Konsumgüter für den Massenbedarf herstellte. Da die auf verstärkte Einkommenskonzentration orientierte Politik des Regimes aber in der Hauptsache die Grundlage für die Akkumulation im Bereich der Luxusgüterproduktion schuf, war die Produktion von Massenkonsumgütern einer verhältnismäßigen Stagnation ausgesetzt.

Besonders gravierend für die Abhängigkeit der wirtschaftlichen Gesamtstruktur Brasiliens war und ist die Tatsache, daß die einseitige Förderung der Luxusgüterproduktion notwendigerweise mit zunehmend steigenden Importen von Produktionsmitteln verbunden ist, die über eine ständig stei-

die an dem „gehobenen“ Markt teilhaben und ihn so ständig ausdehnen und schließt somit notwendigerweise einen beschleunigten Prozeß der Massenverelendung ein.

So war es die erste Aufgabe des Militärregimes nach dem Putsch, die Einkommen der Arbeiter zu beschränken. In der Praxis hat das zu einem kontinuierlichen Abbau der Realeinkommen der Arbeiterklasse geführt, was sich insbesondere in der 50 %igen Abnahme der seit 1964 staatlich diktierten Mindestlöhne zeigt¹¹. Die Einkommensverteilung weist extreme und sich ständig verschärfende Disproportionen auf. Von 1960 bis 1970 hat sich der Einkommensanteil der 5 % Reichen von 27,35 % auf 36,35 % am Gesamteinkommen erhöht, während sich der der 40 % Ärmsten von 11,2 % auf 9,05 % verringerte¹². Dieser Tatbestand, der die Bereicherung der herrschenden Kreise Brasiliens auf Kosten der fortgesetzten Verelendung der Masse der Bevölkerung illustriert, wird vom Regime bestenfalls in zynischen Worten kommentiert, wie beispielsweise vom Hauptstrategen des brasilianischen Wirtschaftswachstums und dem ehemaligen Wirtschaftsminister Delfim Neto: „Sicher ist, daß 100 % des Volkseinkommens unter 100 % der Bevölkerung aufgeteilt werden, die Proportionen sind nicht so wichtig. Im Kapitalismus gibt es nun einmal Arme und Reiche.“¹³



gende Auslandsverschuldung finanziert werden müssen. Im Jahre 1974 allein hat Brasilien elektrische Maschinen und Apparate im Werte von 2,4 Mrd Dollar, Hochöfen und verschiedene mechanische Maschinen und Instrumente im Werte von 1,7 Mrd Dollar eingeführt¹⁰. Die Entwicklung einer eigenen Produktionsmittelindustrie wurde demgegenüber vernachlässigt. Besonders dies ist dafür verantwortlich, daß Brasiliens kapitalistisches Akkumulationsmodell strukturell abhängig und eingegliedert in den Reproduktionsprozeß der entwickelten kapitalistischen Länder bleiben mußte.

Die Folge: Verelendung der Massen

Ein solches Modell aber erfordert zur Bereitstellung der für die Akkumulation notwendigen Mittel und für die ständige Ausdehnung des Luxuskonsumgütermarktes die verstärkte Ausbeutung der werktätigen Bevölkerung, die Umverteilung ihres Einkommens zugunsten der Klassen und Schichten,

Die Repressionspolitik des militärfaschistischen Regimes gegen die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung hat auch auf anderen Gebieten zur Erhöhung des Ausbeutungsgrades geführt. So haben sich seit 1964 Arbeitsintensität, Arbeitsrhythmus und Arbeitszeit ständig erhöht. In den Unternehmen von Sao Paulo z. B. ist ein Arbeitstag von 10 Stunden und eine Arbeitswoche von 50 Stunden an der Tagesordnung. Brasilien hält den Weltrekord an Arbeitsunfällen, der in der Hauptsache auf die erbarmungslose Arbeitshetze in den Betrieben zurückzuführen ist¹⁴.

Die Umverteilung der Einkommen über den Staatshaushalt zum Zwecke der beschleunigten Kapitalakkumulation hat sich auch in einem ständigen Abbau der staatlichen Sozialleistungen niedergeschlagen. Am krasssten illustriert dies das Gesundheitswesen. Obwohl die Kindersterblichkeit zu den höchsten in der Welt gehört und etwa 40 % der Gesamtbevölkerung und 72 % der Kinder als unterernährt gelten, wurde der Anteil der Ausgaben für das Gesundheitswesen am Staatshaushalt in den Jahren 1962 bis 1972 von 3,1 % auf

1,2 % gesenkt¹⁵.

Der gesellschaftliche Reichtum ist in Brasilien auch regional extrem ungleichgewichtig verteilt. Er konzentriert sich in den großen Städten des Südwestens, während der Rest des Landes trotz vielfacher Bemühungen um die Erschließung des unterentwickelten Nordens und Nordostens bis heute leer ausgeht.

Im Zuge der Verwirklichung des brasilianischen Wirtschaftsmodells haben sich nicht nur die gesellschaftlichen Widersprüche zugespitzt und verschärft. Die abhängige Struktur des Modells birgt Elemente in sich, die früher oder später zu verstärkten Krisenerscheinungen führen mußten.

Mit der gezielten Förderung der dauerhaften Konsumgüterproduktion und der bewußten Politik der Einkommenskonzentration ist zwar ein Markt entstanden, der einen großen Teil der wachsenden Flut von dauerhaften Konsum- und Luxusgütern aufnahm und dazu beigetragen hat, das in- und ausländische Monopolkapital in Brasilien zu konsolidieren. Mit der Festigung dieser Strukturen wurden jedoch gleichzeitig die der monopolkapitalistischen Wirtschaftsweise immanenten Tendenzen zur Überakkumulation hervorgebracht. Dazu kommt, daß dieser Markt in Brasilien eine strukturelle Begrenzung aufweist. Nur 20 % der Bevölkerung sind angesichts der ständig steigenden Massenverelendung zur Teilhabe am „gehobenen Markt“ in der Lage. 50 % der Bevölkerung verfügen über ein Einkommen, das ihnen nur die Teilnahme am Massenkonsumgütermarkt gestattet und 30 % der Bevölkerung leben noch im Bereich der Subsistenzwirtschaft (Produktion im Familienverband zur Eigenversorgung)¹⁶.

Grenzen des „Wirtschaftswunders“

Die Krise des „Modells“ machte sich zuerst in einer Abnahme der Wachstumsraten der Industrieproduktion bemerkbar. Dabei wurden die traditionellen Industriezweige der Massenkonsumentgüterproduktion zunächst am schwersten betroffen. Im ersten Krisenjahr 1975 verzeichnete die Lebens- und Genütmittelindustrie einen absoluten Rückgang von 1,17 %, die Papier- und Zellstoffindustrie ging um 14,57 %, die Textilindustrie verzeichnete nur ein Wachstum von 3,24 %. Auch in den dynamischen Industriezweigen kam es zu Einbrüchen. Besonders die Nachfrage nach Personenkraftwagen ging um 1,46 % zurück. Insgesamt halbierte sich die Wachstumsrate gegenüber dem Vorjahr auf 4,2 %, was angesichts der hohen Wachstumsrate der Bevölkerung und der Massenarbeitslosigkeit nahe an der Grenze zur Stagnation liegt¹⁷.

Auf diese Situation reagierte das Regime mit umfassenden Maßnahmen der Exportförderung. Statt die Massenkaufrkraft zu heben, sollte die Krise über ein System von Exportvergünstigungen und ausfuhrbezogenen Importerleichterungen außenwirtschaftlich abgewälzt werden. Eine weitere Maßnahme, die der bisherigen Linie des Regimes entsprach, waren Erleichterungen der Konsumsteuern für dauerhafte und Luxuskonsumgüter.

Diese Maßnahmen haben zusammen mit den nach wie vor extrem günstigen Profitaussichten das internationale Monopolkapital wie nie zuvor in der Geschichte nach Brasilien gezogen. In den Jahren 1975–1976 stiegen die Auslandsinvestitionen allein um 23,8 % an, die größte Steigerungsrate in der Geschichte. Die Auslandsmonopole haben die durch die Krise provozierten Maßnahmen dazu genutzt, Brasilien verstärkt als ihre Exportbasis auf dem lateinamerikanischen Kontinent auszubauen. VW do Brasil exportiert heute bereits in über 30 Länder.

Die Expansion des Auslandskapitals in der Krise hat aber eine weitere Ursache der Krise erheblich verschärft, nämlich die ständig steigende Außenfinanzierung des Wachstumspro-

zesses. Bewirkt durch die ständig steigenden Importe und die wachsenden Verpflichtungen Brasiliens gegenüber seinen Gläubigern ist die Zahlungsbilanz des Landes seit 1974 negativ, und zwar mit deutlich steigender Tendenz. Diesem wachsenden Defizit wollte die Regierung neben der Exportbegünstigung, die das Devisenpolster Brasiliens aufbessern sollten, durch eine Beschneidung der Importe und eine Neuaufnahme der Umschuldungsverhandlungen beikommen. Die Importrestriktionen trafen jedoch hauptsächlich den Staatssektor, während der privatkapitalistische Sektor zunehmend von den die Exportproduktion begünstigenden Bestimmungen Gebrauch machte. Das hat dazu geführt, daß das Regime Ende letzten Jahres die Kürzung der im Rahmen des staatlichen Entwicklungsplans für das Jahr 1977 vorgesehenen Mittel um 25 % bekanntgeben mußte. Die bei der Kürzung des Staatshaushalts gesetzten Prioritäten haben den massenfeindlichen Charakter des Regimes noch stärker zu Tage gefördert, treffen doch die Kürzungen in erster Linie die ohnehin denkbar geringen staatlichen Sozialausgaben¹⁸.

Tiefe Wurzeln der Krise

Mit einer weiteren Maßnahme hat das Regime seinen anti-nationalen Charakter unter Beweis gestellt. Sozusagen als Zeichen des guten Willens ist es im Zuge seiner Bemühungen, günstige Umschuldungen zu erreichen, von der bislang verfolgten Doktrin, die Rohstoffe müßten in Händen des brasilianischen Staates bleiben, abgerückt. Es hat nicht nur die DELTEC (Rockefellerkonzern) und zahlreiche andere Konzerne am staatlichen Ölkonzern Petrobras beteiligt. Inzwischen haben die Militärs auch dem britischen Ölkonzern BP Bohrkonzessionen an der brasilianischen Küste eingeräumt. So hat die Krise zu einem neuen Aufschwung der Politik des nationalen Ausverkaufs geführt.

Alle gegenwärtig vom militärfaschistischen Regime Brasiliens getroffenen Maßnahmen verschärfen somit nur noch die strukturellen Ursachen der gegenwärtigen Krise, die im abhängigen Charakter der Entwicklung der letzten Jahre wurzeln. Brasilien ist an einem neuen Schnittpunkt seiner Entwicklung angelangt.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. F. Sandaglia/H. J. Rescher, Aspekte der brasilianischen Entwicklung seit 1964, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 4/1976, S. 439 ff.
- 2) *Jornal do Brasil*, Rio de Janeiro, 29. 10. 1970, zit. nach: H. Richter, Brasilien – Modell und Wirklichkeit, in: Deutsche Außenpolitik, Berlin, Nr. 7/1975, S. 1050
- 3) Siehe: Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation (BfA-Mitteilungen), Nr. BM 30/Februar 1977
- 4) Vgl.: P. Goybet, Les Faiseurs de miracle, in: La Revue Nouvelle, Brüssel, Nr. 4/1975, S. 407
- 5) Siehe: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Brasilien. Länderbericht 1975, 15. 4. 1975; BfA-Mitteilungen, a. a. O.
- 6) Vgl. J. Hell, Militärische Gegenrevolution in Brasilien, in: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, Nr. 6/1975, S. 1000; Frankfurter Rundschau, 8. 12. 1976; Latin America – Economic Report (LAER), London, 29. 8. 1975
- 7) Vgl. LAER, 13. 12. 1974
- 8) Handelsblatt, 9. 12. 1975
- 9) Dieser Aspekt wird in diesem Aufsatz aus Platzgründen ebenso ausgeklammert wie die Landwirtschaftspolitik des Regimes überhaupt.
- 10) Nach: Le Monde Diplomatique, Paris, Juni 1976
- 11) *Voz Operaria*, o. O., Nr. 109, März 1974
- 12) Vgl. M. Wöhlke/F. Nuscheler, Brasilien, in: D. Nohlen/F. Nuscheler (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 3, Hamburg 1976, S. 93
- 13) Der Spiegel, Nr. 1-2/3. 1. 1977
- 14) Vgl. Le Monde Diplomatique, a. a. O.; Berliner Extra Dienst, 16. 11. 1976
- 15) Vgl. Wöhlke/Nuscheler, a. a. O., S. 99
- 16) Vgl. Le Monde Diplomatique, a. a. O.
- 17) Vgl. BfA-Mitteilungen, Nr. 192, August 1976
- 18) Siehe: Nachrichten für Außenhandel, 2. 12. 1976

„Demokratische“ Fassade der Geisel-Diktatur

Verbunden mit den wachsenden Krisenerscheinungen der ökonomischen Entwicklung Brasiliens sind deutliche Risse im politischen Herrschaftssystem des brasilianischen Faschismus zutage getreten. Unser nachfolgender Beitrag analysiert auf dem Hintergrund der spektakulären Wahlerfolge der einzig zugelassenen „Oppositionspartei“ MDB in den Jahren 1974 und Ende 1976 die Krise des durch das Militärregime geschaffenen formalen Zweiparteiensystems und zeigt die diesem System innewohnenden Grenzen auf.

Die Zuverlässigkeit des Militärregimes ist zur Hauptsorge für diejenigen Wirtschaftskreise geworden, die mit Brasilien Handel treiben. Denn die ökonomische Krise läßt die Schwächen des politischen Systems in vollem Licht erscheinen. Offensichtlich hat die breite Wählerschaft seit zwei Jahren das Spiel der „Liberalisierung“ gewählt, indem sie der **Demokratischen Bewegung Brasiliens (MDB)**, der einzigen anerkannten **Oppositionspartei**, ihre Stimme gab. Aber diese Partei wird nun zu einem störenden Mitspieler für das Regime, das darum bemüht ist, sich eine demokratische Fassade zu erhalten, ohne an die nach dem Militärputsch von 1964 aufgebauten Strukturen zu rühren.

Der Ernst der ökonomischen Lage Brasiliens hat aufgehört ein Tabu zu sein. Er ist inzwischen von der Regierung öffentlich zugegeben und von den westlichen Finanzkreisen in Rechnung gestellt worden, indem sie mit Blick auf das Risiko die Bedingungen für ihre Darlehen heraufschrauben. Die Abteilung für Auslandsschulen (23 Mrd Dollar) wird 1976 allein für sich 4,5 Mrd Dollar festsetzen; das ist die Hälfte der für dieses Jahr erwarteten Exporteinnahmen. Im Lande selbst wird die Inflationsrate 50 % erreichen, während die Wachstumsrate regelmäßig sinkt: von 10 % 1974 ist sie 1975 auf 4 % gefallen und wird 1976 2 % nicht übersteigen. Daraus ergibt sich, daß 1976 erstmals das Pro-Kopf-Einkommen sinken wird, denn die brasilianische Bevölkerung wächst weiterhin um 3 % pro Jahr¹. (. . .)

Dank der ökonomischen Krise werden sich die westlichen Analytiker dessen bewußt, daß das nach dem militärischen Staatsstreich von 1964 errichtete politische System gefährliche Widersprüche enthält.

Ein Zweiparteiensystem nach Maß

Vor einem verblüfften Auditorium behauptete ein der Regierung nahestehender Universitätsprofessor in Oxford: „Das brasilianische Regime kann sich nicht demokratisieren, denn es würde dann seine Rechtmäßigkeit verlieren“. Diese Formel veranschaulicht deutlich die ideologische Konfusion, in die sich die offiziellen Kreise Brasiliens verstrickt haben, aber sie faßt zur gleichen Zeit den zwieschlächtigen Charakter des aktuellen politischen Systems zusammen.

Nach dem Mißerfolg der ersten beiden Versuche 1955 und 1961 schlossen sich die Militärs der traditionellen Rechten an, um 1964 von neuem die Regierungsgewalt an sich zu reißen.



Brasiliens amtierender Staatspräsident, General Geisel

Durch vorhergehende Demonstrationen der Mittelschichten in den großen Städten vorbereitet, nach einer Methode, die von neuem 1973 in Chile angewandt wurde, resultierte der **Staatsstreich vom April 1964** aus einem Kompromiß zwischen der zivilen Rechten und den Militärs. Dieser Pakt wurde durch das Wahlsystem verkörpert, das seither in Brasilien installiert ist. Im Zuge der Säuberungsaktionen, über die Hunderte der fortschrittlichen politischen Führer, aber auch gemäßigte wie der Ex-Präsidenten Juscelino Kubitschek, aus Parlament und politischem Leben entfernt wurden, hat man die traditionellen politischen Parteien aufgelöst und ein Zwei-Parteien-System eingeführt. Gegenüber der Regierungspartei, dem **Bund der Nationalen Erneuerung (ARENA)**, mußte die Demokratische Bewegung Brasiliens (MDB) zum Aushängeschild einer vom Regime tolerierten Opposition werden. Parallel wurden Maßnahmen unternommen, um die Eingriffe der Wählerschaft in das politische Leben zu begrenzen: Die Direktwahlen zum Präsidenten der Republik, zu den Länderregierungen und den Hunderten von Bürgermeisterämtern wurden abgeschafft. Es wurde Aufgabe des Parlaments und der Länderversammlungen, den Präsidenten der Republik bzw. die Gouverneure der Länder zu nominieren: eine bloße Formalität im eingeschränkten Rahmen des Machtapparates, die darin besteht, nur die Aufstellung offizieller Kandidaten zuzulassen.

Auch die Bürgermeister gewisser als „strategisch“ angesehener Städte sind durch die Zentralregierung ernannt worden. Seitdem kann die Direktwahl nur noch durchgeführt werden, um die Mitglieder des Parlamentes, der Ländervertretungen und die Leiter nicht-„strategischer“ Gemeinden zu wählen.

Nach Meinung der Militärs und der rechten Juristen müßte dieses Wahlsystem eine Scheindemokratie schaffen, in der eine

Regierungspartei, die ARENA, die fortschreitende Institutionalisierung des Machtapparates gegenüber einer kontrollierten und von den wirklichen Entscheidungszentren ferngehaltenen Opposition erlauben würde. In dem Maße, wie die Vergünstigungen der Verwaltung nur über die lokalen und regionalen Repräsentanten der ARENA erlangt werden konnten, schien der offiziellen Partei eine breite Anhängerschaft sicher, obwohl es ihr an einer wirklichen politischen Anhängerschaft im Rahmen der Bevölkerung mangelte. Die neue Wahlgesetzgebung konnte die Illusion des Pluralismus retten, indem sie die Existenz zweier unterschiedlicher Parteien anerkannte, die im Grunde jede Möglichkeit von lokalen Verbindungen zum Vorteil von Kandidaten, die nicht das Vertrauen des Regimes genossen, ausschloß.

Das Versagen der Regierungspartei ARENA

Aber seit einigen Jahren hat diese Konstruktion Ergebnisse erzielt, die den von den Militärs erwarteten völlig entgegenstehen. Diese Umkehrung der Situation erklärt sich als Folge von drei Phänomenen:

Zunächst einmal wäre es, damit die ARENA ihre Rolle als Vermittler zwischen Verwaltung und Bevölkerung hätte spielen können, wünschenswert gewesen, daß die Aufgaben, die ihr zufallen sollten, von der Regierung klar definiert und von der Gesamtheit der zivilen und militärischen Bürokratie anerkannt worden wären. Das war nicht der Fall.

Die wachsende Willkürherrschaft, vor allem unter der **Präsidentschaft General Médicis (1969–1973)**, hat den höheren Militärs und Technokraten erlaubt, dem Staat zu ihrem Nutzen die Macht zu entreißen, zum Nachteil der Organe, über die sich theoretisch das Regime institutionalisieren sollte. Durch die Verwaltung ferngehalten, konnten sich die Gewählten der ARENA nicht als Verteiler der staatlichen Vergünstigungen behaupten; die nationale Verankerung der Partei wurde davon natürlich in Mitleidenschaft gezogen. Darüber hinaus behinderte die wirtschaftliche Rezession, deren Auswirkungen sich ab 1974 bemerkbar machten, die Realisierung spektakulärer Projekte und die Verwirklichung derjenigen Vorhaben, die der Aufpolierung des Prestiges des Regimes dienlich sein sollten.

Ein zusätzliches Element, das der brasilianischen Wahlsoziologie eigen ist und im Populismus wurzelt, beeinträchtigte schließlich den von den Militärs eingeführten politischen Mechanismus: Die benachteiligten Massen üben einen solchen Druck an der Basis der sozialen Pyramide aus, daß die Oppo-



Das Kabinett — Mischung von Militärs und Konzernvertretern

sition, in dem Maße wie sie eine Möglichkeit zum Widerstand – soweit er populistisch ist – gegen das herrschende soziale und ökonomische System bietet, sicher die Wahlen gewinnen wird².

Als im Jahre **1974 General Geisel Präsident** wurde, erlebte man eine Wiederbelebung der Institutionalisierungspolitik des Regimes. Seit seiner Ernennung beruft sich der neue Präsident auf die „schöpferische Einbildungskraft der Politiker“. Er mußte inzwischen den Tatsachen ins Auge blicken: die ARENA war kein wirksames Werkzeug mehr, um die großen Vorhaben des Regimes auszuführen. Zum Erstaunen aller gingen die Parlamentswahlen von 1974 wirklich zum Vorteil der Demokratischen Bewegung Brasiliens aus, die 61 % der Stimmen erhielt. Seitdem hat sich der Mechanismus der Wahl gegen jene gewandt, die daraus ihren Nutzen ziehen wollten.

Absage der Massen an das Geisel-Regime

Alle Bestimmungen, die eingeführt wurden, um den Aufstieg der ARENA zu erleichtern, begünstigen nunmehr die MDB. Die pflichtgemäße Treue gegenüber der Auslegung des Zweiparteiensystems hält die Abgeordneten der MDB davon ab, den Regierungsverlockungen nachzugeben: Das Zweiparteiensystem gibt der MDB den **Charakter einer Sammlung der Opposition** und ermöglicht die Organisation einer Front, die die unterschiedlichen Gruppierungen der demokratischen und fortschrittlichen Meinung vereinigt.

Untersuchungen über den Ausgang der Wahlen von 1974 haben andererseits dazu beigetragen, gewisse Zweifel auszuräumen, die nicht nur bei der Rechten bezüglich des Realitätsgehalts der Stimmabgabe des Volkes in Brasilien bestanden. Die statistische Überprüfung der Volksentscheidung in den großen Städten hat nämlich bewiesen, daß dieser Teil der Wählerschaft die politische Bedeutung der Parlamentswahlen sehr deutlich durchschaut hatte. Die Volksschichten, die ihre Opposition gegenüber dem Regime bislang durch die Abgabe leerer oder ungültiger Stimmzettel zu erkennen gegeben hatten (die brasilianischen Gesetze erlauben keine Stimmenthaltung), haben Position bezogen, indem sie ihre Stimmen nunmehr der Oppositionspartei gaben³. Damit wurde den in der herrschenden Klasse weit verbreiteten Ansichten eine deutliche Absage erteilt, die behaupten, daß die politischen Parteien für die brasilianische Realität ungeeignete institutionelle Formen seien. Gleichzeitig mußten gewisse Kreise der Opposition, welche ihren Aktivismus aus einer mit dem „kulturellen Rückstand“ der Massen begründeten elitären Konzeption ableiteten, ihre Einschätzungen revidieren.

Die MDB hatte also bewiesen, daß es ihr möglich war, zum Symbol einer Opposition gegen das Regime zu werden. Würde sie in der Lage sein, die ihn tragenden gesellschaftlichen Kräfte wirksam zu vertreten?

MDB als Symbol einer nationalen Opposition

Die Führer dieser Partei waren anscheinend die ersten, die von dem Ausmaß ihres Erfolges von 1974 überrascht wurden. Denn sie hatten einen sehr langen Prozeß der politischen Regeneration durchmachen müssen. Die politischen Führer, die 1965 die Partei gründeten, waren sich der Skepsis, auf die ihre Initiative traf, bewußt. Um gegen die „Wahl“ des Generals Costa e Silva zum Präsidenten zu protestieren, erwogen sie 1966 sogar die Selbstauflösung der Partei. Die Wiedergeburt von 1974 hat also eine echte Veränderung im Innern dieses politischen Gebildes hervorgerufen; es handelte sich ganz offensichtlich um eine tiefgehende Bewegung der Wählerschaft, welche die Gegebenheiten der brasilianischen Politik



Allgegenwart der Armee

veränderte. Doch wie läßt sich eine nationale Opposition gegen das Regime entfalten, ohne daß man deren Aufmerksamkeit auf sich zieht?

„Die Revolution von 1964 entstand, um das demokratische System in Brasilien aufrechtzuerhalten und zu vervollkommen“. Dies ist die Interpretation, die die MDB vom Staatsstreich gibt, der die Militärs an die Macht gebracht hat⁴. Dieser Satz zeigt die Zweideutigkeiten, die zwischen den sozialen Kräften bestanden, die am Sturz der Regierung Goulart mitgearbeitet hatten. Er zeigt ebenfalls das Manövriergeschick der brasilianischen parlamentarischen Opposition.

Tradition des brasilianischen Parlamentarismus

Einige Kommentatoren bemerken, daß im Brasilien unserer Zeit die Perioden verfassungsmäßiger Legalität relativ kurz gewesen sind und daß zum anderen die Ausübung des allgemeinen Wahlrechts zu oft mit dem Makel von Unregelmäßigkeiten behaftet war, um sich fest zu verankern. Die Wirklichkeit aber ist komplexer.

Zunächst muß angemerkt werden, daß das Fehlen demokratischer Traditionen eine parlamentarische Tradition und Praxis, die vielleicht zu den lebendigsten in Lateinamerika gehören, nicht ausschließt. Im Gegensatz zu dem, was in den europäischen Ländern geschieht, und damit dem amerikanischen politischen Leben näherkommt, ist das brasilianische Parlament, das seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts sehr aktiv ist, der Ort, wo eher die regionalen Interessen als die gesellschaftlichen Klassen aufeinanderstoßen. Im Innern des Landes haben die regionalen Unterschiedlichkeiten immer wieder die politischen Parteien vor schwerwiegende Probleme „horizontaler“ ebenso wie „vertikaler“ Organisation gestellt, die wiederum mit der Bestimmung von gemeinsamen Zielen der verschiedenen sozialen Gruppen verbunden sind.

Deshalb beginge man einen Fehler, wenn man die taktische Geschicklichkeit der an der Spitze der MDB stehenden traditionellen Politiker unterschätzte, gerade zu dem Zeitpunkt, da der Integrationsmechanismus der herrschenden Klasse durch die von der Wirtschaftskrise erzeugte Verschiedenartigkeit der Interessen der Schichten blockiert ist. Es bestehen gegenwärtig günstige objektive Bedingungen für den Zusammenschluß einer breiten Wählerschaft um eine politische Partei, die durch die Strenge des Scherbengerichts der Staatsgewalt hart geworden ist und der Abgeordnete dienen, die über eine weitge-

fächerte parlamentarische Erfahrung verfügen. Das Auftreten einer neuen Arbeiterpartei, die im Gegensatz zur Brasilianischen Arbeiterpartei (PTB) von Vargas und Goulart in der Opposition entstände und wüchse, würde ein politisches Ereignis von beträchtlicher Bedeutung in Brasilien darstellen. Ist die MDB in der Lage, diese politische Veränderung zu bewerkstelligen? Die Gemeindewahlen vom 15. November (1976, d. Red.) haben einige Ansätze für eine Antwort geliefert.

Die Manipulierung der Gemeindewahlen Ende 1976

Zuallererst muß in Erinnerung gerufen werden, daß der Druck von Seiten der Regierung die MDB daran gehindert hat, in einem Drittel der Städte, in denen Wahlen vorgesehen waren, Stadtvorstände zu bilden. In einem Viertel dieser Städte war der Repräsentant der ARENA der einzige Kandidat. Außerdem wurden einige bedeutende Industriestädte mit einer großen Mehrheit von Arbeiterwählern, die 1974 für die MDB gestimmt hatten, nunmehr für „strategisch“ befunden und in dieser Eigenschaft von den Wahlen ausgeschlossen. Ihr Bürgermeister wurde direkt von der Regierung ernannt. Der ARENA wurde auf diese Weise von Anfang an ein großer Vorsprung und die Kontrolle einer bedeutenden Anzahl von Bürgermeisterrämtern gesichert. Zum anderen verbot die Regierung nach ihrem Mißerfolg bei den Parlamentswahlen 1974, der großenteils dem Einfluß der Massenmedien auf die ländliche Wählerschaft (die bis dahin der Kontrolle der Grundeigentümer und Behörden unterworfen war) zugeschrieben wurde, die Propaganda über Radio und Fernsehen. So gibt es zahlreiche Einzelheiten, die die Tragweite des Erfolges, den die ARENA mit einer Mehrheit von 54 % der Stimmen errang, außerordentlich abschwächen.

Während sie in den großen Städten die Mehrheit besitzt, mußte die MDB ihren Einfluß bei der Wählerschaft auf dem Lande und in den kleinen Städten schwinden sehen. Die rein lokalen Probleme, um die es bei diesen Wahlen ging, haben die dynamischen Wirkungen begrenzt, die das Zweiparteiensystem der im MDB repräsentierten Opposition verleiht: in zahlreichen Städten führten Kandidaten der Opposition und der Regierung eine Wahlkampagne, die sie nicht voneinander unterschied.

Überdies erklärt die **teilweise Verwischung des Oppositionscharakters der MDB** die Wiederzunahme der ungültigen Stimmabgabe in einigen Gebieten. Es ist in diesem Zusammenhang bezeichnend, daß die Mehrzahl der 240 000 ungültigen Stimmzettel (das sind 12 % der abgegebenen Stimmen), die im Bezirk von Rio de Janeiro registriert wurden, den Vermerk „feijao preto“ (schwarze Bohne) trugen, eine Anspielung auf die Knappheit und den steigenden Preis dieses Grundnahrungsmittels in Brasilien, was Anlaß für heftige Demonstrationen in der letzten Zeit war.

Beschränkter Charakter der MDB

Diese teilweise Abwendung der Wählerschaft zeigt jedenfalls, daß ein Zusammenschluß der Volksbewegung um die MDB nicht von Dauer sein könnte. In Ermangelung einer wirkungsvollen regionalen Verankerung ist das Hineinwirken der Partei in bestimmte Gebiete schwierig gewesen.

Dennoch rührt das Hauptproblem von den Beschränkungen her, die die Militärbehörden ihr auferlegen. Die Situation der „Liberalisierung auf Bewährung“, in der das Land lebt, hemmt die Bestrebungen zur Erneuerung der Strukturen der MDB, die sich nach ihrem Aufstieg von 1974 aufdrängte. Ihr Apparat ist zum großen Teil in den Händen von Politikern, die eher eine formaljuristische als eine im eigentlichen Sinn politische

Opposition praktiziert haben. Zahlreiche Neueintritte, die die Partei verzeichnet hat, erklären sich aus regionalen Rivalitäten, die in keinem engen Zusammenhang mit den fortschrittlichen politischen Vorstellungen ihres Programms stehen. Und als das Fallbeil der Regierung auf einige ihrer Abgeordneten fiel und deren Mandat aufhob, gab es nur gemäßigte Reaktionen des Apparats. Der am 15. November 1976 registrierte Rückfluß eines Teils der Wählerschaft trifft sicher nicht auf Mißfallen bei denjenigen Mitgliedern der MDB, die den Aufstieg neuer regionaler Parteiführer unter dem Druck der Basis befürchten.

So besteht eine tatsächliche Diskrepanz zwischen dem Apparat der MDB und der Lebendigkeit ihrer Wählerschaft. Nichtsdestoweniger stellt die Vorsicht ihrer Führer nur eine schwache Garantie für das Regime dar. Die von dieser Opposition repräsentierten potentiellen Gefahren werden vervielfältigt durch die Folgewirkungen, die jene auf allen Ebenen der bürgerlichen Gesellschaft hervorruft. Die durch den Auftrieb der MDB von 1974 in das politische Klima eingeführte Entkrampfung hat hier und da im Lande Richter, Mediziner, hohe Beamte dazu veranlaßt, aus der durch die Repression erzwungenen Reserve zu kommen, um die Folterungen, die Korruption der Beamten und die Mißstände aller Art öffentlich anzuklagen, die ein Krebsgeschwür im Körper der brasilianischen Gesellschaft darstellen.

Schaffung eines neuen Parteischemas zeichnet sich ab

Dies erklärt, daß die Militärs erneut darüber nachdenken, das Wahlsystem zu verändern und diese Zeitbombe zu entschärfen, die die MDB darstellen könnte, wenn sie ihren Vormarsch bei den nächsten nationalen Wahlen fortsetzte. Die Schaffung von drei oder vier neuen Parteien könnte die Risiken, die die gegenwärtige Situation beinhaltet, begrenzen. Eine Zentrums- partei, aus den Elementen der ehemaligen konservativen Par-

teien, der Sozialdemokratischen Partei (PSD) und der Nationaldemokratischen Union (UDN) gebildet, würde der Regierung Geisel die Unterstützungsbasis liefern. Auf der Linken wären die fortschrittlichen Elemente der ehemaligen Brasilianischen Arbeiterpartei (PTB) und der jetzigen MDB in einer Formation isoliert, die die eindeutig bezeichnete Zielscheibe der Repression wäre, während sich auf der Rechten, zur besseren Hervorhebung der demokratischen Meinung, eine Partei bilden würde, welche die Anhänger des ehemaligen Präsidenten Medici und andere faschistische Elemente, die gegenwärtig die liberale Entwicklung des Regimes bekämpfen, neu gruppiert.

Wie der 1965 entwickelte Plan, so ist auch dieses Schema realisierbar. Es bleibt abzuwarten, ob die Volksbewegung denjenigen, die ihr Schicksal periodisch beschlagnahmten, nicht ein zweites Mal einen Strich durch die Rechnung machen wird.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. CH. Vanhecke, Il n'y a plus de „modèle brésilien“ de lutte contre l'inflation, in: Le Monde, Paris, 9. 11. 76, ebenso wie die bedeutende Studie von R. Harvey, A Survey of Brazil: Change in Direction, in: The Economist, London, 31. 7. 76
- 2) Diese Gegebenheit hat sich seit dem Zweiten Weltkrieg immer wieder bestätigt. Sie wurde am besten durch die von Goulart – er war zwischen 1962 und 1964 Präsident der Republik – verfolgte Politik veranschaulicht. Während dieser Zeit hat der Präsident stets parallel zu den institutionellen Organen gehandelt und erschien dadurch als der Führer einer Opposition innerhalb der Staatsgewalt. Dadurch wurden die Grenzen des Systems, das die Verwirklichung der von den Massen geforderten sozialen Reformen nicht ermöglichte, verändert.
- 3) Vgl. B. Lamounier und F. H. Cardoso (Hrsg.), Os Partidos e as Eleicoes no Brasil, CEBRAP, Rio de Janeiro 1975
- 4) Aus dem Handbuch das die MDB anlässlich der Wahlen von 1974 für ihre Kandidaten unter dem Titel herausgab: Democracia com desenvolvimento e justicia social, Brasilia o. J.

(Quelle: Le Monde Diplomatique, Paris, Dezember 1976)

Ivan Ljubetic

Die „Verschwundenen“ Chiles

„Pinochet ist zum Entführer Nummer eins geworden und zum größten und schlimmsten Terroristen unserer Zeit“. Diese Worte von Luis Corvalan, die er kurz nach seiner Freilassung im Dezember 1976 äußerte, bewahrheiten sich in dramatischer Weise jeden Tag aufs neue.

Der Fall der 13 Entführten

In den ersten drei Dezemberwochen des Jahres 1976 wurden 13 chilenische Bürger vom Geheimdienst DINA verhaftet: die neunundzwanzigjährige medizinaltechnische Assistentin Reinalda Pereira, die im sechsten Monat schwanger war; der Professor der Universität von Chile Fernando Ortiz und elf Gewerkschaftsführer. Die Angehörigen versuchten, ihren Aufenthaltsort zu erfahren; doch wie jetzt in Chile üblich, lautete die Antwort: Sie befinden sich nicht in Haft. So kamen auch ihre Namen auf die lange, unheilvolle Liste der „Verschwundenen“.

Nachdem die Rechtsschutzgebühren, die für jede der verschwundenen Personen eingebracht wurden, vom zuständigen

Gericht abgelehnt worden waren, richteten die Angehörigen der 13 „Verschwundenen“ am 27. Januar 1977 einen gemeinsamen Brief an den Obersten Gerichtshof, in dem sie unter anderem erklärten: „Das Verschwinden unserer Angehörigen kann, angesichts der verflossenen Zeit, ihrer Gewohnheiten und Lebensweise, nur eine Erklärung haben, nämlich daß sie entweder Opfer von Gewaltanwendung wurden, wodurch ihr Tod verursacht und die Leichen dann verborgen wurden, oder aber daß man sie an der Ausübung ihrer Freiheit hindert“. Die Angehörigen forderten die Ernennung eines „Ministro en Visita“ (eines ausschließlich mit dieser Aufgabe befaßten Richters), um den Fall zu klären.

Das erwähnte Schreiben an den Obersten Gerichtshof wurde nicht nur von den Angehörigen, sondern von weiteren 60 bekannten Persönlichkeiten der verschiedensten Anschauungen und Berufe unterzeichnet: von zehn Priestern, zehn Rechtsanwälten, mehreren Schriftstellern, Schauspielern, Ärzten, Nonnen usw.

Zudem sandten am gleichen Tag, dem 27. 1. 1977, die wichtigsten Führer der Christdemokratischen Partei, Patricio Aylwin, Andres Zaldivar und Juan Hamilton, einen Brief an den Ober-

sten Gerichtshof, in dem sie sich mit den Angehörigen der „Verschwundenen“ solidarisierten und u. a. schrieben: „Die ungewöhnlichen Bedingungen, unter denen das Verschwinden dieser Personen stattfand, sind Grundlage genug zur Annahme, daß gewisse Sicherheitsdienste, die in den letzten Jahren ähnliche Verfahrensweisen benutzten, daran nicht uneteiligt sind“.

Gleichfalls am 27. Januar schrieben acht bedeutende Gewerkschaftsverbände an den Obersten Gerichtshof, um besonders auf das immer häufigere Verschwinden von Gewerkschaftsführern hinzuweisen.

Am 31. Januar richtete der Leiter des Solidaritäts-Vikariats der Katholischen Kirche, Vikar Cristian Precht Banados, ein Schreiben an den Obersten Gerichtshof, worin er unterstreicht: „Die Bürger des Landes und besonders die Angehörigen der Verschwundenen haben das Recht zu fordern, daß die Ursachen, welche es auch immer sein mögen, für das Verschwinden der Personen genannt werden und daß diese Ursachen durch genaue und zuverlässige Nachforschungen festgestellt werden – das ist eine Aufgabe, die einem Gericht zukommt“.

Gesetzgebung unter Druck von zwei Seiten

Der Oberste Gerichtshof hatte bereits mehrmals die Forderung, einen „Ministro en Visita“ für den Fall der „Verschwundenen“ zu ernennen, zurückgewiesen. Diesmal jedoch gab er dem vielfältigen Druck nach. Am 31. Januar wurde Ruben Galecio, Richter am Appellationsgericht in Santiago, mit dem Fall der 13 „Verschwundenen“ betraut. Damit bestand zum ersten Mal die Hoffnung, daß die Judikative der unkontrollierten Ausübung von Verbrechen durch die Faschisten ein Ende setzen würde, da Galecio für seine kritische Haltung der Junta gegenüber bekannt war.

Doch Pinochet und die DINA manövierten. Kaum einen Tag nach seiner Ernennung erkrankte Galecio plötzlich und wurde vom profaschistischen Richter Aldo Guastavino abgelöst, der am 2. Februar d. J. seine Tätigkeit aufnahm. Er forderte vom Innenministerium Angaben über die 13 „Verschwundenen“ an. Verdächtig schnell kam auch die Antwort, zusammen mit mehreren Dokumenten. Darin wurde behauptet, daß acht der vermißten Personen über die Anden nach Argentinien ausgereist seien: am 21. Dezember 1976 Reinalda Pereira, zu Fuß (obgleich sie im sechsten Monat schwanger war); Lincoyan Berrios, ebenfalls zu Fuß bzw. per Anhalter; am 22. 12. auch zu Fuß Eduardo Araya; am 6. 1. 1977 Edras Pinto, in einem Auto mit argentinischem Kennzeichen, sowie am gleichen Tag Horacio Cepeda und Luis Lazo, wobei die Art der Ausreise nicht angegeben wird; am 11. 1. verließen angeblich Armando Portilla (möglicherweise in einem Auto mit dem Kennzeichen XO-60024) und Lisandro Cruz (ohne genauere Angabe) das

Land. Die entsprechenden Ausreisebescheinigungen der Auslandsabteilung der Polizei lagen der Antwort des Innenministeriums bei. Über das Schicksal von Professor Fernando Ortiz und der Gewerkschaftsführer Carlos Duran, Hector Veliz, Fernando Navarro und Waldo Pizarro wurde nichts ausgesagt. Obgleich der Bericht äußerst ungenau war und über fünf der 13 Personen nichts bekannt war, gab sich Richter Guastavino damit vollauf zufrieden und erklärte am 7. Februar den Fall für aufgeklärt und abgeschlossen. Klarer konnte er sich nicht als Büttel der Faschisten ausweisen.

Die Angehörigen der „Verschwundenen“ wiesen die Angaben der faschistischen Polizei entschieden zurück: „Unsere Verwandten sind im Lande verschwunden, weil sie verhaftet oder entführt wurden. Sie haben die Grenze nicht freiwillig überquert. Wenn dies geschah, dann wurden sie dazu gezwungen. . . . Es ist Aufgabe der Judikative, die vorhandenen Informationen zu klären und zu bestätigen, indem sie Nachforschungen anstellt, ob jene Personen tatsächlich nach Argentinien einreisten und in welcher Lage sie sich jetzt befinden“. Die drei Rechtsanwälte, die die 13 „Verschwundenen“ vertreten, forderten eine Wiederaufnahme des Falles, was jedoch von Richter Guastavino abgelehnt wurde. Daraufhin gingen sie am 10. Februar vor das Berufungsgericht, das einen Tag später gleichfalls die Wiederaufnahme des Falles ablehnte. Nun blieb den Rechtsanwälten nur noch der Weg zum Obersten Gerichtshof.

Aufschlußreiche Widersprüche

Die Angehörigen der 13 „Verschwundenen“ luden zu einer Pressekonferenz ein, auf der sie über den Fall informieren wollten, doch sie wurde am 11. Februar von den militärischen Machthabern verboten.

Am gleichen Tag veröffentlichte die argentinische Regierung die erste Stellungnahme. Das Innenministerium erklärte: „In Bezug auf die Pressemitteilung über die Einreise chilenischer Kommunistenführer, ist lediglich die Einreise von vier Führern registriert, die folgende Namen angaben: Edras Pinto, Horacio Cepeda, Luis Lazo und Hector Veliz und die in einem Fahrzeug mit dem chilenischen Kennzeichen HG 19 ankamen“. Als Einreisedatum wurde der 6. Januar angegeben.

Die offensichtlichen Widersprüche gegenüber den Angaben der chilenischen Behörden machten den Fall immer verworrener. Diese hatten Hector Veliz nicht unter den Ausgereisten angeführt und zudem behauptet, Edras Pinto sei in einem Auto mit argentinischem Kennzeichen gefahren. Wenig später bewiesen die Nachforschungen der Anwälte der „Verschwundenen“, daß das Kennzeichen HG 19 in Chile nicht existiert, da es von der Stadtverwaltung in Santiago gestrichen worden war. Das bedeutet, daß nur ein Fahrzeug der DINA mit diesem Kennzeichen gefahren sein kann.

Ein weiteres Kommuniqué der argentinischen Regierung gab bekannt, daß am 21. Dezember 1976 zwei Personen eingereist seien, die ihre Namen mit Reinalda Pereira und Lincoyan Berrios angaben und Touristenvisa für 15 Tage beantragten.

Wiederholung einer alten Geschichte

Die DINA versucht nicht zum ersten Mal, den Eindruck zu erwecken, daß Personen, die sie verhaftete, nach Argentinien ausgereist seien, was sie bereits 1975 praktizierte und dabei auch von argentinischen Regierungspersonlichkeiten unterstützt wurde.

Die Farce begann damit, daß in Chile Presseorgane berichteten, chilenische „Extremisten“, die als verschwunden galten, seien in Argentinien in Guerillakämpfe verwickelt gewesen.

Am 15. Juli 1975 schrieb die Zeitschrift Lea aus Buenos Aires: „Als Ergebnis von lange währenden Meinungsverschiedenheiten, gegenseitigen Vorwürfen und Geldstreitigkeiten,



Von der DINA verschleppte Gewerkschaftsführer Bernardo Araya (l.) und Lincoyan Berrios, Generalsekretär der chilenischen OTV

zu denen es innerhalb der verbotenen Gruppe MIR kam, wurden etwa 60 Personen, die Mitglieder dieser Gruppe waren, von ihren eigenen Kampfgenossen in den letzten drei Monaten umgebracht". Diese 60 Personen wurden namentlich aufgeführt. Wenige Tage später veröffentlichte die brasilianische Zeitung O'Dia die Nachricht, daß weitere 59 chilenische Extremisten unter ähnlichen Umständen getötet worden seien. Die Nachricht über diese 119 Opfer, die alle nach ihrer Verhaftung durch die DINA in Chile als verschwunden galten, rief in breiten Kreisen der Bevölkerung Entsetzen hervor. Viele versuchten, die Wahrheit herauszufinden. Besonders das Friedenskomitee, das von den chilenischen Kirchen gegründet worden war, bemühte sich um eine Aufklärung des Falles. Dazu forderte es dreimal vom Obersten Gerichtshof, einen bevollmächtigten Richter zu ernennen, doch wurde dieser Forderung nicht entsprochen.

Die Farce wird aufgedeckt

Um ihren Betrug glaubwürdiger zu gestalten, arrangierte die DINA eine makabre Show. Am 12. Juli informierte ein Kabel der Nachrichtenagentur UPI, daß die Leichen von Luis Guendelman Wisniak und Jaime Robotham Bravo im Innern eines verbrannten Autos in der Ortschaft Pilar, 45 km von Buenos Aires entfernt, aufgefunden worden wären und daß ein bei den Leichen liegendes Schild darauf hinwies, daß die MIR sie gerichtet hätte. Beide jungen Leute waren seit längerer Zeit verschwunden und Robotham war in der Liste der Zeitung O'Dia unter der Nr. 59 angeführt.

Die Mutter von Guendelman reiste von Israel nach Argentinien, um die Leiche ihres Sohnes zu identifizieren. In der gleichen Absicht kam aus Chile ein Bruder von Robotham. Beide sagten in einer eidesstattlichen Erklärung aus, daß es sich bei den Leichen nicht um ihre Angehörigen handele. Außerdem wurde im Labor der Polizei von La Plata festgestellt, daß die Fotos erst wenige Stunden vor der Entdeckung der Leichen in die Ausweise geklebt und eigenartigerweise von den Flammen verschont worden waren.

Kurze Zeit später gab die Presseagentur Latin Reuter bekannt, daß von der Zeitschrift Lea nur die eine Nummer erschienen war und zwar die mit der Liste der Toten unter der Verantwortung des bekannten argentinischen Faschisten Jose Lopez Rega. Die angeblich in der brasilianischen Stadt Curitiba veröffentlichte Zeitung O'Dia blieb völlig unauffindbar, sie existierte nur in der von der Junta als „Beweis“ vorgelegten Fotokopie. So wurden die dunklen Machenschaften der DINA aufgedeckt. Aber keiner der 119 entführten Chilenen tauchte bis her wieder auf.

Der immer breitere Widerstand gegen die Junta im Inland und die wachsende internationale Isolierung aufgrund der Verletzung der Menschenrechte, zwangen die Faschisten, Maßnahmen zu treffen, die den Anschein einer Liberalisierung erwecken sollten. So wurden im November 1976 angeblich die „letzten“ politischen Gefangenen entlassen. Die über 3000 bereits verurteilten Patrioten oder Chilenen, gegen die noch ein Verfahren läuft und die sich in verschiedenen Gefängnissen befinden, wurden dabei nicht berücksichtigt.

Gleichzeitig ging man dazu über, die neu verhafteten Personen in geheime Lager zu bringen und ihre Verhaftung zu leugnen. Die Chile - ad hoc - Gruppe der UNO-Menschenrechtskommission stellte fest, daß im Januar 1976 5% der verhafteten Personen verschwanden, im August des gleichen Jahres waren es schon 60 % und heute trifft dieses Schicksal alle von der DINA festgenommenen Widerstandskämpfer. Die verbrecherischen Methoden der DINA werden immer raffinierter. Ihre Schläge richten sich jetzt gezielt gegen bewährte Arbeiterführer, die sie in ihren Folterhöhlen verschwinden läßt. So verhaftete sie im Jahr 1976 unter vielen anderen am 29. März in Santiago Jose Weibel, stellvertretender General-



sekretär des Kommunistischen Jugendverbandes, in einem öffentlichen Verkehrsmittel mit dem Kennzeichen SL 45. Am 4. Mai den alten Gewerkschaftsführer Bernardo Araya und seine sechzigjährige Ehefrau in ihrer Wohnung. In der Conferencia Straße Nr. 1587 in Santiago nahm die DINA am 4. Mai Mario Zamorano und Jorge Munoz, am 5. Mai Jaime Donato und Uldaricio Donaire und am 6. Mai Elisa Escobar fest. Aus der Wohnung des Ingenieurs Jorge Canto entführte sie am 12. Mai den stellvertretenden Sekretär der Kommunistischen Partei Chiles, Victor Diaz.

Ogleich es für einige der Verhaftungen Zeugen gibt, werden die Festnahmen bis heute von der Junta geleugnet. Am 25. August 1976 erklärte der Vertreter der Junta, Sergio Diez, vor der ad hoc - Arbeitsgruppe der UNO-Menschenrechtskommission: „Bezüglich Victor Diaz, Mario Zamorano, Jorge Munoz, Bernardo Araya, Elisa Escobar, Uldaricio Donaire und Jose Weibel gibt es keine Anzeichen, daß sie in Chile verhaftet wurden oder sich dort in Haft befinden. Dies schließt nicht die Möglichkeit aus, daß sie das Land auf illegale Weise mit falschen Papieren verlassen haben, wie es in unzähligen Fällen geschah oder daß sie in Chile im Untergrund tätig sind“.

Die Lügen der Junta,

Die ad-hoc-Arbeitsgruppe der UNO-Menschenrechtskommission stellte ihrerseits im Jahr 1976 erneut fest, daß man den Ausführungen der Vertreter der Junta keinen Glauben schenken kann. Sie erklärte, daß sie im Fall von Jose Weibel, Victor Diaz, Mario Zamorano, Jorge Munoz u. a. glaubwürdige Zeugnisse besitze, die beweisen, daß diese Personen von der DINA verhaftet wurden. Die daraus abgeleitete Folgerung ist eindeutig: „So sieht sich die Gruppe also dazu gezwungen, die Wahrhaftigkeit der von der chilenischen Regierung

gegebenen Information über andere verschwundene Personen in Frage zu stellen“.

Bei den Nürnberger Verhandlungen gegen die Verbrechen der Militärjunta in Chile, die vom 24. bis 26. November 1976 in Bonn und Nürnberg stattfanden, berichtete der Zeuge Jorge Canto, wie Victor Diaz in seiner Wohnung von der DINA festgenommen wurde. Am 25. Februar 1977 gab der siebzehnjährige Sohn von Victor Diaz auf einer Pressekonferenz, die im Rahmen der diesjährigen Tagung der UNO-Menschenrechtskommission in Genf stattfand, eine eidesstattliche Erklärung seiner Mutter bekannt.

Celenisa Caro, Ehefrau von Victor Diaz, bezeugte darin in Santiago vor einem Notar, daß ihr am 6. Oktober 1976 von Agenten der DINA ein Brief ihres Mannes gebracht wurde, in dem er sie bittet, keine weiteren Schritte für seine Freilassung zu unternehmen und daß er sich am 20. Oktober noch einmal telefonisch meldete und sich nach ihrem Befinden erkundigte. Sie fügt jedoch hinzu, daß ihr Mann sie schon vor seiner Festnahme öfters darauf hingewiesen hatte, daß sie nichts, was er im Falle einer Verhaftung schreiben oder sagen könne, glauben dürfe, da es sicher unter Zwang geschehe.

Dadurch daß Celenisa Caro die Schrift und die Stimme ihres Mannes eindeutig erkannte, ist bewiesen, daß er zu diesem Zeitpunkt noch am Leben war und sich in den Händen der DINA befand.

Doch sein Leben und das aller Verschwundenen ist in höchster Gefahr. Immer öfter werden in letzter Zeit an abgelegenen Orten Leichen gefunden, die so verstümmelt sind, daß sie nicht mehr identifiziert werden können. Auch die „unerklärlichen“ Unfälle vermehren sich.

Anfang Juli 1976 verschwand der spanische Staatsangehörige Carmelo Soria Espinoza, Mitglied der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika in Santiago. Am 16. Juli wurde seine Leiche in einem Straßengraben bei Santiago gefunden.

Ausländischer Druck bleibt nicht ohne Wirkung

Angeblich war er das Opfer eines Unfalls geworden, doch eine ärztliche Untersuchung stellte fest, daß er gefesselt, geschlagen und erwürgt worden war. Weder in den Vereinten Nationen noch in Chile zweifelt man daran, daß die DINA ihn ermordete.

Ein weiteres Opfer der grausamen Praktiken der DINA ist die Lehrerin und Kommunistenführerin Marta Ugarte. Sie wurde am 9. August 1976 von der DINA verhaftet. Das Innenministerium leugnete die Verhaftung. Am 12. September wurde ihre Leiche an einem einsamen Strand nördlich von Santiago gefunden, die Spuren grausamer Folterungen zeigte: tiefe Wunden an den Handgelenken, das Rückgrat gebrochen, der ganze Körper zerschunden.

Der Gewerkschaftsführer Pedro Jara Alegria bezeugte vor der UNO-Menschenrechtskommission, daß er noch am 24. August 1976 mit Marta Ugarte im Folterzentrum Villa Grimaldi gesprochen habe. Er erklärte: „Ich wurde am 18. August 1976 verhaftet. . . . Einen Tag vor meiner Entlassung wurde ich in eine andere Zelle gelegt. Dort stellte ich fest, daß sich in der nebenliegenden Zelle Marta Ugarte befand. In der Nacht konnten wir uns unterhalten. Ihr größte Sorge galt Victor Diaz, dem sie schon zweimal gegenübergestellt worden war und der noch viel schlimmer als sie behandelt wurde.“

Heute gilt es zu verhindern, daß die DINA die Ermordung von „Verschwundenen“ unkontrolliert fortsetzen kann. Der Druck, der vom In- und Ausland auf die chilenischen Gerichte ausgeübt wird, bleibt nicht wirkungslos. Er zwang bereits das Berufungsgericht, nach einer ersten Weigerung am 1. 3. 1977 den Fall der 13 Verschwundenen doch wieder aufzunehmen. Nur die ununterbrochene aktive Wachsamkeit der Völker aller Welt kann das Leben der chilenischen Patrioten retten und ihre Freilassung erzwingen. Auch Du, der Du diese Zeilen liest, kannst dazu beitragen.

Memorandum des Weltfriedensrates Gegen Folter, Mord und Unterdrückung

Im September des vorigen Jahres untersuchte in Basel die vom Weltfriedensrat eingerichtete Lateinamerika-Menschenrechtskommission umfangreiche Materialien und hörte Zeugenaussagen zur Repression faschistischer Regimes in Lateinamerika. In Auswertung der zusammengetragenen Beweise (darunter zu den „Verschwundenen“ in Chile und Guatemala, zum Mord an dem bolivianischen Expräsidenten Torres oder der Massenrepression in Uruguay) verfaßte das Büro des Weltfriedensrates im Januar d. J. zwei Memoranden an die UN-Menschenrechtskommission.

Das die Verletzung der Menschenrechte in Chile behandelnde Memorandum bezeichnet die von den DINA-Agenten durchgeführten Verschleppungen als die „dramatischste“ Form des Terrors der faschistischen Machthaber und klagt Pinochet an, „der Welt größter Terrorist und Entführer unserer Zeit zu sein, zeichnet er doch direkt verantwortlich für alle von der DINA in Chile verübten Verbrechen“. Genannt wird in dem Memorandum die Zahl von rund 2 500 „Verschwundenen“ und 4 000 politischen Gefangenen.

Das zweite, im Wortlaut dokumentierte Memorandum des Weltfriedensrates gibt eine Übersicht über die Menschenrechtsverletzungen und die Lage der politischen Gefangenen in den anderen militärfaschistisch regierten Ländern Lateinamerikas: Brasilien, Uruguay, Paraguay, Bolivien, Guatemala und Nicaragua.

1. In Bolivien sind während der letzten fünf Jahre verbrecherische Taten begangen worden. Um nur einige zu erwähnen: ein Massaker an Bauern im Januar 1974; die Ermordung einer Vielzahl von Menschen durch Folter, Hinrichtung oder durch Mißbrauch des sogenannten „Flucht-Gesetzes“¹, durch Verweigerung von ärztlicher Hilfe und durch andere Todesarten. Darüber hinaus haben die Machthaber Konzentrationslager eingerichtet, geheime Gefängnisse und andere Inhaftierungsorte. Sie mißachten und verletzen alle Freiheits- und

sonstigen Rechte der Bürger. Über 5000 bolivianische Staatsbürger wurden ins Exil geschickt; einige von ihnen hatten unter Verfolgung zu leiden und wurden außerhalb ihres Landes umgebracht². Die Machthaber haben die Staatsbürger ihres Rechtes und der Freiheit beraubt, sich in politischen, gewerkschaftlichen, studentischen und beruflichen Vereinigungen zusammenzuschließen, des Rechtes, kollektiv Löhne auszuhandeln und zu streiken, des Rechtes auf friedliche Versammlung, der Gedanken-, Meinungs- und Redefreiheit,

des Rechtes auf Rechtsbeistand und auf Habeas Corpus und des Rechtes auf Privatsphäre und Unverletzlichkeit von Wohnung und Briefverkehr.

2. Die Herrschenden in **Brasilien** haben während der letzten fünf Jahre systematisch von den brutalsten Arten der Folter Gebrauch gemacht. Sie haben Volksführer entführt und umgebracht. Sie haben das Recht auf Habeas Corpus und jede andere Form von Rechtsbeistand beseitigt. Es gibt unzählige Fälle von Hausdurchsuchungen ohne Durchsuchungsbefehl, von Entführungen und Einkerkierungen Hunderter von Personen. Es gibt eine grimmige Unterdrückung der Arbeiterbewegung; unzählige Gewerkschaftsführer sind entführt und umgebracht worden. Die Unterdrückung richtet sich auch gegen Universitäten, Studenten, Professoren, die Presse und andere Massenmedien, die dem Regime feindlich gesonnen sind. Jeder Professor oder Student kann ohne jegliche Erklärung von der Universität verwiesen werden.

3. Während der letzten 22 Jahre hat die Führung in **Guatemala** politische Morde zum Mittel des Regierens erhoben, und die Zahl der Toten oder Vermißten überschreitet bereits 20 000. Die unterdrückerischen Organe der Regierung sind verantwortlich befunden worden der Inhaftierung, der Folter und des Verschwindenlassens Hunderter von Personen, von Männern wie Frauen, von Studenten, Arbeitern, Bauern, Akademikern, deren Leichen fast nie außer durch Zufall gefunden wurden; und wenn sie entdeckt werden, tragen sie Spuren von Folterungen. Alle Beweise dafür sind von der Kommission für Entführte und Verschwundene der Studentenvereinigung Guatemalas, dem Komitee für Verwandte von Verschwundenen und dem Guatemalteckischen Friedensrat gesammelt worden.

4. In **Nikaragua** unterdrückt eine dynastische Tyrannei das Volk seit über 40 Jahren, und in jüngerer Zeit ist es zu einem neuen Anwachsen der grausamen Unterdrückung und der Verletzung von Menschenrechten gekommen. Durch Anwendung des Kriegsrechts, dessen Vorschriften dergestalt sind, daß sie nicht mit der Gesetzgebung für den tatsächlichen Kriegsfall vergleichbar sind, führt die Regierung Hunderte von ungerechtfertigten Verhaftungen durch. Die Inhaftierten werden allen möglichen Arten physischer und psychischer Folter unterworfen, die auf die Erpressung von Aussagen abzielen, um sich eine plausible Begründung für einen Prozeß zu beschaffen. Viele Häftlinge starben oder verschwanden ganz einfach in den Gefängnissen. Es gibt ferner Beweisstücke für die schreckliche Lage von weiblichen Häftlingen, die allen möglichen Arten schlechter Behandlung ausgesetzt sind; es gibt viele Fälle von Vergewaltigung. Überdies wird den Gefangenen der Rechtsbeistand verwehrt, ihre Häuser werden geplündert, und Verwandte leiden unter fortwährender Belästigung. Die Regierung versucht, durch eine strenge Pressezensur nichts über diesen Tatbestand an die Öffentlichkeit dringen zu lassen und die Entwicklung der Volksmeinung durch eine ähnliche Zensur für kulturelle Äußerungen zu verhindern.

5. In **Paraguay** leben die Leute seit 25 Jahren aller Rechte und jeden Schutzes der Persönlichkeit beraubt. Es gibt repressive Gesetze. Diese Sachlage hat sich seit 1974 durch Verhaftungen, Folter und Ermordung Hunderter von Paraguayern noch verschlimmert. Bauern wurden mißhandelt, gefoltert und der „incomunicado“-Haft für unbestimmte Zeit unterzogen. Es gibt Gefangene, die über 18 Jahre im Gefängnis verbracht haben wie Antonio Maidana, Julio Rojas und Alfredo Alcorta. Die repressive Brutalität in Paraguay hat solche Extreme angenommen, daß Frauen und kleine Kinder als Geiseln in Gefängnissen gehalten werden, daß Frauen in Gefängnissen Kinder zur Welt gebracht haben, und man kennt einen Fall, wo drei Generationen derselben Familie in ein und derselben Zelle waren. Unter den Personen, die neuerdings inhaftiert wurden, ist eine junge Frau namens Margarita Baez,



Brutale Gefangenmißhandlung in der brasilianischen Stadt Curitiba

die, nach ihren eigenen Aussagen, höchst grausam gefoltert worden ist.

6. In **Uruguay** hat das seit drei Jahren herrschende faschistische System das Land in ein einziges großes Gefängnis verwandelt. Von 2,7 Mio Bewohnern im Land sind rund 7 000 politische Gefangene, die jeglicher Verteidigungsmöglichkeit beraubt sind, die alle Arten physischer und psychischer Mißhandlung erleiden, was den Tod dutzender Gefangener verursacht hat. Es gibt schwerwiegende Verletzungen von politischen und gewerkschaftlichen Rechten und Verletzungen des Rechtes auf Ausbildung, der Presse- und Kulturfreiheit. Die Faschisten plündern Wohnungen und öffentliche Gebäude, sie vernichten Bücher und sogar ganze Büchereien. Sie verwandeln Gewerkschaftshäuser und Privathäuser in Gefängnisse und Folterzentren. Die faschistische Repression Uruguays geht sogar über die Landesgrenzen hinaus. Viele im Exil lebende Uruguayer sind in benachbarten Ländern ermordet worden. Die bekanntesten Fälle unter ihnen sind Hector Gutierrez Ruiz, Präsident des im Juni 1973 aufgelösten Repräsentantenhauses, und Senator Zelmario Michelini. Die Unterdrückung trifft auch Priester und außenstehende Zivilisten und Militärs, wie General Liber Seregni, Victor Licandro, Oberst Carlos Zufregui, die Abgeordneten José Luis Massera, Alberto Altesor und Jaime Pérez. Nach neuesten Meldungen schwebt der letztgenannte, ein Parlamentsmitglied und früherer Gewerkschaftsführer, in Lebensgefahr.

7. Der Weltfriedensrat stützt sich auf die Entscheidung der Internationalen Kommission zur Untersuchung von Verletzungen der Menschenrechte auf ihrer Tagung in Basel vom September 1976 und wird weiterhin gegenüber der UNO-Menschenrechtskommission und der Weltöffentlichkeit die Verletzungen der Menschenrechte bekannt machen, die von den Regierungen begangen werden, die dieses Memorandum erwähnt und die schon in Basel verurteilt worden sind.

(Quelle: World Peace Council. Documents, Helsinki, Reihe 3, Nr.1/Januar 1977)

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Damit ist die Häufigkeit von ermordeten Demokraten gemeint, die von offiziellen Stellen als „auf der Flucht aus Gefängnissen“ zu Tode Gekommene ausgegeben werden.
- 2) So wurde am 3. 6. 1976 der bolivianische Expräsident (1970–71) und General Juan Jose Torres im argentinischen Exil erschossen aufgefunden.
- 3) Völlig von der Außenwelt abgeschlossen.

Politische Gefangene Uruguays



y los patriotas uruguayos



Jaime Pérez

Zum Zeitpunkt, da diese Zeilen geschrieben werden, ist ungewiß, ob Jaime Pérez noch lebt oder tot ist. Die Militärbehörden weigerten sich, seiner Frau Tita Lorenzo irgendwelche Informationen zu geben. Sie hat ihn bereits seit 15. September 1976 nicht mehr gesehen, als er in der Strafvollzugsanstalt von Libertad, in der Provinz San José, festgehalten wurde. Sie fand ihn unter erbärmlichen physischen Bedingungen infolge der Folterungen vor, die er seit mehr als zwei Jahren erdulden muß. Offensichtlich ist es das Anliegen der Diktatur, ihn physisch zu vernichten.

Jaime Pérez ist Sekretär der Kommunistischen Partei Uruguays und Mitglied ihres Exekutivkomitees. Er vertrat Rodney Arismendi in der Führung der KPU und leitete deren illegale Tätigkeit gegen die Diktatur vom 8. Mai 1974 an (als Arismendi verhaftet wurde) bis zum 24. Oktober 1974 als er, zusammen mit dem Jugendfunktionär Jorge Mazzarovich, gefangen genommen wurde. Er war Abgeordneter der Frente Amplio als der Staatsstreich vom 27. Juni 1973 das Parlament auflöste. Jaime Pérez ist Arbeiter – Kürschner von Beruf – gehörte zu den Gründern der Pelzarbeiter-Gewerkschaft Uruguays und war als Organisationssekretär der Zentralgewerkschaft UGT (Allgemeiner Bund der Werktätigen) tätig.

Seit dem Tag seiner Verhaftung wurde Jaime Pérez systematisch gefoltert, ununterbrochen und mit größter Brutalität. Zunächst brachte man ihn in die Nationale Direktion für Information und Polizeiliche Sicherheit (DNII), in die „Ecke der Folterungen“ (Maldonado und Paragwaystraße).

In der gleichen Nacht zogen ihm die Folterknechte nacheinander alle Fußnägel. Ein Häftling, der im Stockwerk darüber wach lag, hörte die Schmerzensschreie in regelmäßigen Abständen von 15 bis 20 Minuten.

Er wurde viele Monate gefangen gehalten im Gefängnis von Punta Carretas, in Montevideo. Jaime Pérez wurde an einem „die Hölle“ genannten Ort gefoltert, dem Ort des Bataillons Nr. 13 der Panzerinfanterie unter dem direkten Kommando des Oberkommandierenden des Heeres, Generalleutnant Julio César Vadora.

Er wurde auch gefoltert in Gebäuden, die vom Geheimdienst der Armee – SIDE – benutzt werden und in der Kaserne des Kilometers 14 des Camino Maldonado. Außer der Anwendung von elektrischem Strom und dem „U-Boot“ (Eintauchen des Kopfes in Wasser oder Exkrementen bis an die Grenze des Ertrinkens oder Erstickens) und anderer Methoden wurden ihm sechs Monate lang die Augen verbunden. Mehrfach wurde er an den Handgelenken aufgehängt, wobei die Hände auf dem Rücken zusammengebunden wurden; man hängte ihn an einem Strick an den Armen so auf, daß die Fußspitzen bis kurz über den Boden reichen konnten. Die Finger an beiden Händen blieben ihm taub. Zwei Monate lang mußte er den ganzen Tag sitzen, durfte sich nicht bewegen oder sprechen; nur einige Stunden in der Nacht durfte er auf einem Strohsack liegen. Er wurde geweckt und man ließ ihn Aufnahmen der Stimme seiner Frau und seiner Kinder hören, seiner Eltern und seines Bruders, die Schreie und Geräusche ausstießen, als ob sie gefoltert würden.

Mit der Standhaftigkeit eines wahren Revolutionärs, die er während seiner ganzen Haft an den Tag gelegt hat, klagte Jaime Pérez vor den Militärrichtern diese Folterungen an. Im Gefängnis von Libertad sprach Jaime Pérez seine Frau und seine Kinder am 15. September 1976 durch ein doppeltes Metallgitter und per Telefon. Das Gespräch wurde aufgenommen. Es war das letzte Zusammentreffen.

Eine kürzlich veröffentlichte Erklärung der KP Uruguays enthüllt, daß sich Jaime Pérez in einer dem Generalstab der Armee direkt unterstellten Militäreinheit und in den Händen der Henker der SIDE befindet, weshalb für sein Leben die Kommandierenden dieser Organe, Generalleutnant Julio César Vadora und General Amaury E. Prantl direkt verantwortlich zeichnen.

Wir rufen die internationale Öffentlichkeit auf, wir rufen Organisationen jeder Art, insbesondere die Solidaritätsorganisationen auf, schnellstens für die Rettung von Jaime Pérez aktiv zu werden und die Barbarei anzuklagen, die sich zum Ziel gesetzt hat, dieses wertvolle Leben auszulöschen.

Es wird gebeten, Telegramme und Telefonanrufe zu richten an:

Aparicio Méndez: Casa de Gobierno, Montevideo Uruguay.

General Hugo Linares Brum: Ministerio del Interior. Julio Herrera y Obes y Mercedes. Montevideo, Uruguay.

Tte. General Julio César Vadora: Comandancia en Jefe del Ejército. Paraguay y Soriano. Montevideo, Uruguay.

Estado Mayor Conjunto: 8 de Octubre y Garibaldi. Montevideo, Uruguay.

Alejandro Rovira: Ministerio de Relaciones Exteriores. 18 de Julio Cuaréim. Montevideo, Uruguay.

Gral. Esteban Cristi: Región Militar Nr. 1 Agraciada y 19 de Abril. Montevideo, Uruguay.

Gral. Amaury E. Prantl: Servicio de Inteligencia del Ejército. Bulevar Artigas y Palmar. Montevideo, Uruguay.

Walter Ravenna: Ministerio de Defensa Nacional. 25 de Mayo y Colón. Montevideo, Uruguay.

Comisión de Derechos Humanos del Consejo de Estado: Palacio Legislativo. Montevideo, Uruguay.

Liber Seregni

Liber Seregni ist seit Gründung der Frente Amplio am 5. Februar 1971 Präsident dieser demokratischen antiimperialistischen Einheitsfrontbewegung.

Als Offizier verkörpert er den demokratischen und fortschrittlichen Flügel der Streitkräfte, die in den kritischen Jahren des Landes – 1968 bis 1972 – konsequent für fortgeschrittene Lösungen auftraten. Seregni weigerte sich als Kommandant der ersten Division, der wichtigsten mit Sitz in Montevideo, gegen die Arbeiterklasse und die Volksmassen als bewaffneter Arm der Oligarchie aufzutreten. Er zögerte nicht, um den Ruhestand zu bitten und seine brillante Karriere zu beenden – als einzige Möglichkeit, politisch zu wirken und für ein besseres Uruguay zu kämpfen.

Die Frente Amplio wurde unter dem Vorsitz von Liber Seregni zu einer neuen politischen und sozialen Kraft, die zum ersten Male in der Geschichte des Landes eine klare und greifbare Alternative der Macht und des Fortschritts verkörpert.

Nach der Errichtung der Diktatur Bordaberrys und der rechten Militärs, am 27. Juli 1973, stellte sich Seregni an die Spitze des Kampfes für die Herstellung einer noch breiteren demokratischen Front gegen die Diktatur. Kurz nach dem Staatsstreich wurde Liber Seregni im Anschluß an eine große Manifestation gegen die Diktatur zusammen mit dem General Victor Licandro und dem Oberst Carlos Zufriategui verhaftet. Ein mit ultrarechten Generalen besetztes Gericht degradierte Seregni. Gegen den aufrechten Patriot wurden vier Prozesse angestrebt. Die internationale Kampagne und der unermüdliche Kampf der uruguayischen Patrioten erwirkte im November 1974 seine Freilassung.

Das Regime verhaftete General Liber Seregni erneut am 11. Februar 1976. Man verschleppte ihn in eine Kaserne, wo der aufrechte Patriot noch immer brutal mißhandelt und gedemütigt wird.

Der Aufstand von Soweto liegt ein dreiviertel Jahr zurück. Die Entwicklung seither hat bestätigt, daß die Bewegung der Schüler und Studenten, daß die vielfältigen Aktionen der unterdrückten Massen das Rassistenregime zwar teilweise erheblich verunsichern, nicht jedoch in seinem Lebensnerv treffen und stürzen können. Dazu bedarf es eines noch langen und organisierten Kampfes unter einer konsequenten Führung und des Einsatzes der Hauptkraft der afrikanischen und farbigen Bevölkerung: der Massenstreiks der Arbeiterklasse. Der erfolgreiche Streik Ende August 1976 wies hier den Weg.

Unter den südafrikanischen Jugendlichen nimmt darüber hinaus die Erkenntnis zu, daß die Beseitigung des Systems letztlich nur der bewaffnete Kampf unter Führung des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) bringen wird — viele von ihnen setzten sich bereits in die Guerillalager des ANC nach Moçambique ab.

Der ANC, obwohl illegal, stellt als organisierende Kraft letztlich auch den Kristallisationskern für die engagierten Kämpfer gegen das Apartheid-System in den verschiedenen Gruppierungen der sogenannten „Black Consciousness“-Bewegung (Schwarzes Selbstbewußtsein) dar.

In einem Interview, das der Führer des Soweto-Schülerrates (SSRC), Tsietsi Mashinini, im Oktober 1976 gegeben hatte, wurde dies bereits deutlich (vgl. AIB, Nr. 1/1977, S. 25—27). Das AIB dokumentiert nach diesem Interview nun ein weiteres erstmals in deutscher Sprache, das einer der Vorgänger Mashininis im SSRC, Tebello Motapanyane, einem Redakteur des ANC-Organs Sechaba im Februar 1977 in Dar es Salaam gab. Es bestätigt zum einen die Andeutungen Mashininis über eine lange bestehende Arbeit von ANC-Mitgliedern in den Organisationen des „Black Consciousness“. Es geht zum anderen noch wesentlich ausführlicher und konsequenter auf die Perspektiven des Kampfes der Jugendlichen im und an der Seite des ANC ein.

Interview mit Tebello Motapanyane

Der Widerstand braucht neue Kampfformen

FRAGE: Sie waren an den Geschehnissen des letzten Jahres in Südafrika unter den Schülern vor allem im Gebiet um Soweto außerordentlich stark beteiligt. Welche Stellung hatten Sie zu der Zeit inne?

T. MOTAPANYANE: Die Südafrikanische Schülerbewegung (SASM) hatte mich auf Landesebene, auf ihrem Kongreß in Roodepoort im März 1976, zu ihrem Generalsekretär gewählt. Ich war zudem erster Vorsitzender des Aktionskomitees, das später in Schülerrat von Soweto (SSRC) umbenannt wurde. Es war der SSRC, der die Demonstrationen in Soweto organisierte, die die Schlagzeilen in der ganzen Welt am 16. Juni beherrschten.

FRAGE: Allen Berichten zufolge war die SASM die Hauptkraft, die die aufrüttelnden Ereignisse einleitete und in Gang brachte, die am 16. Juni in Soweto begannen und mit weiteren Aktionen im ganzen Land, vor allem unter der Jugend, fortgesetzt wurden. Wie gründete sich die SASM, und wie entwickelte sie sich seither?

T. MOTAPANYANE: SASM wurde 1970/71 von Oberschülern gegründet. Sie war hauptsächlich an drei Schulen von Soweto verankert: der Orlando West-, der Diepkloof und natürlich an der Orlando Oberschule.

FRAGE: Gab es unter den Schülern bereits andere Organisationen, bevor die SASM gegründet wurde, und die danach in ihr aufgingen?

T. MOTAPANYANE: Außerhalb der Schulen bestanden Jugendklubs. Viele junge Leute gingen zu diesen Jugendklubs und nahmen an den Treffen teil. Diese Diskussionen spielten für die Entscheidung der Schüler eine wichtige Rolle, die



SASM als eine in Schulen verankerte Bewegung der Schüler zu gründen. Sie war anfangs unter dem Namen Afrikanische Schülerbewegung (ASM) bekannt.

FRAGE: Die Afrikanische Schülerbewegung war auf die drei erwähnten Schulen beschränkt. Wie wuchs sie zu dem heran, was schließlich als SASM bekannt wurde?

T. MOTAPANYANE: Gleich nach der Gründung der ASM an diesen drei Schulen wurden alle anderen Schulen in der ganzen Republik Südafrika benachrichtigt. Die ASM griff schnell auf die anderen Schulen über, weil die Schüler merkten, daß sie ihren Wünschen entsprach. Im Jahre 1972 beschlossen wir, sie unter dem Namen Südafrikanische Schülerbewegung, also SASM, bekannt zu machen, da sie nun zu einer nationalen Bewegung geworden war.

FRAGE: Wann hielt die SASM ihren ersten nationalen Kongreß ab?

T. MOTAPANYANE: Der erste Kongreß – wir nannten ihn den Allgemeinen Schülerrat – fand Anfang März 1972 in Roodepoort statt.

FRAGE: Wer war auf diesem ersten Kongreß vertreten?

T. MOTAPANYANE: Ich würde sagen, nahezu alle Schulen waren vertreten, hauptsächlich die von Soweto, Ost-Transvaal und dem Ost-Kap, aber auch alle anderen Gebiete der RSA waren repräsentiert. (. . .)

FRAGE: Es ist allgemein behauptet worden, daß die SASM ein Ableger der Südafrikanischen Studentenorganisation (SASO) sei und darüber hinaus, daß sie von der Black Consciousness-Bewegung (Schwarzes Selbstbewußtsein, d. Red.) beeinflußt worden sei. Können Sie dazu etwas sagen?

T. MOTAPANYANE: Es ist einfach falsch zu behaupten, daß die SASM ein Ableger der SASO ist. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß die SASM selbständig gegründet wurde und vollkommen unabhängig war. Auch standen keine SASO-Leute an ihrer Spitze und die Entscheidungen trafen die Leute aus den Jugendklubs für die Bedürfnisse der Schüler – wir hatten nicht vor, die SASO zu imitieren. Aber viele Ideen, die wir gewöhnlich konzipierten, zum Beispiel Black Consciousness, wurden auch von der SASO propagiert.

Einfluß der Black Consciousness-Bewegung

FRAGE: In Südafrika und insbesondere an den Universitäten gab es damals einen Aufschwung, den man mit der Black-Consciousness-Bewegung in Verbindung brachte. In welchem Maße, glauben Sie, wurden die Jugendlichen an den Schulen durch diese Aktivitäten und die Atmosphäre angeregt, die sich unter der Jugend allgemein abzuzeichnen begann?

T. MOTAPANYANE: Die Rolle des Black Consciousness bestand darin, daß es die Schüler sensibilisierte. Das Verbot des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) hinterließ im legalen Widerstandskampf eine Art politisches Vakuum, obwohl der ANC im Untergrund arbeitete. Wir hatten keinen unmittelbaren Kontakt zu denen, die uns politisch hätten anweisen können und viele von uns glaubten, daß die Black Consciousness-Bewegung ein Sensibilisierungsfaktor sein könne. Wir glaubten allerdings keineswegs, daß einzig und allein Black Consciousness zur Befreiung führen könnte. Es war ein wertvolles Mittel, um diejenigen Schüler zu sensibilisieren, die politisch nicht so bewußt waren, wie sie es hätten sein sollen.

FRAGE: Sie erwähnten, daß der ANC in dieser Periode im Untergrund arbeitete und keine direkte Verbindung zu der Gruppe hatte, die die SASM gründete: War der ANC unter der Jugend bekannt? Waren seine Ideen eine Anregung für die

Schritte, die unternommen wurden?

T. MOTAPANYANE: Sicherlich. Ich würde sagen, der ANC war den Schülern bekannt, und seine Ideen beeinflussten viele. Wenn Sie die Mehrzahl der südafrikanischen Schüler fragen, welche die wichtigste revolutionäre Organisation ist, werden sie immer den ANC, seine Verbündeten und seine Führer nennen, die zur Zeit auf Robben Island inhaftiert sind. Auch die Arbeit, die der ANC während der 60er und der 40er Jahre geleistet hat, ist vielen Schülern bekannt.

Die Bedeutung des ANC

FRAGE: Abgesehen vom Wissen um die Aktivitäten des ANC während der 40er, 50er und 60er Jahre war es zu der Zeit, als die SASM gegründet wurde, klar, daß der ANC eine Untergrundbewegung ist? War die Jugend sich darüber im klaren, daß der ANC tatsächlich arbeitet und versucht, den Kampf fortzusetzen, nicht notwendigerweise mit offenen Massenkampagnen, sondern auf irgendeine andere Art?

T. MOTAPANYANE: Ja, das war mit Sicherheit bekannt. Es gab politische Prozesse, die den ANC betrafen. Wir wußten, daß der ANC arbeitet, denn wir hörten, daß diese oder jene Person in Durban, Kapstadt, Grahamstown usw. verhaftet worden war. Aus den Zeitungen hörten wir von den Aktivitäten des ANC. Wir hörten über die Vorgänge, in die Guerillas des ANC mit der faschistischen Polizei und Soldaten in Zimbabwe verwickelt waren, als sie versuchten, heimzukehren, um den Befreiungskampf in Südafrika zu beginnen. Von Zeit zu Zeit gab es Material und Zeitschriften vom ANC, und wir sahen, daß es außer der Untergrundtätigkeit des ANC wenig anderes gab.

FRAGE: Wie entwickelte sich nun die Schülerorganisation seit 1971?

T. MOTAPANYANE: Seit 1971 breitete sich die SASM von einer Schule zur anderen aus. Wie Sie wissen, verursacht eine Sache, wenn sie neu ist, immer einige Aufregung; eine große Anzahl Schüler trat ihr bei. Sie hielten örtliche Versammlungen an ihren Schulen ab, sie diskutierten sowohl viele schulische Probleme als auch solche allgemeiner Art – z. B. die mit dem Unterdrückungssystem im Zusammenhang standen, oder den Mißbrauch unserer Eltern durch die Regierung. 1972 hielten wir einen weiteren Kongreß ab, wo wir neue Amtsträger wählten. Viele von ihnen wurden von der Polizei verfolgt, weil die SASM jetzt in Schwung kam und immer stärker wurde. 1973 waren erneut einige Mitglieder gezwungen, das Land zu verlassen; sie gingen nach Botswana. 1974 wurden sechs Mitglieder der SASM verhaftet; die meisten stammten von der Morris Isaacson und der Orlando West Oberschule. Und wiederum wurden einige Schüler gezwungen, das Land zu verlassen. 1975 passierte das gleiche und ein Prozeß von Grahams-town verurteilte die Leute aufgrund des Gesetzes zur Unterdrückung des Kommunismus und des Terrorismusgesetzes.

FRAGE: Gab es eine Phase vor 1976, in der sich Schüler in engeren Gruppen organisierten, um den feindlichen Angriffen zu begegnen, die gegen eine offene Organisation, wie es die SASM zu werden begann, gerichtet waren und die sie unablässiger Verfolgung aussetzte?

T. MOTAPANYANE: 1974 wurden kleine organisierte Gruppen geschaffen, die sich gewöhnlich an geheimen Orten trafen. Diese Zellen konzentrierten sich in der Hauptsache auf Soweto, Durban usw. Um genau und direkt zu sein: Sie wurden von der nationalen Befreiungsbewegung, also dem ANC, ins Leben gerufen.

FRAGE: Wie geschah das? Wurden sie vom ANC gegründet oder nahmen die Gruppen Verbindung zum ANC auf?

T. MOTAPANYANE: Sie wurden vom ANC gegründet. Wir von der SASM dachten eigentlich nicht daran, so etwas zu

gründen. Wir operierten legal und versuchten die SASM als eine breite legale Organisation zu erhalten. Aber einige von uns hörten auf einige Ältere vom ANC, als sie sagten, wir benötigen mehr als nur eine legale Massenorganisation. Daher gründeten wir diese Untergrundzellen.

FRAGE: Die Soweto-Ereignisse selbst datieren vom 16. Juni 1976. Das ist der Zeitpunkt, als die Welt sich über die große Bedeutung der Schülerproteste klar wurde. Aber diesen Ereignissen müssen offenkundig Vorbereitungen vorangegangen sein. Können Sie uns einen kurzen Abriß der Periode vor dem 16. Juni geben?

T. MOTAPANYANE: Die akute Frage war, daß das Vorster-Regime uns Afrikaans als Unterrichtssprache aufzwingen wollte. Als die Anweisung vom Bantu-Erziehungsministerium veröffentlicht wurde, daß bestimmte Fächer in Afrikaans gelehrt werden sollten, reagierten die Schüler sehr abweisend. Schon im März 1976 setzte man an der Thomas Mofolo Schule, als der ersten Schule, Afrikaans durch und sofort gab es Schülerproteste. Im März 1976 rief der Schulleiter die Polizei, um die Schüler zu beruhigen und sie zu zwingen, Afrikaans zu akzeptieren. Einige Schüler meiner Schule, der Naledi Oberschule, begannen die Probleme zu untersuchen. Wir besuchten auch Schulen in Meadowlands. Wir stellten fest, daß diese Schüler auch empört waren über das, was die Regierung tat. Ab sofort gingen sie nicht mehr zum Unterricht, weil sie genau wie wir der Ansicht waren, daß eine klare Reaktion vonnöten war.

FRAGE: War das im März, als sie aufhörten, den Unterricht zu besuchen?

T. MOTAPANYANE: Ja, das war im März. Dann schritt der örtliche Elternbeirat ein und brachte die Angelegenheit vor den Bantu-Erziehungsinspektor, der sehr arrogant war und unachgiebig darin, Afrikaans einzuführen. Die Abteilung der SASM an der Naledi Oberschule besuchte auch die Orlando West Schule, wo wir mit den Schülern sprachen. Die dortigen Schüler stimmten mit uns überein und begannen, ihre Bücher zu vernichten und weigerten sich, am Unterricht teilzunehmen. Die Orlando West Schule hatte Erfolg, weil sich die Schüler klar darüber waren, was sie wollten. Sie waren einfach nicht bereit, auf die Regierung zu hören.

Trotz Drohung des Bantu-Erziehungsinspektors, daß die Schulen geschlossen und daß sie von der Schule gejagt würden,

blieben sie standhaft. Wir zogen weiter zu anderen Schulen. Bis Mai 1976 breiteten sich Protestaktionen an vielen Schulen aus. (. . .)

Anfang Juni schickte die Polizei ihre Männer, um einen unserer Kameraden abzuholen. Ich glaube, es war der 4. Juni. Als sie an jenem Tag kamen, bemerkten wir sie nicht. Sie verhafteten einen Schüler, ließen ihn aber später frei. Dann kamen sie am 8. Juni wieder. Diesmal hatten sie Pech; die Schüler entdeckten sie. Sie wurden geschlagen und ihr Auto wurde verbrannt. An dem Tag waren sie erschienen, um den örtlichen Sekretär der SASM an unserer Schule zu verhaften und zwar im Zusammenhang mit den Schülerprotesten an den Schulen in Soweto.

FRAGE: Was taten die Schüler in Soweto nach diesen Ereignissen am 8. Juni in der Naledi Oberschule, um sich weiterhin zu organisieren.

T. MOTAPANYANE: Wir beschlossen, die Lehrerschaft von unserer Entscheidung zu informieren: Volle Ablehnung der halbjährlichen Prüfungen und keine Prüfungsarbeiten bis unsere Forderungen erfüllt sind! Dann rief die Abteilung der SASM in der Naledi Oberschule zu einer Versammlung am Sonntag, den 13. Juni auf, auf der dann tatsächlich massive Aktionen aller Schulen in Soweto beschlossen wurden.

Die Radikalisierung der Schüler

FRAGE: Wie war der Verlauf dieser Versammlung?

T. MOTAPANYANE: Rund 300 bis 400 Schüler, die ganz Soweto vertraten, waren anwesend. Wir diskutierten die Afrikaans-Frage und wie wir die Regierung darauf aufmerksam machen könnten, daß wir gegen ihre Entscheidung waren. Die Vertreter beschlossen eine Massendemonstration aller Sowetoschüler. Die wichtigste Frage war, an welchem Tag und wie sie stattfinden würde. Wir entschieden uns, ein Komitee zu gründen, daß für all die Fragen verantwortlich war und aus jeweils zwei Vertretern jeder Schule von Soweto bestand. (. . .)

FRAGE: Was halten Sie im Rückblick für das wichtigste an den Ereignissen seit dem 16. Juni, vor allem was die südafrikanische Jugend betrifft?

T. MOTAPANYANE: An erster Stelle, daß die Jugend von Südafrika den status quo satt hat. Es ist deutlich geworden, daß



Massendemonstration der Soweto-Schüler 1976

die Jugend jetzt zu Aktionen bereit ist. Wir glauben nicht länger an Reden. Wir glauben an wirksame Aktionen, an etwas wie den bewaffneten Kampf. Die Schüler haben die Polizei sogar ohne Waffen angegriffen. Das zeigt, daß die Jugend für die große Sache tatsächlich bereit ist. Die Jugend sammelte auch reiche Kampferfahrungen. Das bereitete einen fruchtbareren Boden für den bewaffneten Kampf und andere wirkungsvolle Aktionen gegen das Rassistenregime.

FRAGE: Wir wissen, daß kurz nach dem 16. Juni die Regierung bei einem Versuch, die landesweiten Demonstrationen zu beenden, in der Afrikaans-Diskussion nachgab. Wir wissen auch, daß trotz dieses Nachgebens die Schüler weiter ihre militanten Aktionen fortsetzten. Können Sie dazu etwas sagen?

T. MOTAPANYANE: Afrikaans war nicht die wirkliche Streitfrage. Das war nur der Funke, der in das Pulverfaß fiel. Afrikaans war zufällig die aktuelle Frage. Die tatsächlichen Fragen sind Rassismus, Unterdrückung, Ausbeutung usw.

FRAGE: Sie sind also der Meinung, daß hinter den Aktionen der meisten Jugendlichen, die an diesen Demonstrationen teilnahmen, die Frage stand, den unterdrückerischen Staat zu zerstören und die rassistische Ausbeutung in Südafrika zu beenden. In welcher Weise haben gerade diese Demonstrationen dazu beigetragen, die Jugend auf eine höhere und fortgeschrittenere Stufe des Kampfes vorzubereiten?

T. MOTAPANYANE: Zuerst einmal würde ich sagen, daß es sie empfindlicher für die Lage gemacht hat, in der sie leben. Die Jugend hört den Reden ihrer Führer zu. Wenn sie von ihnen für eine Arbeit bestimmt wird, führt sie sie ohne Zögern aus. Das Zögern der Vergangenheit ist vorbei, als man Verhaftungen u. ä. fürchtete. Die Leute sind engagierter. Es ist ihre Kampferfahrung, die ihnen die Furcht vor der Polizei und die Furcht vor der Regierung genommen hat. Sie engagieren sich immer mehr im Kampf gegen Rassismus, gegen soziale Ungerechtigkeit und Ausbeutung.

FRAGE: Es ist wohl einleuchtend, daß allein durch diese Kampfform – die Konfrontation auf der Straße – der Feind nicht effektiv getroffen und geschlagen werden kann. Wie sieht nach Ihrer Auffassung die Jugend den zukünftigen Kampf in Südafrika?

T. MOTAPANYANE: Die Jugend hat deutlicher denn je die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes erkannt. Wir haben begriffen, daß wir es nicht mit Leuten zu tun haben, die bereit sind, uns zuzuhören, sondern die den status quo mit aller Gewalt aufrecht erhalten wollen. Wir müssen in gleicher Weise antworten.

FRAGE: Wenn Sie mit ihrer Behauptung recht haben, daß die Jugend die einzige langfristige Lösung in der bewaffneten Konfrontation sieht, glauben Sie, daß künftig in Südafrika diese Art des Massenkampfes, in den die Jugend die letzten sechs Monate verwickelt war, überholt ist? Und falls Sie glauben, daß für solche Kampfformen Platz ist, meinen Sie, daß ihre Form die gleiche bleiben sollte oder daß ständig neue gefunden werden müssen, um den politischen und den bewaffneten Kampf miteinander zu verbinden.

T. MOTAPANYANE: Ich glaube, es gibt großen Raum für das, was momentan passiert. Aber es müßte in etwas Fortgeschritteneres weiterentwickelt werden. Wir wissen, daß der Kampf nichts statisches ist. Er ist dynamisch, daher müssen wir neue Herangehensweisen im Kampf suchen. Die tatsächliche Teilnahme am Kampf wird der Jugend neue weiterentwickelte Methoden lehren, den Kampf auf eine höhere Stufe zu heben und neue Organisationsformen zu finden. Für die Jugend ist es wichtig zu wissen, daß sie fester Bestandteil der großen Befreiungsbewegung ist, die die Verantwortung für unsere völlige Befreiung trägt. Vor allem ist es für die Jugend wichtig, daß sie ihre Aktivitäten mit der bedeutendsten nationalen Befreiungsbewegung, dem ANC, verbindet.

(Quelle: Sechaba, Official Organ of the ANC South Africa, London, Nr. 12 / 2. Vierteljahr 1977)

Puerto Rico

J. Rodriguez

Motive des US-Annexionskurses (2. Teil)

In dem in AIB 3/1977 veröffentlichten 1. Teil seines Beitrages schilderte der puertoricanische Wissenschaftler J. Rodriguez die aktuellen Bestrebungen Washingtons zur Eingliederung Puerto Ricos in die USA.

Unter der Fragestellung nach den Motiven des US-Annexionskurses gab der Autor eine Einschätzung der jüngsten Wahlen auf der karibischen Insel und der Kolonialfrage in den internationalen Organisationen.

Der zweite, abschließende Teil stellt mit der veränderten Lage in der Karibik und der Krise des kolonialen Wirtschaftsmodells weitere Ursachen für die derzeitige Puerto-Rico-Politik der USA vor.

Obwohl der koloniale Status Puerto Rico relativ von den politischen Veränderungen in der übrigen Karibik isoliert, werden die Errichtung und Konsolidierung antiimperialistischer Re-

gimes in Jamaika und Guayana langfristig zum Vorteil der sozialistischen und die Unabhängigkeit fördernden Kräfte Puerto Ricos arbeiten. Erfolgreiche sozialistische Erfahrungen dieser Länder werden die Perspektive nationaler Unabhängigkeit demonstrieren und der kolonialistischen Vorstellung, daß „Chaos“ und „Hunger“ die einzige Alternative zur gegenwärtigen Situation sei, ein Ende bereiten. Die Entfaltung enger regionaler Beziehungen zwischen Kuba, Jamaika und Guayana auf dem wirtschaftlichen Sektor wird die Chancen eines unabhängigen Puerto Rico vergrößern, sich wirtschaftlich in eine breite regionale Gemeinschaft integrieren zu können.

Neue Situation in der Karibik

Ein weiteres Moment, welches die Politik Washingtons gegenüber Puerto Rico bestimmt, sind die Entwicklungen in

Panama. Diese gehen im wesentlichen auf militärstrategische Erwägungen zurück. Zusammen mit der Kanalzone und Guantánamo⁷ nimmt Puerto Rico in den imperialistischen Militäreinrichtungen eine Schlüsselrolle in der Karibik ein. Neben anderen militärischen Einrichtungen besitzen die USA ein größeres Trainingslager auf der vorgelagerten Insel Vieques und eine 123 237 ha große Marinebasis, die Roosevelt Roads genannt wird⁸. Die Bedeutung Puerto Ricos für die Marine wird dadurch unterstrichen, daß das karibische (einschließlich Panamas) und das südatlantische US-Marinekommando in der Roosevelt Roads untergebracht sind. Also kann der wachsende Druck für einen neuen Kanalvertrag, der die vollkommene oder teilweise Aufgabe des Systems von Ausbildung, Nachrichtenverbindungen und militärischen Einrichtungen in der Kanalzone nach sich ziehen könnte, den strategischen Wert Puerto Ricos für die Pentagonplaner nur erhöhen. Fords Ruf nach Eingliederung fällt mit dem Interesse des Pentagon an einer fortgesetzten und verstärkten militärischen Nutzung Puerto Ricos zusammen, da es als Versicherung gegen militärische Folgen zukünftiger politischer Veränderungen betrachtet wird.

Vor dem Hintergrund der sozialistischen und antiimperialistischen Kräfte in der Karibik (d. h. der Festigung der kubanischen Revolution und des Erscheinens antiimperialistischer Regierungen in Panama, Jamaika und Guayana) käme die volle politische Angleichung der Insel an die USA einem Versuch gleich, die koloniale Bevölkerung von diesen Entwicklungen abzuschneiden und Puerto Ricos Rolle als Vermittler in der politischen, militärischen und ökonomischen neokolonialen Vorherrschaft zu sichern. Diese Bedeutung Puerto Ricos für die Aufrechterhaltung des Neokolonialismus in der Karibik wurde durch die Anwesenheit des Präsidenten der Dominikanischen Republik, Joaquin Balaguer, bei der Amtseinführung des neuen Kolonialgouverneurs und seine ausdrücklich geäußerte Meinung, „Fords Vorschlag möge angenommen werden“, unterstrichen⁹.

Die Krise des kolonialen Entwicklungsmodells

Die von der Demokratischen Volkspartei (PDP) seit 1948 vorgenommenen Änderungen am kolonialen Wirtschaftsmodell – ihre politische Entsprechung war die Umformung Puerto Ricos zum „Freien Assoziierten Staat“ 1952 – hatten die Ablösung einer auf Zucker ausgerichteten Agrarwirtschaft durch das Muster „kolonialer Industrialisierung“ zur Folge. Das Wirtschaftskonzept der PDP zeichnete sich vor allem durch das Aufgeben eigenständiger Entwicklungen in der vorhandenen staatlichen Leichtindustrie aus (Schuh-, Glas-, Papp- und Zementherstellung). Dagegen baute es grundsätzlich auf den groß angelegten Zustrom von US-Industriekapital als Hebel zu wirtschaftlichem Wachstum, wobei sich der koloniale Status anregend für ausländische Investitionen auswirken sollte.

Das neue Wirtschaftsmodell wurde folglich eingeleitet durch: 1. „Entnationalisierung“ der staatlichen Industrien, 2. Herstellung von Bedingungen, die dem US-Industriekapital eine wesentlich höhere Profitrate als in den USA selbst garantierte, 3. Herstellung des „sozialen Friedens“ bzw. eines „günstigen Investitionsklimas“.

Eine wesentlich höhere Profitrate wurde durch die völlige Steuerfreiheit für ausländische Investitionen während der ersten zehn Jahre gewährleistet; des weiteren mittels einer direkten Unterstützung durch wirtschaftliche Fördermaßnahmen (Bau von Industrieanlagen, Qualifikation der Arbeitskraft, billige Energie usw.) und durch die Versorgung des ausländischen Kapitals mit einem reichlichen Angebot an billiger Arbeitskraft. Um die Löhne niedrig zu halten, löste die PDP die Organisation der puertoricanischen Gewerkschaftsorgani-

sation (Allgemeiner Arbeiterbund) auf und regte stattdessen an, sie durch US-„internationale“ Gewerkschaften zu ersetzen. Sie leistete Widerstand gegen die volle Anwendung der Gesetze über Mindestlöhne und schuf eine Reservearmee von Arbeitskräften, indem sie die Arbeitslosenquote niemals unter 10 % absinken ließ:

Anteil von Arbeitslosen in % an der Gesamtarbeiterschaft für ausgewählte Jahre.

Jahr	1950	1960	1965	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
Anteil (%)	12.9	13.2	11.2	10.3	11.3	12.0	11.8	12.3	15.4	21.3

Andererseits erforderte der „soziale Frieden“ den willkürlichen Export der überschüssigen Bevölkerung (nicht weniger als ein Viertel der Gesamtbevölkerung wanderte während der 50er und 60er Jahre aus). Um das Wachstum der Arbeitskraft in „vernünftigen“ Grenzen zu halten, wurde eine scharfe Bevölkerungswachstumskontrolle durchgeführt: Die Pille wurde zuerst in Puerto Rico getestet; das Programm der Sterilisation von Frauen ist ebenfalls wohl bekannt. Jeder Art von politischem Widerstand gegen die neueren Entwicklungen wurde mit starker Repression begegnet, so gegen die Nationalistische Partei und gegen die Kommunistische Partei.



San Juan: Elend inmitten von Hochhäusern

Unter solchen Bedingungen floß das US-Kapital in zunehmendem Umfang in alle Bereiche der Kolonialwirtschaft. Das Ausmaß dieses Vorgangs läßt sich an der Profitmenge ablesen, die US-amerikanische Firmen herausgeholt haben. Sie stieg von 22 Mio Dollar im Jahre 1950 auf 1,369 Mrd im Jahr 1975 an. Obwohl das neue Modell des „industrialisierten Kolonialismus“ auf der „Überausbeutung“ der puertoricanischen Arbeiterklasse beruhte, so führte es dennoch zu einem allmählichen Anstieg der Reallöhne, was sich wiederum stabilisierend auf das koloniale System auswirkte.

Profitboom durch „Satellitenindustrien“

Während in den 50er Jahren die meisten der neuen Investitionen im Bereich der Leichtindustrie getätigt wurden (vor allem Textil- und Bekleidungsindustrie), wurde in den frühen 60er Jahren deutlich, daß diese – trotz groß angelegter Auswanderung – das anwachsende Arbeitskraftpotential nicht aufnehmen konnte. Daraufhin bemühte sich die Kolonialregie-

Anregung von Projekten, wie das eines Hafenausbaus für Super-tanker und die Ausbeutung der Kupferlager inmitten der Insel, die hohe öffentliche Kosten unter dem derzeitigen System mit sich bringen¹¹.

Zuspitzung der Wirtschaftskrise

Die Rezession der US-Wirtschaft trug ebenfalls zu einer Verschärfung der Krise des von der PDP formulierten Wachstumsmodells bei. Die Worte des Ex-Gouverneurs Rafael Hernández Colón veranschaulichen dies: „Seit 1974 erleidet unser Land die schlimmste Wirtschaftskrise seit den 30er Jahren.“¹² Von 1974,-75 sank das puertoricanische Bruttosozialprodukt um 2,4 %, während die Arbeitslosigkeit von 12,3 % auf 15,3 % stieg und für 1975-76 mit über 20 % geschätzt wurde. Die sich verschlimmernde ökonomische Lage widerspiegelte sich in einer Finanzkrise der Kolonialregierung, die es ihr unmöglich machte, die parasitären Beschäftigungen im Verwaltungsbereich auszudehnen oder die „sozialen“ Ausgaben zu steigern.

Der wesentliche Faktor, der ein scharfes Absinken des Lebensstandards für die Mehrheit der Bevölkerung verhinderte, war die erhöhte Auszahlung von Bundesmitteln sowohl an die Regierung als auch an Einzelpersonen. Nettoüberweisungen von Bundesmitteln stiegen von 1973-74 bis 1974-75 um 48,6 %, erreichten im letzten Jahr 1,5 Mrd Dollar und machten damit 22,5 % des Privateinkommens in Puerto Rico aus. Die Bundesausgaben haben 1976 sogar noch mehr zugenommen. rnung zunächst um US-Investitionen in der Schwerindustrie (petrochemische Werke) in der Hoffnung, daß die Entwicklung von „Satellitenindustrien“ die wachsende Arbeitslosigkeit mindere. Obwohl mehrere – äußerst umweltfeindliche – petrochemische Werke errichtet wurden, hielt das US-Kapital den Aufbau von „Satellitenindustrien“ in Puerto Rico für „wenig lohnend“. Da die Petrochemie das Arbeitslosenproblem offensichtlich nicht bewältigen konnte, erfolgte eine Ausdehnung nichtproduktiver Beschäftigung im Verwaltungsbereich (die Beschäftigung in der Verwaltung nahm von 1969 bis 1973 um 50 % zu); des weiteren eine rapide Erhöhung von Bundesmitteln für Privatleute („Wohlfahrts“-hilfen), sowie die



Muster sozialer Korruption

Dies bedeutet, daß sich die Bundesregierung, um eine koloniale Ordnung aufrechtzuerhalten, die den multinationalen Konzernen „Superprofite“ garantiert, in wachsendem Maße gezwungen sah, die niedrigen Löhne der arbeitenden Bevölkerung direkt zu subventionieren und der Masse der Arbeitslosen ein Existenzminimum zu sichern. Dies hat günstige Bedingungen für die koloniale Lage zur vollkommenen politischen Angliederung an die USA geschaffen:

1. Das Muster der persönlichen Abhängigkeit eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung von der US-Bürokratie wird verstärkt (z. B. erhalten 70 % aller Familien Lebensmittelkarten). Schon werden Forderungen nach nationaler Befreiung von den Kolonialisten als Gefahr für den „Lebensunterhalt“ (in Form eines Schecks von einem US-Büro) der Bevölkerung hingestellt, und die kolonialistischen Parteien wetteifern, wer mehr Geld von Washington erhalten hat.

2. Trotz des Anscheins der „Autonomie“ ist die vermittelnde Rolle des kolonialen Status allmählich untergraben worden, da die US-Bürokratie mehr und mehr die Wirtschafts- und Sozialpolitik Puerto Ricos zu kontrollieren sucht. So war die Ausweitung der Bundesausgaben für die Insel von einem Trend zur „direkten Machtausübung“ der Imperialisten begleitet. Der Höhepunkt dieser Entwicklung kann daher nur noch die Eingliederung in die USA durch Abschaffung gesetzlicher Beschränkungen sein, die sich aus dem Status eines „Freien Assoziierten Staates“ ergeben.

3. Unter den Politikern Washingtons hat sich die Haltung verstärkt und wird sich wohl noch weiter verstärken, Puerto Rico an den Bundessteuern zu „beteiligen“, was in der augenblicklichen Situation nicht möglich ist. In diesem Zusammenhang muß die jüngste Entdeckung von etwa 4 Mio Tonnen umfassenden Öllagern an der nordöstlichen Küste Puerto Ricos gesehen werden, die eindeutig unter Hoheitsgewalt der Kolonialregierung stehen. Eine steuerliche Beteiligung würde gerade hier, nach der Eingliederung, den USA direkt zugute kommen. Auch wenn im Fall von Kupfer und anderen Bodenschätzen eine andere Rechtslage herrscht, wird sich der Druck auf eine Ausbeutung aller Rohstoffquellen Puerto Ricos durch nordamerikanische Konzerne in Zukunft von offizieller Seite her verstärken.

Zum ersten Mal seit Beginn der US-Kolonialherrschaft von 1898 besteht jetzt deutlich die Gefahr, daß die Imperialisten versuchen könnten, die staatliche Eingliederung als Mittel einzusetzen, um so die nationale Befreiung und die Errichtung des Sozialismus ein für alle Mal zu verhindern.

Die puertoricanische Bevölkerung wird jedoch die Zerstörung ihrer Nationalität und eine intensiviertere kapitalistische Ausbeutung nicht passiv hinnehmen. Die antiimperialistische Bewegung hat bereits zur Bildung einer Volksfront aufgerufen, um einer Verstärkung der kolonialen Abhängigkeit Widerstand entgegenzusetzen; aber es bedarf aktiver internationaler Solidarität, um ihre gewaltsame Unterdrückung zu verhindern und um die neuen imperialistischen Manöver zu entlarven.

Anmerkungen:

- 7) Von den USA noch immer besetzte Basis auf Kuba; d. Red.
- 8) Claridad, Rio Piedras, 17. 9. 1976
- 9) El Mundo, San Juan, 3. 1. 1977
- 10) Offizielle Schätzungen der Planungskommission von Puerto Rico. Nach exakteren Berechnungen belief sich die Arbeitslosenquote für 1975 nicht auf 15,4 %, sondern gar auf 30 %. Vgl. Planning Board of Puerto Rico, Report to the Governor, San Juan 1975, S. 234
- 11) Vgl. L. Miller, Puerto Rico: The Origins and Emergence of an Industrialised Colony, Essex 1975 und J. J. Villamil, El Modelo Puertoriqueno: los limites del Crecimiento Dependiente, Mimeo 1975
- 12) El Mundo, 2. 1. 1977

Sudiman Satiadjaja Die neue US-Politik in Südostasien



Der endgültige Sieg des vietnamesischen Volkes im dreißigjährigen Befreiungskrieg gegen den französischen und US-Imperialismus im Frühjahr 1975 war der Höhepunkt der von den nationalen Befreiungsbewegungen nach dem 2. Weltkrieg errungenen zahlreichen Erfolge. Die Wiedervereinigung Vietnams und der Aufbau des Sozialismus im ganzen Lande eröffnen zugleich neue Perspektiven für die antiimperialistische Bewegung in ganz Südostasien.

Die USA lassen ihrerseits nach dem Indochina-Debakel 1975 nichts unversucht, mit neuen Initiativen den imperialistischen Einfluß in den umliegenden Gebieten Asiens zu sichern.

Washingtons Aufrüstung des aggressiven Suharto-Regimes

US-Präsident Ford sagte, nachdem er im Dezember 1975 die sogenannte „Pazifik-Doktrin“ verkündet hatte, Indonesien sei einer der neu gewonnenen Freunde der USA. Andererseits weiß sich das indonesische Regime seit dem Sturz der antikommunistischen Regimes in Indochina in Gefahr. Die indonesischen Führer betonten wieder einmal, daß sich ihre Politik hauptsächlich gegen die „kommunistische Bedrohung“ richte. So ist die Politik des Suharto-Regimes aufgrund der politischen Entwicklungen in Südostasien offen auf den Westen und die USA ausgerichtet. Da die USA eine solche politische Orientierung begrüßen, haben sie sich für die Verdoppelung ihrer militärischen Unterstützung für Indonesien entschieden: die Rüstungshilfe beträgt nunmehr 44 Mio Dollar.

Die militärische Aggression Indonesiens gegen Ost-Timor war ein erster Schritt zur Verwirklichung der Pazifik-Doktrin,

Pazifik-Doktrin

1. Die militärische Stärke der USA ist eine notwendige Basis für jedes stabile Kräftegleichgewicht im Pazifik.
2. Die Partnerschaft mit Japan ist ein Pfeiler der amerikanischen Strategie.
3. Die Vereinigten Staaten setzen die Normalisierung ihrer Beziehungen zu China fort.
4. Die USA verfolgen weiter eine aktive Politik in Südostasien.
5. Die Verteidigung Südkoreas wird auch in Zukunft durch die USA garantiert.
6. Die Vereinigten Staaten fördern eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit allen asiatischen Nationen.

(Quelle: Gesichter Asiens – zwischen Guam und Hawaii. Amerikas Bollwerk im Pazifik, ein Filmbericht von H. W. Berg, ARD, 27. 12. 1976)

in der besonders die Notwendigkeit hervorgehoben wird, Südostasien vor kommunistischem Einfluß zu schützen und bestehende revolutionäre Regierungen auszuschalten. Djakarta und Washington bezeichnen die fortschrittliche Befreiungsorganisation FRETILIN und die Volksdemokratische Republik Ost-Timor, die im November 1975 noch vor der indonesischen Aggression ausgerufen wurde, als eine „kommunistische Organisation und ein kommunistisches Regime“.

Da die USA versuchen, ihren Einfluß in diesem Gebiet abzusichern, messen sie auch der Errichtung militärischer Stützpunkte große Bedeutung bei. Besonderes Gewicht hat dabei der Aufbau des Stützpunktes Diego Garcia im Indischen Ozean. Von dem Stützpunkt aus wollen die Vereinigten Staaten ihren Einfluß über diesen Ozean und die Länder dieser Region sichern, um die dortigen Bewegungen aufzuhalten, die für nationale Befreiung, Demokratie und Frieden in diesen Ländern kämpfen, und um die sozialistischen Länder von hier aus zu bedrohen. Bekanntlich fanden nach dem Sieg der Völker Indochinas in Thailand politische Veränderungen statt, die dort zu einer Auflösung der Militärstützpunkte der USA führten¹.

Ebenso ist das Fortbestehen der militärischen Stützpunkte der USA auf den Philippinen gefährdet, da Regierung und Bevölkerung dieses Landes die Überprüfung des Vertrages über die dortigen Stützpunkte verlangen. Die Regierungen von Malaysia und Singapur haben mit Rücksicht auf die Länder Indochinas nicht die Absicht, eine Konfrontationspolitik zu verfolgen. Die einzige Hoffnung der US-Imperialisten ist die Regierung Indonesiens, die einen zutiefst antikommunistischen Kurs steuert.

Diesem Regime ist von den USA eine jährliche Zuwendung von 500–700 Mio Dollar angeboten worden, wenn es der Errichtung eines „Marine-Übungsstützpunktes für Mitgliedstaaten der ASEAN“ auf der Morotai-Insel im nördlichen Teil der Molukken zustimmt. Er soll von den USA errichtet werden und soll ihnen das Recht garantieren, ihre 7. Flotte dort zu stationieren. Dieser Vorschlag wurde Generalleutnant Murtono von einem Vertreter des Pentagon unterbreitet, als Murtono im Herbst 1975 als Gesandter Präsident Suhartos nach Washington kam, um dort Militärverhandlungen mit den USA zu führen.

Seitdem haben sich Delegationen beider Länder häufig getroffen. Es wurde hauptsächlich die Frage diskutiert, wie ihre Verbindungen auf allen Ebenen, einschließlich der militärischen, gestärkt werden könnten.

Aus den schlechten Erfahrungen mit den militärischen Abenteuern gegen die Völker Indochinas haben die US-Imperialisten gelernt, und sie halten es nun für notwendig, die Wirt-

schaftshilfe für die Länder Südostasiens anzukurbeln. Mit dieser „Hilfe“ wollen die USA ihren Einfluß in diesen Ländern erhalten. Die US-Regierung begrüßt den Entwurf des Suharto-Regimes bezüglich der sogenannten „Nationalen Bestimmung“, deren Hauptziel darin besteht, die moralische, politische, wirtschaftliche und militärische Leistungsfähigkeit Indonesiens so zu erhöhen, daß es in die Lage versetzt wird, der „inneren und äußeren Bedrohung“ zu begegnen. Dieser Entwurf steht in Übereinstimmung mit dem 4. Punkt der Pazifik-Doktrin (siehe Kasten), in dem die Notwendigkeit hervorgehoben wird, in Südostasien politische Stabilität und Sicherheit zu gewährleisten.

Aufstockung der US-Wirtschaftshilfe für Djakarta

Entsprechend versprochen die Vereinigten Staaten ihre wirtschaftliche „Hilfe“ aufzustocken. Ende 1975 betrugen private Kapitalinvestitionen aus den Vereinigten Staaten in Indonesien über 1 Mrd Dollar, die Ölgeschäfte nicht inbegriffen. Dies macht ein Drittel aller ausländischen Privatinvestitionen in diesem Land aus. Das US-Kapital besitzt Anteile an 130 Unternehmungen. Der Anteil der USA an der Ölproduktion beträgt inzwischen zwei Drittel der gesamten Produktion. Als die staatliche Ölgesellschaft Pertamina wegen Korruption und Mißwirtschaft am Rande des Bankrotts stand, stimmten die USA nicht nur zu, die Schuldentzählungen aufzuschieben, sondern boten der Pertamina sogar neue Kredite bis zu 1 Mrd Dollar an. Auch andere kapitalistische Mitgliedstaaten der IGGI² haben ihre „Hilfe“ für Indonesien aufgestockt, konkret auf 980 Mio Dollar im Finanzjahr 1976/77 gegenüber 859 Mio Dollar 1975/76.



Indonesische Invasionstruppen

Der Südostasiatische Verteidigungspakt – SEATO (South East Asia Collective Defense Treaty Organisation) wurde durch einen am 8. 9. 1954 unterzeichneten Vertrag in Manila (daher auch „Manila-Pakt“ genannt), gegründet. Die Gründerstaaten Australien, Frankreich, Großbritannien, Neuseeland, Pakistan, Philippinen, Thailand und die USA riefen die SEATO unter dem Eindruck der vernichtenden Niederlage des französischen Kolonialismus in Vietnam ins Leben. Der Vertrag trug eindeutig die Handschrift des damaligen US-Außenministers John Foster Dulles, er war ein Produkt der „Roll back“-Strategie des Imperialismus. Angeblich bestand die Aufgabe des Paktes in der Bekämpfung „kommunistischer Infiltration“, in Wirklichkeit aber entsprach er den Absichten imperialistischer Kreise, nach dem Zusammenbruch des Kolonialsystems in Asien ihre Hegemonie in dieser Region abzusichern. Sehr deutlich wurde diese Funktion während der US-Aggression in Vietnam, die ihre Anfänge im Gründungsjahr der SEATO nahm und bei der Truppen mehrerer SEATO-Mitgliedsstaaten zum Kriegseinsatz kamen. Auch die Süddeutsche Zeitung sieht die Aufgabe des Pakts in der „Rechtfertigung einer bewaffneten Intervention seiner nichtasiatischen Mitglieder im Paktgebiet.“ (SZ, 29. 7. 1975)

Mit den wachsenden Erfolgen der nationalen Befreiungsbewegung in Asien und dem veränderten Kräfteverhältnis in der Welt verlor der „asiatische Zwilling der NATO“ seine Stabilität. Bereits 1967 war Frankreich aus dem Bündnis ausgetreten, 1972 folgte Pakistan. Als 1975 die Niederlage des US-Imperialismus in Indochina endgültig war, beschloß der Ministerrat der SEATO auf seiner Sitzung in New York, den thailändischen Generalsekretär der Organisation zu beauftragen, einen detaillierten Plan für den zweijährigen stufenweisen Auflösungsprozeß auszuarbeiten. Dieser Beschluß war auch eine Folge der Haltung der beiden einzigen asiatischen Paktmitglieder, Thailands und der Philippinen, die ebenfalls 1975 die Ansicht vertraten, die SEATO sei angesichts der Veränderungen in Südostasien überholt.

Daß diese imperialistische Paktorganisation bis heute noch nicht offiziell aufgelöst worden ist, liegt sicherlich im Fehlen einer adäquaten Ersatz- bzw. Nachfolgeorganisation begründet. Die sich in letzter Zeit mehrenden Versuche, die ASEAN derart umzufunktionieren, sprechen in dieser Hinsicht eine deutliche Sprache.

Die Bereitschaft der westlichen Länder, ihre Hilfe zu erhöhen, entspringt der Annahme, daß das Suharto-Regime bereit ist, die ihm gestellten Bedingungen zu erfüllen. Diese bestehen darin, den Kurs verstärkter Investitionen ausländischen Kapitals und der Ausweitung des privatwirtschaftlichen Sektors in Indonesien beizubehalten. Eine Zusage in diesem Sinne machte schon Ende 1975 Suhud, ein Bevollmächtigter Suhartos, der bei seiner Ankunft in den USA erklärte, daß die Ausweitung der Handelsbeziehungen mit den sozialistischen Ländern und die offene Erklärung der indonesischen Regierung bezüglich der Einschränkung ausländischen Kapitalinvestitionen keinerlei Änderungen des oben genannten Kurses bedeuten.

Um seine Niederlage in Indochina und den Auflösungsprozeß **der SEATO** (siehe Kasten) auszubügeln, wendet sich der US-Imperialismus immer mehr seinen Verbündeten in Asien und im Pazifik zu, wie z. B. Japan und Australien, und fordert von ihnen, in ihrem Einflußbereich die Mitgliedstaaten der ASEAN (das sind Indonesien, Philippinen, Malaysia, Singapur, Thailand) politisch auf ihre Seite zu ziehen, um aus der ASEAN ein Militärbündnis zu machen.

In diesem Zusammenhang hat **Australien** seine Militärhilfe für Indonesien erhöht. In einem gemeinsamen Kommuniqué, das man gegen Ende des Besuches des australischen Premierministers Frazer im Oktober 1976 veröffentlichte, wurde betont, daß beide Länder der Ansicht seien, daß der Friede im Indischen Ozean nur gewährleistet werden könne, wenn die militärischen Kräfte in diesem Gebiet in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stünden. Auf dem Treffen der bei der ASEAN akkreditierten japanischen Botschafter, das Ende 1976 in Bangkok stattfand, wurde der Frage nach der

Jose Ramos-Horta Ost-Timor: das Vietnam Indonesiens

José Ramos-Horta ist Mitglied des Zentralkomitees und Sekretär der Abteilung für auswärtige Beziehungen der Befreiungsbewegung FRETILIN, Sprecher dieser Organisation bei den Vereinten Nationen und Außenminister der Demokratischen Republik Ost-Timor.

Ein unbekannter Krieg – bei weitem der bedeutendste in Südostasien seit dem Ende der Indochinakriege – wütet in Ost-Timor. Ungefähr 45 000 indonesische Soldaten versuchen, eine vom Volk getragene Widerstandsbewegung niederzuschlagen.

Nach einer mehr als ein Jahr andauernden Intervention großen Ausmaßes, durchgeführt mit der Unterstützung von 15 Kriegsschiffen, 30 Hubschraubern (größtenteils als das französische Fabrikat Alouette identifiziert), 15 Hercules-, Dakota-, B 25-Flugzeugen, 50 Panzern und gepanzerten Fahrzeugen, kontrollieren die Indonesier weniger als 20 % des Territoriums. (...)

Selbst Djakarta-freundliche Berichte bestätigen die seitens der FRETILIN über die indonesischen Grausamkeiten vorgebrachten Anschuldigungen. Ein „streng vertraulicher Bericht“, der aufgrund von Indiskretionen die australische Presse erreicht hat und der von Kirchenvertretern, die das Territorium besichtigt hatten, verfaßt worden sein soll, trifft folgende Feststellungen:

1. Mindestens 60 000 Menschen, vor allem Frauen und Kinder, sind seit der Invasion Ost-Timors durch Indonesien vom 7. Dezember 1975 hingemordet worden.
2. Die Diebstahls- und Einbruchsdelikte, die Brandstiftungen und die Vergewaltigungen, deren sich die indonesischen Truppen schuldig gemacht haben, zogen eine massive Opposition gegen die Integrationsvorschläge Indonesiens nach sich.
3. Die FRETILIN kontrolliert 85 % des Landes, und der Kampf dehnt sich sehr weit aus.
4. Die indonesischen Truppen üben die Kontrolle über 150 000 Personen aus (nach der vom Nationalen Wiederaufbaudienst der FRETILIN durchgeführten Volkszählung von 1976 liegt die Bevölkerung bei über 800 000).
5. Wenn eine wirkliche Volksabstimmung stattfände, würde das Volk die FRETILIN wählen.

Heute führt das faschistische Regime von Djakarta, unterstützt von den USA, seinen Angriffskrieg gegen die Demokratische Republik Ost-Timor fort und setzt sich damit in grober Weise über die Resolutionen der Vollversammlung und des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen hinweg. Die Streitkräfte Ost-Timors zählen 15 000 Soldaten (einschließlich 1 000 Frauen und 1 000 Studenten), die gut ausgebildet sind und mit in Deutschland hergestellten Waffen aus portugiesischen Beständen (NATO), G 3- und Mausergewehren, Mörsern großer und kleiner Reichweite, Bazookas und einigen Flugabwehrgeschützen gut ausgerüstet sind.

Das Gelände ist sehr bergig, und in den Bergen des Zentrums und an der Südküste ist die Vegetation dicht – Straßen und Brücken sind durch zwei Regenzeiten und durch die Streitkräfte der FRETILIN beschädigt worden, welche die Taktik verfolgen, jeden mög-



lichen Verbindungsweg zu Land zu zerstören, um den Vormarsch der indonesischen Infanterie zu verlangsamen.

Das Land produziert seine Nahrungsmittel selbst: Reis, Getreide, Kartoffeln, Gemüse, Tapioka, Fleisch (Büffel, Kühe, Ziegen, Schweine, Damwild usw.) und Fisch. Die Verhältnisse sind ideal für einen Guerillakampf. Die Indonesier kennen das Gelände nicht, fallen leicht in Hinterhalte und müssen einer ihnen feindlich gesonnenen Bevölkerung gegenüberreten.

Einer Sendung der Rundfunkstation Maubere der FRETILIN vom 24. Dezember zufolge haben die Streitkräfte Ost-Timors das Dorf Remexio, 30 km südöstlich von Dili gelegen, wieder eingenommen – sind die indonesischen Streitkräfte, die versuchten, das nur 15 km westlich von Dili gelegene Dorf Tibar zu erobern, zurückgedrängt worden. Seit Dezember 1976 hat die FRETILIN 19 Posten von den Indonesiern zurückerobert und sich einer beträchtlichen Menge Waffen und Munition bemächtigt. In einem einzigen Kampf in Bailaco, nahe Dili, wurden 600 Indonesier getötet. Im Zeitraum eines Jahres haben die Streitkräfte der FRETILIN sechs Hubschrauber und ein Flugzeug abgeschossen und mehrere Panzer, gepanzerte Fahrzeuge und Lastwagen zerstört oder erbeutet.

Verschiedene und unabhängige Informationsquellen in Canberra, Tokio, Singapur und Washington haben zugegeben, daß etwa 10 000 bis 14 000 indonesische Soldaten in Ost-Timor getötet oder verwundet worden sind, und daß in einem Jahr ungefähr 200 Mio Dollar ausgegeben worden waren. Die Krankenhäuser in Dili, Kupang, Denpasar und Djakarta sind voll von Kriegsopfern. (...)

(Quelle: Le Monde, Paris, 27. 1. 1977)

„militärischen Bedeutung der Präsenz der USA in Südostasien“ besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Die Mitgliedstaaten der ASEAN sind Japans Haupthandelspartner. Aus diesen Ländern importiert Japan Rohstoffe, einschließlich Öl. In vielen Fällen hat Japan versucht, diesen Ländern seinen Willen aufzuzwingen. Aber die Bevölkerung der betreffenden Länder hat sich gegen solche Versuche gewehrt. In den Jahren 1973 bis 1975 haben in Thailand, Indonesien, Malaysia und anderen Ländern Massenaktionen gegen Japan stattgefunden.

Versuch der Militarisierung der ASEAN

Auf einem Treffen des indonesischen Außenministers A. Malik und einer Gruppe US-amerikanischer Kongreßabgeordneter, die im Dezember 1976 Indonesien besuchten,

wurde über die Frage der Militarisierung der ASEAN verhandelt. Ein solcher Plan war schon seit längerem von reaktionären Kreisen der Mitgliedstaaten dieses Bündnisses in Erwägung gezogen worden. Das ganze endete mit einem Mißklang unter den Ländern, die in diesem Punkt unterschiedlicher Ansicht waren. Offiziell lehnt die ASEAN den Plan der Militarisierung ab. Auf der anderen Seite aber ist vom Suharto-Regime Solidarität mit Fords Pazifik-Doktrin betont worden.

Andere Versuche der Imperialisten, aus der ASEAN ein militärisches Bündnis zu machen, das proimperialistisch ist, werden deutlich anhand

- der zunehmenden Aktivitäten des ANZUS-Paktes³, in dem Australien, Neuseeland und die Vereinigten Staaten organisiert sind;
- des Drucks der USA auf die Philippinen;
- der Unterstützung des konterrevolutionären Staatsstreichs

in Thailand durch die USA;

- der Wiedererrichtung des elektronischen Spionagezentrums eben dort;
- der Unterstützung der Erklärung reaktionärer Kreise der ASEAN-Staaten hinsichtlich der Notwendigkeit „kommunistische Aufrührer“ zu bekämpfen durch die USA.

Die hartnäckige Weigerung des Suharto-Regimes, 100 000 Patrioten aus den Gefängnissen und Konzentrationslagern zu entlassen, oder auch nur einige der ihnen vor den schlimmsten Strafmaßnahmen wie z. B. der „Umsiedelung in weit entfernte Gebiete“ zu verschonen, ist eine Form des augenblicklichen Kampfes gegen „kommunistische Aufrührer“, oder zumindest die Anwendung der Pazifik-Doktrin, die gegen die nationale Befreiungsbewegung, Demokratie und Frieden in Asien und im Pazifik gerichtet ist.

Entspannung: nicht nur hohle Worte

Aber die Mitgliedstaaten der ASEAN werden zu Zeugen der Ausweitung und an manchen Stellen der Stärkung der Friedensbewegung gegen Imperialismus und Reaktion, zu der es aufgrund der internationalen Situation kommt, die sich für Entspannung und Weltfrieden zu öffnen beginnt. Die Forderung, der imperialistischen Einmischung ein Ende zu bereiten, und die internationalen wirtschaftlichen Beziehungen gerecht zu regeln, wird in diesen Ländern immer lauter gestellt.

Wir können mit Sicherheit feststellen, daß der Gedanke der Entspannung, der gemeinsamen Sicherheit und Zusammenarbeit in Asien, der von der Sowjetunion vorgeschlagen wird, in diesen Ländern große Unterstützung findet. Reaktionäre

ASEAN-Pakt

Der Verband Südostasiatischer Staaten – ASEAN (Association of South-East Asian Nations), dem Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Thailand und Singapur angehören, wurde am 8. 8. 1967 in Bangkok gegründet. In einer 7-Punkte-Deklaration vereinbarten die Gründungsstaaten eine enge Kooperation auf den Gebieten Kultur, Wirtschaft und Verkehr. Der Verband verfügt über ein ständiges Sekretariat in Djakarta; in unregelmäßigen zeitlichen Abständen finden „Ministerkonferenzen für die wirtschaftliche Entwicklung in Südostasien“ (MEDSEA) statt; in diesem Gremium ist Australien Mitglied.

Das Gebiet der fünf ASEAN-Staaten ist von hervorragender strategischer Bedeutung für den Imperialismus, besonders natürlich nach der US-Niederlage in Indochina.

Auch wirtschaftlich sind die ASEAN-Staaten wegen ihres Rohstoffreichtums ein Faktor von überragender Bedeutung: Von der Weltproduktion an Kautschuk entfallen 82 %, an Kopa 65 %, an Palmöl 60 %, an Zinn über 60 % und an Harthölzern etwa 50 % auf diese Staaten, die zudem sehr wichtige Produzenten von Reis, Zucker, Kaffee, Tee, Tabak, Gewürzen, Kupfer und Nickel sind. Indonesien und Malaysia sind bedeutende Erdölförderländer, Thailand und die Philippinen könnten es werden.

Auf dem ersten Gipfeltreffen der ASEAN, das Anfang 1976 auf Bali stattfand, wurde der widersprüchliche Charakter dieser Organisation sehr deutlich: Während sich die Staatsoberhäupter einerseits für die Schaffung einer südostasiatischen Zone des Friedens aussprachen, vereinbarten sie, außerhalb des ASEAN-Rahmens die Kooperation in „Sicherheitsfragen“, d. h. in militärischen Fragen, fortzusetzen. Dies kommt den imperialistischen Bestrebungen, die ASEAN zur Nachfolgeorganisation der SEATO zu machen, sehr entgegen.

Die unterschiedlichen Positionen der einzelnen Mitgliedstaaten z. B. in ihrem Verhältnis zu den befreiten Ländern Indochinas und ihre differierenden innenpolitischen Konzeptionen sowie der nicht zu leugnende Einfluß des Imperialismus haben bisher verhindert, daß der Prozeß der Schaffung einer Friedenszone in Südostasien weiter vorankommen konnte. Die Frage nach der zukünftigen Entwicklung der ASEAN aber bleibt offen.

Kreise versuchen ihr bestes und bedienen sich verschiedener Mittel, um die Verbreitung dieser Gedanken in ihren Ländern aufzuhalten. Aber sogar dem Suharto-Regime ist das nicht gelungen, weil die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung für Frieden und Entspannung und gegen den Imperialismus ist. Das kommt auch in den Artikeln vieler Zeitungen zum Ausdruck. Das Regime wird dazu gezwungen, sich für den Frieden und für Zusammenarbeit in Asien auszusprechen. Aber wir wissen, daß das lediglich hohle Worte sind. Dennoch haben solche Erklärung, die von diesem Regime verlautbart werden, großen Einfluß auf die Bewegung für Frieden, Entspannung und Zusammenarbeit in Asien. Es zeigt auch den starken Wunsch des indonesischen Volkes nach Frieden, Entspannung und Zusammenarbeit. Ganz deutlich zeigt es, daß das reaktionäre Regime keine andere Wahl hat, als sich den Realitäten zu beugen.

Die Regierung der Philippinen verfolgt augenblicklich einen realistischen Kurs bezüglich internationaler Beziehungen und im innenpolitischen Bereich. Diese neue positive Politik der Regierung ist auf die Lösung lebenswichtiger sozialökonomischer Probleme gerichtet. Seitdem die Philippinen nach dem 2. Weltkrieg unabhängig geworden sind, hatte ihre Regierung auf US-imperialistische „Hilfe“ vertraut, mit Hilfe derer die anstehenden Probleme gelöst werden sollten.

Neuer realistischer Kurs der Philippinen

Ogleich die Regierung zur Zeit noch stark an ausländisches Monopolkapital und hier besonders an das der USA gebunden ist, versucht sie, die Unterstützung breiter Schichten der Bevölkerung zu erhalten, und führt auf diese Weise alle fortschrittlichen und demokratischen Kräfte des Landes zusammen. Im Zuge dieser neuen Politik hat die Regierung viele politische Gefangene, Kommunisten und Demokraten, freigelassen. Die Regierung arbeitet mit ihnen in dem Bemühen um sozioökonomische Veränderungen zum Wohle der Nation zusammen. Auf internationaler Ebene hat sie diplomatische Beziehungen zu den sozialistischen Ländern aufgenommen und den Handel und wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen mit ihnen erweitert.

Sie stellt auch innerhalb der ASEAN eine fortschrittliche Kraft dar und setzt sich verstärkt für eine neue Weltwirtschaftsordnung und die Bewegung der nichtpaktgebundenen Staaten ein.

Die Stärkung der Bewegung für Frieden, Entspannung und Zusammenarbeit läuft parallel zu dem zunehmenden Kampf gegen Imperialismus und Reaktion. Diese Bewegung und dieser Kampf können Millionen von Menschen zusammenführen und vereinen, deren gemeinsames Ziel die vollständige Vernichtung der imperialistischen Vormachtstellung und Einflußnahme in Südostasien ist, und die für ein demokratisches Leben in diesem Gebiet, für die Verbreitung des Friedensgedankens, für Entspannung und Zusammenarbeit in Südostasien und auf der ganzen Erde kämpfen.

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Zur Revision dieses politischen Kurses in Thailand durch einen vom US-Geheimdienst CIA mitgetragenen Rechtsputsch siehe O. Hartung, Militärputsch und Geschichte der Thai-Gesellschaft, in: AIB, Nr. 11-12/1976
- 2) Die Zwischenstaatliche Organisation zu Indonesien – IGGI (Intergovernmental Group on Indonesia), die von dem bundesrepublikanischen Finanzmagnaten H. J. Abs mit gegründet wurde, umfaßt die bedeutendsten Gläubigerländer Indonesiens: die USA, Japan, die BRD, Holland, Frankreich, Belgien, Großbritannien, Italien, Österreich, Schweiz, Dänemark, Kanada, Australien und Neuseeland.
- 3) Der ANZUS-Pakt wird auch „Pazifik-Pakt“ genannt und wurde am 1. 9. 1951 in San Francisco gebildet. Die Abkürzung ANZUS ergibt sich aus den Länderkürzeln: Australia (A), New Zealand (NZ) und USA (US).

Vietnam

Am 31. 1. 77 fand in Ho Chi Minh-Stadt der Gründungskongreß der neuen Vaterländischen Front Vietnams statt, mit dem ein weiterer Schritt im Prozeß der Wiedervereinigung des Landes vollzogen wurde.

500 Delegierte repräsentierten die drei nun in einer Front zusammengeschlossenen Organisationen:

- Die Vaterländische Front Vietnams, die am 10. 9. 1955 gegründet worden war und – unter Führung der Partei der Werktätigen – Massenorganisationen sowie Einzelpersonlichkeiten der Demokratischen Republik Vietnam umfaßte.
- Die Nationale Front für die Befreiung Südvietnams (FNL), die am 20. 12. 1960 den Kampf gegen die Unterdrückung des Diem-Regimes aufnahm und in der fast 30 politische, gesellschaftliche und religiöse Organisationen zusammengeschlossen waren.
- Die Allianz der Nationalen, Demokratischen und Friedenskräfte Südvietnams, entstanden am 20. 4. 1968 durch die Vereinigung friedliebender, patriotischer Vertreter der städtischen Intelligenz und des Kleinbürgertums.

Der Kongreß bestimmte die Leitungsgremien der Front: das Zentralkomitee, dessen Präsidium und Sekretariat. Zum Vorsitzenden des ZK wurde Hoang Quoc Viet, zum Generalsekretär Nguyen Van Tien gewählt.

Die Aufgaben der Front werden im Gründungsbeschluß dahingehend definiert, daß mit dem Zusammenschluß der bisherigen Massen- und Bündnisorganisationen der Wille des vietnamesischen Volkes zum Ausdruck gebracht werde, „in einheitlicher Front und solidarischer Aktion aller Klassen und Schichten der Bevölkerung unter Führung der Kommunistischen Partei Vietnams und auf der Grundlage des festen Bündnisses der Arbeiter und Bauern aktiv am Aufbau und bei der sozialistischen Umgestaltung des Landes“ mitzuwirken.

Westsahara

Ein Jahr nach der Proklamation der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) am 27. Februar 1976 konnte die revolutionäre Führung der Frente POLISARIO eine ermutigende militärisch-politische Bilanz verbuchen. Wie der Präsident des Ministerrates der DARS, M. Mohamed Lamine, erklärte, mußte die marokkanisch-mauretanische Seite im Jahr 1976 schwere Verluste hinnehmen: 6515 Tote, 6194 Verwundete, 845 Militärfahrzeuge und 25 Flugzeuge. Hinzu kommt die stattliche Anzahl von 100 Deserteuren, die sich der Frente POLISARIO anschlossen (vgl. Sahara Libre, Algier, Nr. 29/1977).

Ein angeschlagener Zustand wurde den Interventionstruppen auch von dem in die DARS entsandten Korrespondenten der Time, David Beckwith, bestätigt. Über die Gegenwärtige Situation berichtet er: „Die Marokkaner und Mauretanier halten die Dörfer, aber wagen sich aus Angst vor einem Hinterhalt nur vorsichtig in die Wüste; infolgedessen durchstreifen POLISARIO-Kämpfer frei einen Großteil des Territoriums“ (Time, New York, 1. 3. 1977).

Insbesondere spürt Mauretanien die wachsenden militärischen Erfolge der Sahraouis. In den letzten Wochen des vergangenen Jahres unterbrach die POLISARIO vollständig die Eisen-erzlieferungen auf der 600 km langen Bahnlinie aus Zouerate, das im Landesinneren liegt, zur Hafenstadt Nouadhibou, d. h. eine Verbindung, auf der 80 % des Gesamtexports Mauretaniens befördert werden. „Dies hat“, so D. Beckwith, „Mau-

retanien an den Rand einer wirtschaftlichen Katastrophe geführt“ (ebenda).

Unterdessen sind Vermittlungsversuche, wie die des saudi-arabischen Kronprinzen Fahd Ibn Abdelazis Ende 1976 ebenso gescheitert wie ein in die Organisation für afrikanische Einheit (OAU) eingebrachter Vorschlag, man solle einen Teilstaat auf dem vom Mauretanien besetzten Gebiet gründen, welchen die POLISARIO entschieden ablehnte.

Der Westsahara-Konflikt ist im Stadium einer tiefen Krise der Besatzungsmächte angelangt: Marokko und Mauretanien sind in der OAU wie im arabischen Raum isoliert, stehen unter Druck ihrer internationalen westlichen Finanzgaranten, und sind militärisch wie ökonomisch angeschlagen. Die POLISARIO hingegen kann nicht nur spektakuläre militärische Erfolge vorweisen; ihr nationaldemokratisches Programm (Wortlaut in AIB, Nr. 11–12/1976) ist in der Bevölkerung fest verankert und auch internationale politische Positionsgewinne – der Westsaharakonflikt steht u. a. auf der Tagesordnung der nächsten Tagung der OAU – zeichnen sich ab.

Namibia

In einem Dringlichkeitsappell hat sich die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) erneut an die internationale Öffentlichkeit gewandt, jetzt die Anstrengungen zu vervielfachen, um den **geplanten Mord an** den beiden SWAPO-Funktionären **Aaron Mushimba und Hendrik Shikongo** zu verhindern. Die beiden namibischen Patrioten waren im Mai letzten Jahres aufgrund fragwürdiger Indizien in einem Schauprozeß in Swakopmund zum Tode verurteilt worden. Zusammen mit ihnen waren zwei junge Frauen zu langjährigen Zuchthausstrafen abgeurteilt worden.

Starke internationale Proteste gegen die Terrorurteile und zahlreiche Enthüllungen über die Verletzung sämtlicher international anerkannter Rechtsprinzipien während des Verfahrens haben das Rassistenregime nunmehr gezwungen, eine Berufungsverhandlung zuzulassen. Die aufgrund des „Terrorismusgesetzes“ Angeklagten und Verurteilten waren systematisch gefoltert worden mit dem Ziel, Geständnisse zu erpressen. In massiver Art und Weise hatte der südafrikanische Geheimdienst (BOSS) in das Gerichtsverfahren direkt eingegriffen.

Angesichts solcher Praktiken schweben Mushimba und Shikongo auch nach der Neuaufnahme des Verfahrens in höchster Lebensgefahr. Mit ihm will das südafrikanische Besatzungsregime dem geplanten Mord einen neuerlichen Anstrich von „Legalität“ geben. Nicht zuletzt deshalb behandelte am 16. 2. 1977 die in Genf tagende **UNO-Menschenrechtskommission** die Rettung der Führer der SWAPO als vordringliche Frage. Sie appellierte an UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim, umgehend Maßnahmen zum Schutz ihres Lebens zu ergreifen.

Mit verstärkten Repressionsmaßnahmen zielt das südafrikanische Rassistenregime auch darauf, die legitime Vertreterin des Volkes von Namibia, die SWAPO, im Interesse seiner „**Turnhallenpläne**“ zu schwächen. Die in der ehemaligen deutschen Turnhalle von Windhoek tagende Verfassungskonferenz soll mit der Bildung einer „Übergangsregierung“ unter dem Bantustan-Häuptling Clements Kapuuo und dem Vertreter der weißen Minderheit Dirk Mugde eine neokolonialistische „Lösung“ der Namibia-Frage vorbereiten, mit dem Ziel, Namibia weiterhin im Bannkreis der Abhängigkeit Pretorias zu halten (siehe dazu das Geheimmemorandum in AIB, Nr. 2/1977).

konkret

„die beste linke Zeitschrift, sehr zu empfehlen“
(sagt Tintenfisch 9: Jahrbuch für Deutsche Literatur)

Das **neue** KONKRET erscheint jetzt im 4. Jahrgang. Mit den bislang erschienenen 31 Ausgaben ist es zur führenden Monatszeitschrift für Politik und Kultur geworden.

KONKRET macht Politik mit Leidenschaft und Augenmaß. Unabhängige Politik für Abhängige. Mit Autoren, die nicht jeder Mode und jedem Pfiff der Funktionäre gehorchen:

Wolfgang Abendroth · Günter Amendt · Wolf Biermann · Walter Boehlich · Heinrich Böll
Peter O. Chotjewitz · Franz Josef Degenhardt · F. C. Delius · Rudi Dutschke · Bernd Engelmann
Hans Magnus Enzensberger · Hubert Fichte · Erich Fried · Gerd Fuchs · Peter Hamm
Wolfgang Harich · Günter Herburger · Walter Jens · Yaak Karsunke · Franz Xaver Kroetz
Günther Nenning · Karl W. Pawek · Hermann P. Piwitt · Peter Schneider · Horst Tomayer
Günter Wallraff · Martin Walser · Peter Paul Zahl

Sie kennen das **neue** KONKRET noch nicht? Wir schicken Ihnen auf Anforderung gern ein paar kostenlose Probenummern. Sie kennen es und möchten endlich jemandem einmal ein vernünftiges Geschenk machen? Verschenken Sie zu Ostern ein KONKRET-Jahresabo!

Sie sollen dabei nicht leer ausgehen: Als Dankeschön für diesen neuen Abonnenten schenkt Ihnen KONKRET eins der hier abgebildeten Bücher:



konkret
Die Monatszeitschrift für Politik und Kultur

Ausschneiden und einsenden an:
KONKRET, Osterabo, Rentzelstr. 7, 2000 Hamburg 13

Ein Jahresabonnement KONKRET möchte ich

Herrn/Frau _____

Straße _____

PLZ/Wohnort _____

ab Juni 1977 (Heft 6/77) zu Ostern schenken.
Die Rechnung über DM 42,- erhalte ich in Kürze von Ihrem Vertrieb.
(Wichtig: **kein** Geld o. ä. an uns schicken, erst die Rechnung abwarten!)

Als Prämie wünsche ich mir:

- CIA-Report
- den neuen Halbritter
- Klassischer Journalismus
- Illustr. Kultur- u. Sittengeschichte des Proletariats
- Lexikon der Sexualität
- Böll/Staeck: Gedichte/Collagen

Von einigen Titeln nur limitierte Kontingente verfügbar! Bitte deshalb zwei Wünsche ankreuzen. Wir werden uns bemühen, Ihnen einen in jedem Fall zu erfüllen.)

Meine Anschrift:

Name: _____

Straße: _____

PLZ/Wohnort: _____
(Dieses Angebot gilt nur für die BRD und West-Berlin)

Rechtshinweis: Diese Bestellung kann innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen werden. Es genügt während dieser Frist eine Mitteilung an KONKRET, Rentzelstr. 7, 2000 Hamburg 13.

Datum _____ Unterschrift _____